



universität
wien

MASTER-THESIS

Titel der Master-Thesis

„Realisierungsvarianten der europäischen
Mehrsprachigkeitspolitik:
Belgien und Finnland im Vergleich“

Verfasserin

Mag. Youngmi Kim

angestrebter akademischer Grad

Master of European Studies (M.E.S.)

Wien, 2015

Universitätslehrgang: Europäische Studien

Studienkennzahl lt. Studienblatt: A 992 959

Betreuer: Dr. Karl Ille

Eidesstattliche Erklärung

Ich erkläre hiermit an Eides statt, dass ich die vorliegende Arbeit selbstständig und ohne Benutzung anderer als der angegebenen Hilfsmittel angefertigt habe. Die aus fremden Quellen direkt oder indirekt übernommenen Gedanken sind als solche kenntlich gemacht. Die Arbeit wurde bisher in gleicher oder ähnlicher Form keiner anderen Prüfungsbehörde vorgelegt und auch noch nicht veröffentlicht.

Wien, am 30.März 2015

Youngmi Kim

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	5
2. Theoretische und methodische Vorüberlegungen	7
2.1. Begriff der Mehrsprachigkeit	7
2.2. Ansätze der Sprachpolitik	9
2.2.1. Sprachpolitischer Interventionismus (Umsetzung der Europa-Charta).....	9
2.2.2. Indirekte implizite Sprachpolitik.....	15
2.2.3. Standardisierung (Normgebung).....	17
2.2.4. Gebrauchsextension.....	21
3. Mehrsprachigkeit in Belgien.....	24
3.1. Historischer und kultureller Hintergrund des Landes.....	24
3.2. Analyse der Mehrsprachigkeit in Belgien: Französisch, Deutsch und Niederländisch	
3.2.1. Sprachliche Normativierung.....	35
3.2.2. Struktur der Sprachplanung.....	38
3.3. Sprachpolitische Prinzipien und ihre Umsetzung.....	40
4. Mehrsprachigkeit in Finnland.....	49
4.1. Historischer und kultureller Hintergrund des Landes.....	49
4.2. Analyse der Mehrsprachigkeit in Finnland: Finnisch, Schwedisch und Samisch	
4.2.1. Sprachliche Normativierung.....	53
4.2.2. Struktur der Sprachplanung.....	55
4.3. Sprachpolitische Prinzipien und ihre Umsetzung.....	59
5. Belgien und Finnland im Vergleich: Gemeinsamkeiten und Differenzen.....	65
6. Conclusio.....	70
Bibliographie.....	74
Abstract.....	80
Curriculum Vitae.....	82

1. Einleitung

Sprache ist ein wichtiges psychosoziales Phänomen, das auch bei der Entstehung einer Kultur eine tragende Rolle spielt. Das Gefühl der Zugehörigkeit, das den Sprechern durch die Verwendung einer gemeinsamen Sprache vermittelt wird, stellt die identitätsstiftende Funktion der Sprache dar. Die Sprache, die in einer Region oder in einem Land gesprochen und sowohl bei offiziellen als auch bei privaten Anlässen verwendet wird, bekommt dadurch gleichzeitig einen kommunikativen und einen emotionalen Stellenwert in der Gemeinschaft.

Es ist aber in jeder Nation bzw. in jedem Land unterschiedlich, wie viele Sprachen verwendet werden. Wenn gleichzeitig mehrere Sprachen als Nationalsprachen ihre Funktionen erfüllen sollen, ist es manchmal schwierig, dass jede einzelne Sprache im gleichen Maß vertreten ist, da die gleiche Behandlung der Sprachen von vielen Faktoren, wie beispielsweise der Anzahl der Sprecher und dem Prestige der Sprache, abhängig ist und die Gleichheit der Sprachen daher in der Praxis schwer umsetzbar ist. Außerdem ist die Problematik der Koexistenz mehrerer Nationalsprachen in einem Land nicht die einzige Ursache für Sprachkonflikte: Der Schutz der Minderheitensprachen ist eines der meist diskutierten sprachpolitischen Themen in der heutigen Gesellschaft, da in manchen Ländern das Gleichgewicht zwischen den anerkannten Amts- und Minderheitensprachen nicht ganz hergestellt ist und dieses Ungleichgewicht folglich zu Konflikten führen kann. Diese Konflikte sind hauptsächlich politischer, sozialer und kultureller Natur. Als Beispiel kann die andauernde Spannung im Baskenland genannt werden, da dieses Gebiet unter spanischem, französischem und baskischem Einfluss steht und das Land, je nach geographischer und politischer Einteilung, durch unterschiedliche Kultur- und Sprachnormen gekennzeichnet ist. Dieser Zustand ist größtenteils als Ergebnis historischer Begebenheiten zu sehen und zeigt, dass sprachliche Elemente eng mit Elementen wie Politik und Identitätswusstsein des Volkes verbunden sind und diese daher nicht isoliert voneinander betrachtet werden können.

Die EU-Erweiterungen führten immer wieder zu neuen Diskussionen. Da sich die Mitgliedstaaten der EU in erster Linie durch ihr gemeinsames Ziel, nämlich als eine von Vielfalt gekennzeichnete funktionierende Gemeinschaft zu agieren, definieren, erschließt sich aus dem Vergleich zwischen den Staaten, insbesondere die jeweilige Sprachpolitik betreffend, ein interessanter Forschungsbereich. Das Phänomen der Mehrsprachigkeit ist nicht nur ein wichtiger Begriff in der EU als Gemeinschaft, sondern auch ein zentrales Thema in jedem einzelnen Mitgliedstaat, da viele Mitgliedstaaten die Mehrsprachigkeit als eines ihrer

Hauptmerkmale betrachten und ihr Einfluss auf verschiedene Bereiche wie Kultur und Politik deutlich zu spüren ist.

Die vorliegende Magisterarbeit setzt sich mit dem Vergleich der sprachpolitischen Aspekte der Staaten Belgien und Finnland auseinander, da die beiden Länder sowohl Unterschiede als auch Gemeinsamkeiten haben, was die Form der Mehrsprachigkeit betrifft. Zu Beginn der Abhandlung sollen verschiedene Formen von Mehrsprachigkeit kurz vorgestellt werden, diese Erläuterungen sollen dabei helfen, die Unterschiede zwischen Belgien und Finnland hinsichtlich der jeweiligen Sprachsituation verständlich zu machen.

Außerdem soll ein Einblick in den historischen und kulturellen Hintergrund der beiden Länder gewährt werden, da die Mehrsprachigkeit eines Landes als Folge jahrelanger historischer Entwicklungen zu verstehen ist. Weitere wichtige Punkte in dieser Analyse sind die Sprachkonflikte in Belgien und Finnland, die hauptsächlich durch das Ungleichgewicht zwischen dominanten und untergeordneten Sprachen im Land zustande kommen.

Weiters soll das Verhältnis zwischen offiziellen Amtssprachen und Minderheitensprachen in den beiden Ländern untersucht werden, weil diese Sprachen oft nicht die gleichen Rechte zugesichert bekommen, was wiederum als eine der Hauptursachen von Konflikten zu verstehen ist. Die Sprecher der Minderheitensprachen haben manchmal nur einen beschränkten Zugang zu ihren sprachpolitischen Rechten, wohingegen diese den Sprechern der dominierenden Sprachen vollständig gewährt werden. Anhand der Darstellung der Sprachpolitik in Belgien und Finnland sollen Parallelen sichtbar gemacht werden: Während in Belgien immer wieder von Sprachkonflikten zwischen der französischen und flämischen Sprache berichtet wird, bekommt die Stellung der deutschen Sprache eine vergleichsweise geringe Beachtung. In Finnland hingegen hat Samisch als Minderheitensprache nicht die gleiche Stellung wie die Staatssprachen Finnisch und Schwedisch, zumal diese Sprachen in vielen Bereichen den Status der Gleichbehandlung erreicht haben.

Ziel der vorliegenden Arbeit ist es, die Mehrsprachigkeit und ihre Erscheinung in Belgien und Finnland zu erläutern, um sowohl die Gemeinsamkeiten als auch die Differenzen zwischen den beiden Ländern in Bezug auf die Mehrsprachigkeit analysieren zu können.

2. Theoretische und methodische Vorüberlegungen

2.1. Begriff der Mehrsprachigkeit

Mehrsprachigkeit, auch mit Multilinguismus oder manchmal Plurilinguismus gleich zu setzen, ist in einer Gesellschaft zu beobachten, wenn in dieser mehr als zwei Sprachen verwendet werden und diese Sprachen beim Ausüben ihrer kommunikativen Rolle miteinander in einer Beziehung stehen. Dieses Phänomen ist keine Seltenheit, da Multilinguismus aufgrund der hohen Sprachvielfalt weltweit weiter verbreitet ist als Einsprachigkeit (Romain 1995:181). Dennoch sind nicht nur positive Aspekte der Mehrsprachigkeit zu beobachten, da die hohe Anzahl verschiedener Sprachen unweigerlich zu einer hierarchischen Sprachstruktur führt (Kremnitz 1990:38). Das unterschiedliche Verhältnis der Sprachen ergibt sich infolge der gesellschaftlichen Adaption an das jeweilige Angebot, da in der Praxis nicht in jeder Sprache auf die gleichen Ressourcen zurückgegriffen werden kann, wodurch es schwer umsetzbar ist, dass jeder Bürger die gleichen Dienstleistungen in sämtlichen gesprochenen Sprachen nutzen kann. Eine Gleichstellung im Alltagsleben ist also nur schwer realisierbar, daher muss sich die Sprechergruppe, deren Sprache durch eine geringere Anzahl an Sprecher vertreten ist, mit der Rolle ihrer unterrepräsentierten Sprache und damit verbundenen Schwierigkeiten auseinandersetzen.

Mehrsprachigkeit tritt in drei Formen in Erscheinung, die mit folgender Einteilung kategorisiert werden können (Riehl 2014:52): individuelle bzw. personale Mehrsprachigkeit, territoriale bzw. gesellschaftliche Mehrsprachigkeit und institutionelle Mehrsprachigkeit. Die individuelle Mehrsprachigkeit bezieht sich im Allgemeinen auf die Fähigkeit, in einer Alltagssituation in mehr als einer Sprache kommunizieren zu können. Während die individuelle Mehrsprachigkeit also hauptsächlich mit der Ausdrucksfähigkeit eines Individuums in mehreren Sprachen verknüpft ist und noch keine Verbindung zwischen dem Sprecher und der Gesellschaft herstellt, bezieht sich die territoriale bzw. gesellschaftliche Mehrsprachigkeit auf ein geographisches Gebiet, in dem mehrere Sprachen gesprochen werden, oder auch auf Teilgebiete eines Landes, die jeweils über eine andere offizielle Sprache verfügen wie beispielsweise in der Schweiz (Riehl 2014:52). Die institutionelle Mehrsprachigkeit umfasst schließlich die Mehrsprachigkeit in einer internationalen Institution wie den Vereinten Nationen oder EU- Arbeitsorgane, in denen aufgrund der Tätigkeit der Institutionen die Mehrsprachigkeit bei der Arbeit erforderlich ist. Dies findet in der Diskussion um Anzahl und Status der Arbeitssprachen in der EU seinen Ausdruck.

Bei der Begriffsanalyse von Mehrsprachigkeit spielen die sozialen Aspekte der jeweiligen Mehrsprachigkeit eine tragende Rolle, zumal diese Aspekte die Verbindung zwischen Sprache und Gesellschaft in den Mittelpunkt rücken. Der Begriff „Bilinguismus“ gehört auch in die Ebene der individuellen Mehrsprachigkeit, da er lediglich individuelle Sprachkompetenzen definiert und keine gesellschaftlichen Verhältnisse berücksichtigt (Kremnitz 1990:24). Diglossie bedeutet „Zweisprachigkeit“ auf Griechisch, jedoch wird diese Bezeichnung aufgrund der Form des Sprachgebrauchs vom Bilinguismus differenziert, da sie auf zwei Sprachformen Bezug nimmt, die jeweils unterschiedliche gesellschaftliche Funktionen erfüllen und dadurch Konflikte auslösen können (Kremnitz 1990:28). Diglossie weist darauf hin, dass die hierarchische Sprachstruktur, die bei Mehrsprachigkeit eintritt, im gesellschaftlichen Rahmen zum Vorschein kommt. Das Verhältnis zwischen Bilinguismus und Diglossie zeigt, dass Mehrsprachigkeit sowohl das Individuum als auch die Gesellschaft beeinflussen kann und in vielfältiger Weise interpretiert werden darf, weil sie auf mehreren unterschiedlichen Ebenen eine Rolle spielt.

Die gesellschaftspolitischen Aspekte der Mehrsprachigkeit sind hauptsächlich durch die gesellschaftliche Machtverteilung zwischen den Sprachen und ihre unterschiedlichen Funktionen gekennzeichnet. Dennoch ist zu beachten, dass die Sprachen nicht nur als Kommunikationsmittel dienen, sondern auch kulturelle und emotionale Werte besitzen: Sprache wird zu einem Bestandteil der Gesellschaft, da sie der gesellschaftlichen Tradition zuzuordnen ist und dadurch einen wichtigen Beitrag bei der Identitätsstiftung leistet. Die gemeinsame Sprache bringt die gemeinsame Geschichte der Gesellschaft zum Ausdruck und wird so zu einem Symbol der Zugehörigkeit.

Aus diesem Grund ist es wichtig zu wissen, dass jede Sprache, unabhängig von ihrem Prestige oder der Anzahl der Sprecher, bestimmte Rechte zugesichert bekommen sollte, zumal Sprache eng mit Kultur verknüpft ist. Anders ausgedrückt, ist Mehrsprachigkeit das Ergebnis der Vielfältigkeit der Kulturen in einer Gesellschaft oder in einem Land, was auf die Multikulturalität des Sprachraumes zurückzuführen ist.

2.2. Ansätze der Sprachpolitik

2.2.1. Sprachpolitischer Interventionismus (Umsetzung der Europa-Charta)

Sprachpolitik ist ein zentraler Begriff für die gesellschaftliche Bewertung von Sprachen in der mehrsprachigen Gesellschaft, da sie das sprachrelevante soziale Verhalten von Individuen und Gruppen beeinflusst und folglich bei der Entstehung des sprachlichen Prestiges eine Rolle spielt (Kremnitz 1990:80). Trotz der Wichtigkeit ist es schwer, diesen Begriff zu definieren, weil er in Wechselbeziehung mit vielen anderen Disziplinen bzw. Bereichen steht und daher die Abgrenzung nicht ganz klar und eindeutig erfolgen kann.

In diesem Kapitel stehen jene Elemente der Sprachpolitik im Vordergrund, die konkret die Sprachgesetzgebung und das Bildungssystem des betroffenen Landes beeinflussen. Sprachpolitik in einem mehrsprachigen Land ist insbesondere ein interessantes Thema, da die kulturelle und sprachliche Homogenität in Europa im 19. Jahrhundert als wichtige Voraussetzung für die Bildung einer Nation gesehen wurde. Sollen Staaten mehr als eine Sprache haben, die das Volk mit ihrem Bewusstsein verknüpfen können? Wie wird das Gleichgewicht zwischen den Sprachen in der Praxis hergestellt, ohne für größere Sprachkonflikte zu sorgen?

Die EU ist eine große Gemeinschaft und zu ihren grundlegenden Eigenschaften gehört die sprachliche Vielfalt. Diese sprachliche Vielfältigkeit ist einerseits durch die Diversität gekennzeichnet, die durch die verschiedenen Nationalsprachen der Mitgliedstaaten zum Ausdruck kommt, andererseits definiert sie sich auch durch den Versuch, ein Gleichgewicht zwischen offiziellen Sprachen und Minderheitensprachen der Mitgliedstaaten herzustellen.

Der Begriff 'Nationalsprache' ist als ein politisches Konzept zu verstehen, das seinen Ursprung in dem Glauben hat, dass die gesellschaftliche Zusammengehörigkeit durch die Benutzung einer einzigen Sprache aufrechterhalten bleiben kann (Berschlin 2006:21). Obwohl dieser Gedanke in historischer Hinsicht bei der Gründung mancher Staaten eine tragende Rolle spielte, sollte der Begriff nicht zur Annahme verleiten, dass nur die offiziellen Sprachen eines Landes einen bestimmten sprachpolitischen Status bekommen sollten. Auch Minderheitensprachen bilden einen wichtigen Teil der Gesellschaft. Sie spielen sowohl kulturell als auch historisch eine Rolle und sollten daher nicht aufgrund der niedrigen Anzahl der Sprecher aus dem Blickpunkt verschwinden.

In der EU gibt es 24 offiziell anerkannte Sprachen, die auch gleichzeitig als Arbeitssprachen in der Union vorgesehen sind. Neben diesen Sprachen existieren ca. 60 Regional- und

Minderheitensprachen, wobei davon nur fünf Sprachen (Katalanisch, Galegisch, Baskisch, Gälisch und Walisisch) ihren Status halbwegs zugesichert bekamen und alle anderen keinen offiziellen Status in der EU haben (Europäisches Parlament 2013:8). Trotz dieses fehlenden offiziellen Status ist die EU darum bemüht, sie zu fördern und zu schützen, da die sprachliche Vielfalt eins der führenden Kennzeichen der EU ist und Sprache nicht nur ihre kommunikative Funktion erfüllen muss, sondern auch eng mit der Kultur und Identitätsstiftung verknüpft ist. Durch die Sprache kann Tradition aufrechterhalten werden und die kulturelle Entwicklung, die ohne die Regional- oder Minderheitensprachen nicht zustande gekommen wäre, kann zum weiteren kulturellen Austausch beitragen sowie weitere soziale und gesellschaftliche Entwicklungen unterstützen.

Obwohl die Europäische Charta der Regional- und Minderheitensprachen dazu geschaffen wurde, die in ihrer Bezeichnung erwähnten Sprachen zu schützen, ist die genaue Definition der Regionalsprache selbst in der Charta nicht eindeutig erklärt. Zu den Hauptmerkmalen der Regionalsprache können folgende Kriterien genannt werden (Wicherkiewicz 2003: 8-9, URL: <http://www.aber.ac.uk/mercator/images/AberystwythTWicherkiewicz.pdf>, 10.10.2014).

Regionalsprache kann eine eigene Abstandsprache oder auch eine Varietät der Standard- bzw. Mehrheitssprache zu sein, wobei sie eine lange gemeinsame Koexistenz mit der Standardsprache teilt. Trotz ihrer langjährigen Tradition genießt Regionalsprache oft niedriges soziales Prestige und ihre Sprecher weigern sich oft, sich als nationale Minderheit abstempeln zu lassen. Dies kann auch ein Grund dafür sein, dass diese Sprachgemeinschaft nur selten offiziell vertreten ist. Nichts desto trotz nehmen die Sprecher meistens einen starken Bezug zu ihrer regionalen Identität, was sich durch den regionalverbundenen Charakter ihrer Sprache ergibt. Zu den Regionalsprachen zählen die Sprachen Niederdeutsch, Okzitanisch, Schottisch, Asturisch, Kaschubisch, Latgalisch, Semigatisch, Võro und Prekmurje-Slowenisch.

Minderheitensprachen sind in erster Linie dadurch gekennzeichnet, dass sie auch wie Regionalsprachen durch eine relative kleine Anzahl der Sprecher vertreten sind, wenn sie mit offiziellen Sprachen verglichen werden. Laut dem Forschungsprojekt EUROMOSAIK, das die Situation der Minderheitensprachen in Europa erfassen sollte, gibt es nur sechs Minderheitensprachen in der EU, die von mehr als einer halben Million Menschen gesprochen werden

(<http://www.caib.es/conselleries/educacio/dgpoling/user/catalaeuropa/alemany/aleman7.pdf>, 10.10.2014). Katalanisch ist die einzige Sprache unter diesen Minderheitensprachen, die mehr

als sieben Millionen Sprecher vorweisen kann, während die deutsche Sprache, die als die meist gesprochene Sprache im europäischen Raum gilt, als Minderheitensprache lediglich von ca. zwei Millionen Sprechern vertreten ist (<http://www.caib.es/conselleries/educacio/dgpoling/user/catalaeuropa/alemany/aleman7.pdf>, 10.10.2014).

Die vom Europarat entwickelte ´Europäische Charta der Regional- oder Minderheitensprachen´ (ECRM) ist ein sichtbares Zeichen des sprachpolitischen Interventionismus auch in der EU, um Sprachen Diskriminierung aufgrund des niedrigen sozialen Status oder einer kleinen Anzahl der Sprecher zu ersparen. Die Europa-Charta wurde am 05.11.1992 in Straßburg unterzeichnet und trat am 01.03.1998 in Kraft (<http://conventions.coe.int/Treaty/Commun/ChercheSig.asp?NT=148&CM=&DF=&CL=GER>, 10.10.2014). Die Mitgliedstaaten des Europarates weisen jeweils unterschiedlichen Status bezüglich der Unterzeichnung, Ratifizierung und dem Zeitpunkt des Inkrafttretens auf, wobei Belgien trotz der eindeutig vertretenen Mehrsprachigkeit des Landes zu den wenigen Staaten gehört, die die Charta weder unterzeichnet noch ratifiziert haben.

Die ECRM unterstreicht die Wichtigkeit der Werte wie den kulturellen Reichtum und die Rechte der Sprecher von Regional- und Minderheitensprachen. Dabei nimmt das Recht, unabhängig von der Anzahl der Sprecher die Erstsprache verwenden zu dürfen und die Beibehaltung der Erstsprache dementsprechend zu unterstützen, auch Bezug auf die Grundtexte der Vereinten Nationen und des Europarats (Hoffman 2011:10). Die Charta bekommt dadurch sowohl eine soziologische als auch rechtliche Bedeutung und reflektiert somit die Gleichheit in der EU, die jedem Bürger und Mitgliedstaat in der Gemeinschaft gewährt werden soll. Die Mitgliedstaaten akzeptieren durch die Unterzeichnung und Ratifizierung der Charta, dass sie die in der Charta vorgeschlagenen Maßnahmen, die zur Förderung der Regional- und Minderheitensprachen dienen, möglichst effektiv umsetzen. Die rechtliche Bedeutung der Charta ist neben vielen Instrumenten besonders eng mit der Europäischen Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten (EMRK) verknüpft, wobei der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte eine große Anzahl der Fälle zur Sprache brachte und die Stellung des Sprachrechts in den Vordergrund rückte (Lebsanft 2011:24). Der Europarat fing Anfang der 80er Jahre damit an, die mögliche Gefahr des Gebrauchsverlustes mancher Minderheitensprachen anzuerkennen und Gegenmaßnahmen zu entwickeln, welche schließlich zum Entwurf der Charta führten.

Die Charta besteht aus einer Präambel und 23 Artikeln, wobei diese 23 Artikel inhaltlich in fünf Teile aufgeteilt sind. Diese lauten: Allgemeine Bestimmungen (Artikel 1 bis 6), Ziele und Grundsätze (Artikel 7), Förderungsmaßnahmen (Artikel 8 bis 14), Anwendung der Charta (Artikel 15 bis 17) und Schlussbestimmungen (Artikel 18 bis 23). In der Präambel wird erläutert, dass der angestrebte Schutz der Minderheitensprachen nicht als Benachteiligung der offiziellen Sprachen zu verstehen sei. In Artikel 2 'Verpflichtungen' ist zu lesen, dass jede Vertragspartei dazu verpflichtet ist, in ihrem Gebiet verwendete Regional- und Minderheitensprachen laut der Bestimmung im Artikel 7 'Ziele und Grundsätze' zu behandeln. Dadurch sollte ermöglicht werden, dass die Regional- und Minderheitensprachen keine Bevorzugung oder Einschränkung in Bezug auf Sprachgebrauch erleben und jede Sprachgruppe des Landes mit gleichem Interesse sprachrechtlich gefördert wird. Artikel 3 'Einzelheiten der Durchführung' weist darauf hin, dass der Vertragsstaat in seiner Ratifikationsurkunde jede Sprache korrekt angeben muss, die die Bestimmungen als Regional- und Minderheitensprache erfüllt. Sprachen, die zu den offiziellen Landessprachen zählen, aber dennoch die Merkmale einer Minderheitensprache aufweisen, können auch in der Charta berücksichtigt werden, wie es beim Schwedischen in Finnland der Fall ist.

In Artikel 7 'Ziele und Grundsätze' werden die Regional- oder Minderheitensprachen ausdrücklich als Teil des kulturellen Reichtums anerkannt, deren Gebrauch sowohl im öffentlichen als auch im privaten Bereich gefördert werden müsse. Außerdem wird der kulturelle Austausch zwischen verschiedenen Sprachgruppen als einer der zentralen Aspekte der Anwendung der Charta in den Mittelpunkt gerückt. Im Zuge dessen wird auch die Notwendigkeit der Förderung der Forschung in Bezug auf Literatur und Kultur in den betroffenen Minderheitensprachen als eines der wichtigsten Elemente erwähnt. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Durchführung solcher Förderungsmaßnahmen ausschließlich dem jeweiligen Staat überlassen ist und dieser frei entscheiden darf, wie Gebrauch und weitere Verbreitung von Sprachen unterstützt wird. Diese Flexibilität bedeutet aber auch, dass solche Förderungsmaßnahmen je nach Lage der Sprachgruppe und anderen Voraussetzungen eingesetzt werden sollen, damit sie auf individueller Basis gezielt angewendet werden.

Der letzte Teil der Charta setzt sich mit den konkreten Förderungsmaßnahmen der Regional- und Minderheitensprachen in verschiedenen öffentlichen Bereichen wie Bildung, Justizbehörden, Verwaltungsbehörden, Medien, kulturelle Tätigkeiten und Einrichtungen, wirtschaftliches und soziales Leben und grenzüberschreitender Austausch. In diesem Kapitel werden überwiegend Artikel 8 und Artikel 11 in den Mittelpunkt gerückt, da diese beiden die

Förderungsmaßnahmen in den Bereichen Bildung und Medien diskutieren. Diese Themen werden im späteren Teil dieser Arbeit im Zusammenhang mit sprachpolitischen Maßnahmen in Belgien und Finnland näher erläutert.

Artikel 8 präsentiert eine detaillierte Darstellung der Anwendung der Charta im Bildungsbereich, indem er in den Untergliederungen von a bis i aufgeteilt wurde und dort mehrere Varianten der Bildung aufzeigt, wo Regional- oder Minderheitensprachen eine Rolle spielen sollen (<http://conventions.coe.int/treaty/ger/Treaties/Html/148.htm>, 10.10.2014): Die Vorschulische Erziehung könnte vollständig in den betreffenden Sprachen angeboten werden oder gegebenenfalls auch nur teilweise, wobei es auch eine Option ist, die betreffende Sprache in den Lehrplan zu integrieren und sie dadurch als ein Schulfach zu betrachten. Dabei spielt der Wunsch der Familie eine zentrale Rolle und wird als ein wichtiger Faktor bei der Durchführung der Maßnahmen dargestellt. Die Regelung, wie die Sprachen in den Bildungsbereich integriert werden, wird auch im Volksschulunterricht und in der Sekundärbildung beibehalten. Die Möglichkeit des Spracherwerbs besteht dann selbstverständlich auch an Universitäten oder Hochschulen, in der Berufsbildung und in der Erwachsenen- bzw. Weiterbildung.

In Artikel 11 werden Förderungsmaßnahmen erläutert, die den Bereich der Medien betreffen. Die Maßnahmen betreffen Hörfunksender, Fernsehkanal und Printmedien wie Zeitung. Dabei reichen die Ideen von der Einrichtung eines Hörfunksenders bzw. Fernsehkanals in den Regional- und Minderheitensprachen bis zur Ausstrahlung eines Programms in den betroffenen Sprachen, die Intensivität der Maßnahmen sind dabei jeweils unterschiedlich. Nicht nur die aktiven Maßnahmen sind in dem Artikel vermerkt, sondern auch die Regelung, dass die Teilnehmerstaaten keine Einschränkung tolerieren dürfen, wenn es sich um die freie Verbreitung der Regional- und Minderheitensprachen in den Medien zwischen den Nachbarländern handelt. Dazu gehört auch die Gewährleistung von freiem, direkten Empfang von z.B. Fernsehsendungen von den Nachbarstaaten in den betroffenen Sprachen.

Belgien gehört zu den wenigen EU-Mitgliedstaaten, die die Europäische Charta der Regional- und Minderheitensprachen weder unterzeichnet noch ratifiziert haben, wobei Finnland die Charta 1992 unterzeichnete und 1994 ratifizierte. Die Charta trat dann 1998 in Kraft. Außer Samisch, das im Rahmen dieser schriftlichen Arbeit als eine wichtige Minderheitensprache in Finnland neben Finnisch und Schwedisch erforscht wird, ist das Romani eine der Hauptminderheitensprachen in Finnland und wird dementsprechend durch die Europäische Charta geschützt. Dank Förderungsmaßnahmen wie Zugang zum

Sprachunterricht für Roma-Kinder in mehreren Altersgruppen verbessert sich der Zustand des Schutzes von Romani jährlich, auch wenn diese Sprache im Vergleich zu anderen Minderheitensprachen wie Samisch einen geringeren Ausmaß an Aufmerksamkeit bekommt (<http://www.finnland.de/public/default.aspx?nodeid=37114&contentlan=33&culture=de-DE>, 10.10.2014). Trotz der Notwendigkeit weiterer Verbesserungen hinsichtlich des sprachlichen Gleichgewichts des Landes spielen die Charta und somit die Diskussionen in Bezug auf die Empfehlungen des Europarats eine wichtige Rolle für eine positiven Entwicklung. Denn durch öffentliche Aufmerksamkeit für ihr Sprachbewusstsein, aber auch durch die politische Zusicherung ihrer Rechte, kann das Identitätsgefühl der Minderheitengruppe gestärkt werden.

Einerseits ist die Förderung der Sprachenvielfalt ein entscheidender Schritt für die Sprecher der Minderheitensprachen, die keine sprachliche Benachteiligung möchten. Andererseits ist die Charta keine absolute Garantie für die Gesetzgebung bezüglich der gleichen Behandlung der Sprachen, da die Charta vielmehr als Empfehlung zu verstehen ist und keine Verpflichtung ist (Tichy 2000:61). Die Eigeninitiative der Staaten und Sprachgruppen spielen daher eine tragende Rolle bei der Umsetzung der Charta, damit die in der Charta vorgesehene Gleichstellung der Sprachen ermöglicht werden kann.

Belgien gehört zu den wenigen Staaten, die die Europäische Charta der Regional- oder Minderheitensprachen weder unterzeichnet noch ratifiziert haben. Die Frage, ob diese distanzierte Haltung Belgiens mit fehlendem Interesse am Schutz der Minderheitensprachen gleichzusetzen ist, ist insofern schwer zu beantworten, als Deutsch ebenso zu den Minderheitensprachen in Belgien gehört, aber ihre Stellung im Vergleich zu vielen Minderheitensprachen in Europa einen sichtbaren Einfluss auf die Sprachpolitik des Landes hat

(<http://conventions.coe.int/Treaty/Commun/ChercheSig.asp?NT=148&CM=&DF=&CL=EN> G, 1.7.2014). Die Konflikte, die womöglich zwischen den verschiedenen Sprachgruppen in Belgien auftreten und deren Ursachen teilweise auf die ausbleibende Anerkennung der Charta in Belgien zurückgeführt werden könnten, werden in einem späteren Kapitel der Arbeit in sprachpolitischer Hinsicht näher betrachtet. Auch wenn die Charta die Probleme in Bezug auf die Mehrsprachigkeit des Landes nicht vollständig lösen kann und ihre Umsetzung ein jahrelanger Prozess ist, könnte die Beteiligung von Belgien an der Charta die Konflikte zwischen den Sprachgruppen mildern und für mehr Ruhe in der Bevölkerung sorgen.

2.2.2. Indirekte implizite Sprachpolitik

Der Begriff Sprachpolitik und ihre Wichtigkeit werden im EU-Raum besonders betont, wenn es sich um die Frage der Kommunikationsmodalitäten in der Öffentlichkeit handelt (Kraus 2004:134). Dabei spielt auch die sogenannte indirekte implizite Sprachpolitik eine tragende Rolle bei der Herstellung des Sprachbewusstseins, auch wenn sie keine Ausübung eines direkten Einflusses – wie beispielsweise in Form von bestimmten Gesetze oder Durchführungsstrategien – auf die sprachpolitische Entwicklung des Landes bezwecken. In diesem Kapitel soll ein grober Überblick über die öffentlichen Kommunikationsmodalitäten gegeben werden, nämlich die Medien, welche im Bereich der indirekt impliziten Sprachpolitik des Landes eine Rolle spielen. Die konkreten Beispiele, die die Verteilung der mehrsprachigen Medien in Belgien und Finnland zeigen, werden später in dieser Arbeit behandelt.

Die Medien, die äußerst verbreitet sind und dadurch einen gewissen sprachpolitischen Einfluss auf die Bevölkerung ausüben, können in audiovisuelle Medien und Printmedien aufgeteilt werden. Zu den Audiovisuellen Medien zählen Fernseh- und Radioprogramme, während Zeitungen und Zeitschriften größtenteils als die am meisten konsumierten Medien angesehen werden. An dieser Stelle ist anzumerken, dass der Einfluss der Medien im Laufe der Zeit vielen Politikern beziehungsweise Machthabern bewusst war und die Medien daher auch manchmal gezielt als ein Teil von Propaganda eingesetzt wurden. Dadurch sollte die Bevölkerung die in den Medien enthaltene Aussage bewusst wahrnehmen und gegebenenfalls anhand dieser Informationen ihre Meinungen zu bestimmten Themen ändern. Die Macht der Medien spielte daher nicht selten eine Rolle bei so manchen politischen Entwicklungen, da sie gemeinsam mit dem Bildungswesen zu den wichtigsten Informationsträgern gehört und als Schnittstelle zwischen Bevölkerung und Regierung dienen kann. Aber in diesem Kapitel sollen die Medien nicht primär zu den Gegenständen zählen, die bewusst einen politischen und sozialen Einfluss auf die Konsumenten ausüben sollen und zu diesem Zweck benutzt werden. Sie werden vielmehr als ein Teil von sozialen Phänomenen betrachtet, welche die sprachpolitische Entwicklung in einer indirekten Weise beeinflussen.

Einerseits sind Medien ein Maßstab, der die Situation bezüglich der Mehrsprachigkeit des Landes darstellen kann, wie es z.B. im Fall Belgien zu sehen ist: Die im Vergleich zu den anderen offiziellen Sprachen Französisch und Niederländisch, die in den letzten Jahren ein fester Bestandteil des immer wiederkehrenden Sprachenstreits in Belgien war, ist z.B. auch an der schwachen Präsenz der deutschsprachigen Medien in Belgien anzumerken. Die Tatsache,

dass *Grenzecho* die einzige deutschsprachige Zeitung in Belgien ist und ihre Präsenz im Markt viel kleiner ist als die von den französisch- oder niederländischsprachigen Zeitungen, kann zu der Schlussfolgerung führen, dass die Belgier nicht sehr an deutsche Lesematerialien interessiert sind.

Andererseits können Medien auch darauf Auswirkungen haben, dass die aktuellen Sprachprobleme in der Gesellschaft unbeabsichtigt zum Vorschein kommen und dadurch mehr Aufmerksamkeit bekommen. Das folgende Beispiel, das aus dem *Standard*-Artikel vom 5. September 2013 stammt, zeigt den möglichen Einfluss der Medien auf das Thema Sprachpolitik:

„Brüssel - Der Sprachenstreit in Belgien treibt immer neue wunderliche Blüten: Im flämischen Menen sollen Beamte in Zukunft nur noch in Zeichensprache antworten, wenn ein Mitbürger sie auf Französisch anspricht. Die Maßnahme sei Folge eines Gesetzes, wonach in Flandern nur noch Niederländisch als Amtssprache gilt, sagte der Sprecher von Bürgermeisterin Martine Fournier am Donnerstag der Zeitung *‘Le Soir’*. Menen liegt direkt an der Grenze zu Frankreich, viele Bürger beherrschen laut dem Sprecher kein Niederländisch. "Wir brauchen strikte Regeln, um sie am Französisch-Sprechen zu hindern und die Französisierung der Gemeinde zu verhindern", sagte er. Die kommunalen Bediensteten können dem Reglement zufolge auch einfach schweigen, wenn sie auf Französisch angesprochen werden, schrieb *‘Le Soir’*. Auch flämische Medien wie *‘De Morgen’* und das Fernsehen berichteten über die neuen Sprachregelungen[...]“ (<http://derstandard.at/1378248185790/Bizarre-Auswuechse-im-belgischen-Sprachenstreit>, 10.10.2014)

Medienberichte wie diese können viele unterschiedliche Wirkungen auf den Leser haben, indem die Menschen neue Informationen über die Sprachregelungen erhalten und gleichzeitig ihre eigene Meinung zu dem Thema bilden. Außerdem kann es je nach Situation zur Entstehung neuer sprachpolitischer Maßnahmen führen, welche die Kommunikation zwischen den Sprachgruppen erleichtern, falls die Lage eskaliert und die Situation durch die Medien immer mehr Aufmerksamkeit gewinnt.

In erster Linie sind die diversen Medien als Hilfsmittel zu betrachten, die der Bevölkerung in einer mehrsprachigen Gesellschaft helfen, den Nachrichten in der beliebigen Sprache zu folgen und dadurch ihre sprachliche Identität zu bewahren. Indirekt implizite Sprachpolitik setzt sich mit den Themen auseinander, die zwar nicht direkt mit expliziter Sprachpolitik verbunden sind und trotzdem für die Entstehung weiterer sprachlicher Entwicklungen und Veränderungen sorgen (Kremnitz 1994:88). Die Medien spielen bei diesen unbeabsichtigten Konsequenzen eine Rolle, indem sie die Veränderung der Sprache und ihrer Wahrnehmung

widerspiegeln und gleichzeitig die Interaktion zwischen ihnen und der Gesellschaft dokumentieren.

2.2.3. Standardisierung (Normgebung)

Bei dem Prozess der Standardisierung bzw. Forschung der Sprachnorm in Bezug auf Sprachplanung spielen viele unterschiedliche Elemente eine Bedeutung, wobei die beiden Begriffe Status- und Korpusplanung besonders eine führende Rolle spielen. Korpusplanung bezieht sich auf die Sprache selbst bzw. auf die einzelne sprachliche Ebene, während Statusplanung sich mit der Anwendung bzw. Förderungsmaßnahmen einer Sprache auseinandersetzt (Nickl 2001:11). Zum Beispiel wird die Standardisierung von Lexikon, Grammatik und Orthographie einer bestimmten Sprache der Korpusplanung zugeordnet, wobei Statusplanung das Ziel hat, den Status einer Sprache oder Varietät in einer Gesellschaft zu verändern (Coulmas 1985:80). Dabei kann der Prozess, der den Status der Sprache verändern kann, beispielsweise die Anerkennung des Status als eine der vom Aussterben bedrohten Minderheitensprachen oder die Ernennung zu einer der Arbeitssprachen von internationalen Organisationen wie beispielsweise der UN sein. Die beiden Begriffe Korpus- und Statusplanung sind aber in der Praxis nicht immer klar voneinander trennbar, da es manchmal schwierig ist zu unterscheiden, ob dies eindeutig in die pragmatische Ebene gehört oder etwas von beiden Seiten hat. Da die beiden Begriffe voneinander abhängig sind, ist diese fehlende Eindeutigkeit beim Definieren vorprogrammiert und ist nicht als problematisch bei der Implementierung der Sprachplanung zu betrachten.

Beim Versuch, die Beziehung zwischen Sprachnorm und ihren Gebrauch zu erfassen, wird es notwendig, die Standards- bzw. unterschiedliche Varianten der jeweiligen Sprache sorgfältig zu untersuchen und zu kategorisieren. Bei der Sprachplanung bekommen daher Begriffe wie Sprachnormenauswahl, Ausbau und Implementierung eine Bedeutung, wobei Sprachplanung als ein schwer einschätzbarer Prozess zu betrachten ist und viele unerwartete Wendungen das Ergebnis beeinflussen können. Diese Ungewissheit ist z.B. auch bei der Normenauswahl oder auch Korpusplanung zu merken, da die Sprache sich ständig neu erfindet und selbst erweitert und diese Tatsache es schwierig macht, alle Varietäten der Sprache in Form eines Wörterbuchs zum Zweck der Standardisierung der Sprache zusammenzufassen. Zu den unsicheren Faktoren gehört z.B. auch die Entwicklung einer Sprache, die ausschließlich für die Kommunikation im Internet verwendet wird und deren Abkürzung bzw. Schaffung der neuen Schreibweise für andere Medienformate wie Fernsehnachrichten keine Verwendung hat. Der Begriff Sprachwandel bekommt durch diese neue Transformationsform der Sprache eine

neue Bedeutung, wodurch er sich vom traditionellen Sprachwandel, der auf den natürlichen sprachlichen Veränderungen beruht, unterscheidet. Zu diesem Anzeichen des Sprachwandels könnte z.B. der Unterschied zwischen der Sprache in der Literatur im 16. Jahrhundert und in moderner Erzählung genannt werden. Einerseits sind die beiden Arten des Sprachwandels eine natürliche Folge der zeitgemäßen Sprachentwicklung, da die Fortschritte der Technologie die alltägliche Kommunikation im Internet ermöglichten und diese spezielle Art von Kommunikation durch Schnelligkeit gekennzeichnet sein muss. Um die Unterhaltung schnell fortzusetzen zu können, kam es im Laufe der Zeit zu Abkürzungen oder eine primär pragmatisch bestimmte Neuverwendung von Wörtern und Zeichen. Andererseits ist diese Form von Sprachwandel nicht für jeden nachvollziehbar, wie das Lesen der Literatur aus verschiedenen Zeitaltern, da diese Art von Unterhaltung ausschließlich im Internet bzw. bei bestimmten Anlässen stattfindet. Die Leute, die sonst die Sprache aus dem 16. Jahrhundert anders als die Sprache in ihrer Zeit wahrnehmen und dennoch ihre Bedeutung ungefähr verstehen, würden die sogenannte Chat-Sprache ohne Vorwissen in dem Bereich überhaupt nicht verstehen, da diese neue Gattung der Sprache nicht für jeden ein fester Bestandteil des Alltags ist.

Es ist ein weiterer beachtenswerter Punkt bei der Sprachplanung, dass die Normierung der Minderheitensprachen sich schwerer gestaltet als bei den mehr verbreiteten Nationalsprachen. Ohne Sprachnormierung können die Minderheitensprachen nicht ihren Platz im Schulunterricht oder in den diversen Medien bekommen. Manche dieser Sprachen sind z.B. vielmehr mündlich vertreten als schriftlich, und die Prozesse wie Kodifikation und Ausbau werden viel langsamer durchgeführt als bei Nationalsprachen (Winkelmann 1990:15). Bei manchen Minderheitensprachen muss z.B. noch eine einheitliche Verschriftlichung oder Ausbau des Wortschatzes folgen, damit diese Sprachen durch Standardisierung die Basis für weitere Förderungen schaffen können. Da sich die Sprachen jeweils auf der unterschiedlichen Entwicklungsstufe befinden, ist es im Allgemeinen schwierig, einen Überblick über die Sprachnormierung mehrerer Minderheitensprachen beizubehalten. Dabei stellt sich dann auch die Frage, wer eigentlich zuständig für die ganze Sprachplanung ist: Auch wenn die Behörden die nötige Macht und finanzielle Mittel haben, ist die Rolle der Akademien, Organisationen und Individuen ebenso wichtig, da diese Akteure manchmal durch ihre Initiative und ihr Wissen einen größeren Einfluss auf den Prozess ausüben können. Auch wenn sie meistens nicht in der Lage sind, selbst die Änderungen durchzuführen (De Groof 2003:72,

URL:<https://univpn.univie.ac.at/+CSCO+00756767633A2F2F6A6A6A2E71727465686C677>

2652E70627A++/view/j/soci.2003.17.issue-1/9783110245226.71/9783110245226.71.xml, 10.10.2014). Diese Art der Lobby, wie die kleinen Organisationen die Norminstanzen beeinflussen, wodurch neue Sprachregelungen zustande kommen, hat nicht selten neue Entwicklungen hervorgebracht und spielte eine große Rolle im Sprachplanungsprozess Belgiens (De Groof 2003:73, URL:<https://univpn.univie.ac.at/+CSCO+00756767633A2F2F6A6A6A2E71727465686C6772652E70627A++/view/j/soci.2003.17.issue-1/9783110245226.71/9783110245226.71.xml>,10.10.2014).

Die Aufgabe der Statusplanung ist die Schaffung der politischen, rechtlichen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, damit die bisher nur mündlich verbreiteten sprachlichen Varietäten zu einem richtigen Kommunikationsmittel werden und so in der Sprachgemeinschaft eingesetzt werden können (De Groof 2003:16, URL:<https://univpn.univie.ac.at/+CSCO+00756767633A2F2F6A6A6A2E71727465686C6772652E70627A++/view/j/soci.2003.17.issue-1/9783110245226.71/9783110245226.71.xml>,10.10.2014). Der ganze Prozess steht in Wechselbeziehung mit der Korpusplanung, da diese Herstellung der Rahmenbedingungen nicht ohne Standardisierung der Grammatik oder Wörterbücher stattfinden kann.

Dabei sind die Kriterien für korrekten Sprachgebrauch stark ortsgebunden, da Sprachen – je nach dem geographischen Gebiet, wo sie verwendet werden – leicht voneinander variieren. Diese Entstehung der unterschiedlichen Sprachnormen einer Sprache ist in erster Linie darauf zurückzuführen, dass der Sprecher aus verschiedenen Gründen die passende Sprachform für sich auswählt und sie dementsprechend verwendet (Reinke 2007:3). Ein Beispiel dafür sind die Varietäten zwischen europäischem Französisch und kanadischem Französisch in Quebec. Ein französischsprachiger Kanadier kennt zwar den Unterschied zwischen den zwei Sprachvarietäten, fühlt sich aber mit den kanadischen mehr verbunden und verwendet die Vokabeln und Ausdrucksweisen, die in Quebec als Standard gelten, aber nicht in Frankreich. Das heißt mit anderen Worten, dass die französischsprachigen Staaten jeweils andere Sprachnormen haben und die Korpus- und Statusplanung daher sowohl auf der Ebene des Staates als auch auf der Ebene der Sprache stattfinden muss.

Bei dieser Sprachplanung, die Korpus- und Statusplanung umfasst, bekommt der Begriff 'Prestige' eine neue Bedeutung: Prestige ist nicht nur als das Maß kollektiver Wertschätzung in einer Sprachgemeinschaft anzusehen, was mit dem Aspekt des kollektiven Wertens gleichzusetzen ist, sondern übt auch eine Funktion individueller Vorliebe aus und verkörpert

dadurch gleichzeitig den Aspekt des individuellen Wertens (Haarman 1998:20, URL:<https://univpn.univie.ac.at/+CSCO+00756767633A2F2F6A6A6A2E71727465686C6772652E70627A++/view/j/soci.1988.2.issue-1/9783110245073.10/9783110245073.10.xml,10.10.2014>). Die Beziehung zwischen Individuum und Gemeinschaft wird auch darin widerspiegelt, welche Rolle die individuelle und öffentliche Ebene bei der Herstellung von sprachlichem Prestige und Status spielt. Harald Haarmann versucht ebenso in seiner Schrift *Allgemeine Strukturen europäischer Sprachentwicklung* die Beziehung zwischen den verschiedenen Komponenten von Sprachplanung zu definieren und beschreibt die drei Hauptfaktoren der individuellen Sprachbeherrschung mit folgenden Worten:

“(...) die Fähigkeit, Sprachtechniken der Schriftsprache von denen anderer Varianten zu unterscheiden und entsprechend (d.h.) registergemäß zu verwenden (Bereich des Sprachkorpus), die Fähigkeit, Verwendungsbereiche (d.h. funktionelle Domänen) der schriftsprachlichen Variante im Hinblick auf ihren soziokulturellen Status zu differenzieren (Bereich des Sprachstatus), außerdem die mentale Befähigung, sowohl Korpus- als auch Statuskriterien der Schriftsprache auf dem Hintergrund des Netzwerks sozialer und kultureller Beziehungen, in denen das Individuum lebt, zu bewerten (Bereich des Sprachprestiges). (...)” (Haarman 2010:20,

URL:<https://univpn.univie.ac.at/+CSCO+00756767633A2F2F6A6A6A2E71727465686C6772652E70627A++/view/j/soci.1988.2.issue-1/9783110245073.10/9783110245073.10.xml,10.10.2014>)

Wenn man diesen Abschnitt näher betrachtet, ist es denkbar, dass Sprachprestige sowohl kollektive als auch individuelle Aspekte haben kann, um vom Individuum anerkannt zu werden. Wenn eine bestimmte Sprache aus religiösen Gründen oder aufgrund der familiären Wurzeln erworben wird, spielt es für das Individuum keine Rolle, ob diese Sprache von der Mehrheit der Bevölkerung des Landes als prestigereiche Sprache gesehen wird oder nicht. In diesem Fall kann die Sprache auch als prestigereich eingestuft werden, wenn das individuelle Interesse in dem Mittelpunkt steht und die Sprachfähigkeit für den Sprecher als Vorteil erweist. Dieser Vorteil könnte z.B. auch ermöglichte Integration in die Familie bedeuten, wenn die erworbene Sprache einen emotionellen Wert für die Familie hat und gleichzeitig die Nähe zur Familiengeschichte verschafft, auch wenn sie nicht zu den Nationalsprachen zählt und keine sehr große Beachtung bekommt.

Trotz der emotionellen Werte der Minderheitensprachen ist es schwer, geeignete Förderungsmaßnahmen für sie zu finden, da es mehr Spielraum für die Entwicklung der Nationalsprachen gibt und es manchmal für die Sprachen ohne standardisierte Sprachnormen und mit einer kleinen Anzahl von Sprechern sehr schwer ist, den sozio-kulturellen Status der

Minderheitensprachen in der jeweiligen Gemeinschaft aufzuwerten, weil sich nur ein kleiner Teil der Gemeinschaftsmitglieder mit ihnen identifizieren kann (Haarman 1998:21, URL:<https://univpn.univie.ac.at/+CSCO+00756767633A2F2F6A6A6A2E71727465686C6772652E70627A++/view/j/soci.1988.2.issue-1/9783110245073.10/9783110245073.10.xml>,10.10.2014). Je weniger verbreitet bzw. erforscht die Sprachen sind, desto schwerer ist der Prozess der Sprachnormierung und die Identitätsstiftung, was letztendlich zur Benachteiligung der Minderheitensprachen bei der Umsetzung der Sprachplanung führen kann. Die Regierung bzw. das Parlament als legitime Norminstanzen spielt beim Lösen solcher Probleme eine sehr wichtige Rolle. Das Sprachbewusstsein der Sprecher der Minderheitensprachen soll gestärkt und das Interesse der Nicht-Sprecher der Minderheitensprachen soll geweckt werden, damit die mit diesen Sprachen verbundene Kultur auch rechtlich geschützt werden kann (Settekorn 1990:11).

2.2.4. Gebrauchsextension

In diesem Kapitel folgt eine kurze Darstellung über die Veränderung der Sprachregelung, die der betroffenen Sprache neue Aufgaben zuteilt und dadurch ihren Gebrauch ausweitet. Dieses Phänomen ist sowohl für den jeweiligen einzelnen Staat als auch die Gemeinschaft EU relevant und erforschenswert, da die Erschaffung der europäischen Institution eine neue Art und Weise der Sprachregelung erforderlich machte, als die Mitgliedstaaten ihre Nationalsprachen zu den Amtssprachen der EU machen durften. Dennoch ist diese Form der institutionellen Mehrsprachigkeit in der Praxis nicht sehr effektiv vertreten wie in der Theorie, was auch zum Teil durch die Klagen über sprachliche Diskriminierung im Europäischen Parlament zum Ausdruck gebracht wird, die größtenteils von Angehörigen kleiner Sprachgruppen wie Dänen, Niederländern und Griechen kommen (Kraus 2004:149). Obwohl die offiziellen Sprachen der Mitgliedstaaten alle den gleich hohen Status bekommen sollten, da sie alle gleichzeitig als Amtssprachen angesehen werden, ist die korrekte Umsetzung der EU-Sprachpolitik ein umstrittenes Thema.

Es gibt viele verschiedene Beispiele, in denen eine vorher nicht verwendete Sprache in der Region eine neue Rolle zugeteilt bekommt, indem sie in den Domänen aus verschiedenen Gründen verwendet wird. Ein bedeutendes Beispiel dafür wäre die Benutzung der zweisprachigen Ortsschilder in Polen, wobei dieses Beispiel auch aufgrund der deutschen Minderheit in dem Gebiet erwähnenswert ist. Opper Schlesien, auch Woiwodschaft Opole genannt, hat etwa eine Millionen Einwohner und liegt im Südwesten Polens. Dieses Gebiet gehörte vor dem Zweiten Weltkrieg zum Deutschen Reich, wobei die deutsche Kultur und

Sprache im Hintergrund erhalten blieb und die deutsche Minderheit 1991 offiziell als sozial-kulturelle Gesellschaft in der Region eingetragen wurde (<http://www.geschichtswerkstatt-europa.org/media/projekte/Ortsschilder.pdf>,10.10.2014). Die Einführung der zweisprachigen Ortsnamen bzw. deren Schilder, wurde zum ersten Mal am 12. September 2008 in der Gemeinde Radłów bzw. Radlau umgesetzt, mittlerweile sind die zweisprachigen Schilder an 197 Orten auffindbar. Zu Verdanken ist dies größtenteils der Europäische Konvention zum Schutz von Minderheiten und der Implementierung durch das polnische Parlament (<http://www.geschichtswerkstatt-europa.org/media/projekte/Ortsschilder.pdf> ,10.10.2014).

Dies war nicht nur ein großer Schritt zum Schutz der Minderheitensprachen, die deutsche Minderheit in Polen konnte dadurch sichtlich spüren, dass der deutschen Sprache, die sie neben Polnisch zum Zweck der Identitätsstiftung weiterpflegte, durch die zweisprachigen Ortsschilder eine Statuserhöhung ermöglicht wurde. Der historische Hintergrund der Region, der vor allem durch den Krieg bzw. Unstimmigkeiten zwischen den zwei Ländern gekennzeichnet ist, nimmt eine positive Wendung durch die neue Regelung, indem die nicht immer positiv wahrgenommene Geschichte heute für Vielfältigkeit und Mehrsprachigkeit sorgt.

Es ist auch ein Beispiel im Gerichtswesen auffindbar, wo eine vorher nicht verwendete Sprache aus mehreren Gründen zum Teil als Arbeitssprache zugelassen wurde. In diesem Fall ist die neue Arbeitssprache nicht eine der offiziellen Sprachen des Landes, da es sich um Verhandlungen in Englisch im deutschen Gerichtswesen handelt. Inzwischen muss Deutsch nicht immer die Gerichtssprache in den mündlichen Verhandlungen sein, wenn internationale Wirtschaftsfälle im Zentrum der Verhandlungen stehen. Die Verfahrensführung in Englisch wurde zuerst durch die Initiative der Länder Nordrhein-Westfalen, Hamburg, Hessen und Niedersachsen an den Gerichtsorten der Städte eingesetzt (http://www.amcham.de/fileadmin/user_upload/Policy/Corporate_Law/101111_POP_English_als_Gerichtssprache.pdf,10.10.2014). Das Corporate and Business Law Committee der Amerikanischen Handelskammer in Deutschland (AmCham Germany) befasst sich mit dieser Thematik in seinem Positionspapier *Englisch als Gerichtssprache in Deutschland?*, wobei dieses Schreiben darauf hinweist, dass die Richter am Landgericht Frankfurt am Main die Einführung einer neuen Gerichtssprache nicht sonderlich umsetzungswert fanden und sie sich daher nicht an die Initiative der anderen Städte anschließen wollten (http://www.amcham.de/fileadmin/user_upload/Policy/Corporate_Law/101111_POP_English_als_Gerichtssprache.pdf,10.10.2014). Diese Ablehnung ist einerseits auf die Bedenken

zurückzuführen, dass die Verfahrensführung in Englisch nicht so einen hohen Standard wie bei den deutschsprachigen Verhandlungen haben kann, wenn keine geeignete Fachkraft einsetzbar ist. Der Mangel an Fachkräften ist nur einer der Schwierigkeiten, die bei der Umsetzung auftreten können. Andererseits kann Englisch im Gericht auch bedeuten, dass Englisch als internationale Handelssprache auch im Gerichtswesen in den Mittelpunkt gerückt wird und dadurch Deutsch seine Stellung in der Prozessführung verlieren kann (http://www.amcham.de/fileadmin/user_upload/Policy/Corporate_Law/101111_POP_Englisch_als_Gerichtssprache.pdf, 10.10.2014).

Es ist an den Beispielen in diesem Kapitel sichtbar, dass die Einführung einer neuen Sprache in eine Domäne größtenteils darauf zurückzuführen ist, dass die Grenzen zwischen Staaten immer schmaler werden und die Mehrsprachigkeit dementsprechend in vielen Bereichen als notwendig gesehen wird. Dennoch ist auch zu beachten, dass die Einführung einer neuen Sprachregelung meistens mit einer Reform in anderen sozialen und politischen Bereichen verbunden ist und daher nicht immer leicht durchführbar ist. Außerdem sollte die eigentlich vorhandene sprachliche Identität der jeweiligen Gemeinschaft nicht zugunsten der Förderung der Mehrsprachigkeit verloren gehen, damit die damit verbundene Kultur und ihre Bedeutung erhalten bleiben kann.

3. Mehrsprachigkeit in Belgien

3.1. Historischer und kultureller Hintergrund des Landes

Das politische System des Königreichs Belgien wurde durch einen mehrstufigen Prozess strukturiert, da sich der Staat erst von mehreren Staaten wie Österreich, Frankreich, Spanien und den Niederlanden befreien musste, um den Begriff der Nation und Identität aus einer neuen Perspektive definieren zu können. Der Staat Belgien existiert offiziell seit 1830, dennoch sind die historischen Ereignisse, die vor der Staatsgründung passiert sind, ausschlaggebend für die Entwicklung des Landes. Daher sollen diese nun folgend übersichtlich dargestellt werden.

Belgien stand vor der Staatsgründung über einen langen Zeitraum unter dem politischen Einfluss verschiedener Länder, bis es zur endgültigen Abgrenzung des Gebietes kam. Das heutige Belgien befand sich in seiner spanisch-niederländischen Periode unter der Herrschaft von Karl V., dessen Eltern jeweils aus dem Hause Habsburg bzw. aus dem spanischen Königshaus stammten. Karl V. war bis 1555 sowohl der Herrscher der Niederlande als auch von Spanien und übergab seinem Sohn Philipp II. den Thron. Die Niederlande standen trotz der Aufstände weiterhin unter spanischer Macht, bis 1648 Spanien schließlich die Unabhängigkeit der Vereinten Niederlande anerkannte (Siegemund 1989:39). Im Vertrag von Munster wurde festgelegt, dass das damalige Königreich der Vereinigten Niederlande als souveräner Staat anerkannt wird. Diese Unabhängigkeitserklärung galt aber nicht in den ganzen Niederlanden, da laut Vertrag zuerst nur das nördliche niederländische Gebiet als unabhängig anerkannt wurde und der Süden bis 1713 weiterhin unter spanischer Herrschaft stand.

Die Thematik der Mehrsprachigkeit spielte bereits im Alltagsleben von König Philipp II. und anderen Adeligen eine tragende Rolle, da sie vor allem aufgrund von Eroberungen anderer Länder mit mehreren Sprachen in Berührung kamen. Trotz seiner mehrsprachigen Umgebung und der gesellschaftlichen Tendenz, die Latein zur Grundlage der Wissenschaft machte und Französisch zu einer der prestigereichsten Sprachen, hatte Philipp II. wenig Interesse an der sprachpolitischen Berücksichtigung des Niederländischen und konzentrierte sich hauptsächlich auf die "Hispanisierung", sodass die spanische Sprache möglichst weit

verbreitet werden konnte. Niederländisch stand in dieser Zeit vorwiegend im Schatten des Spanischen oder Französischen. Dies hatte zur Folge, dass die spanischen Vertreter normalerweise Französisch sprachen und kein Niederländisch, und somit die Mehrheit von am Hof tätigen Adeligen ursprünglich aus Wallonien kam (Kramer 1984:69). Dies führte in natürlicher Weise dazu, dass fast nur Französisch in den Schriftstücken zu lesen war und die Oberschicht aus Flandern sich äußerst bemühte, Französisch zu beherrschen und auch ihren Kindern die Sprache intensiv beizubringen (Kramer 1984:69). Diese Entwicklung war einer der Faktoren, die für einen längeren Zeitraum Französisch in den Mittelpunkt rückte und Niederländisch in den Hintergrund stellte.

Das damalige belgische Gebiet wurde 1713 an die Habsburger übergeben, nachdem der spanische Erbfolgekrieg durch den Frieden von Utrecht beendet wurde. Die prestigereiche Stellung des Französischen gewann in den vom österreichischen Adelshaus regierten Niederlanden immer mehr an Bedeutung, wobei die Wichtigkeit des Französischen als Weltsprache besonders den Bürgern der Oberschicht bewusst war (Treude 1996:22). Auch unter der Herrschaft der Habsburger wies alles darauf hin, dass Französisch weiterhin als das gesellschaftliche Prestige beibehalten wird, das es schon während der spanischen Regentschaft innehatte. Doch das nördliche und südliche Gebiet wurde von jeweils unterschiedlichen Sprachentwicklungen geprägt, wobei der Norden Niederländisch zur Kirchensprache machte und der Süden weiterhin Latein als die Sprache der katholischen Kirche betrachtete. Obwohl Niederländisch durch Französisch unterdrückt wurde und auch seine südlichen Dialekte keine große Beachtung von Gelehrten fanden, wurde Niederländisch im südlichen Gebiet weiterhin als Volkssprache gesprochen (Treude 1996:22).

Die österreichischen Niederlande, anfangs unter der Herrschaft von Joseph II., kamen zwischen 1795 und 1814 in französische Hand, als Franz II. von Österreich die Gebiete an Frankreich übergeben musste. Es war nicht der erste territoriale Kampf um Belgien zwischen dem österreichischen und dem französischen Adelshaus, wobei Frankreich beim zweiten Mal gegen die Habsburger siegte und 1794 die südlichen niederländischen Gebiete besetzte. In den südlichen Niederlanden kam es dann zur ernsthaften Bedrohung der niederländischen Sprache, da diese Regionen noch im Jahr der Machtübertragung von Frankreich annektiert wurden und dessen Bewohner von nun an als französische Bürger angesehen wurden (<http://neon.niederlandistik.fu-berlin.de/de/nedling/langvar/dutchbelgium,1.7.2014>).

An dieser Stelle muss erwähnt werden, dass Frankreich eine radikale Einstellung hinsichtlich einer engen Beziehung zwischen Nation, Identität und Sprache hatte und noch immer hat.

Auch im 21. Jahrhundert legt Frankreich großen Wert auf die Vermittlung des Französischen und dessen Aufrechterhaltung dieser Sprache, da die französische Sprache als der Bezugspunkt des Volksbewusstseins gesehen wird. Die französische Nation war im 18. Jahrhundert in erster Linie dadurch definiert, dass die Bevölkerung eine einzige Sprache sprach, die der Nation zugeordnet wurde. Diese Denkweise führte dazu, dass Frankreich die ursprüngliche Sprachidentität der Niederlande unterdrückte und damit eine Integration des neu eroberten Gebiets vorantrieb. Die hohe Stellung des Französischen konnte nur weiter befestigt werden, da Belgien nun ein Teil Frankreichs war und Französisch als einzige Amts- und Gerichtssprache gesehen wurde. Die Mehrheit der Beamten kam direkt aus Frankreich oder aus Wallonien, was zum Teil auch daran lag, dass die Bevölkerung aus diesem Gebiet weniger Widerstand gegen die französische Herrschaft leistete (Kramer 1984:74).

Die aggressive Sprachpolitik, die von der französischen Regierung propagiert wurde, war jedoch aufgrund des Mangels an Französischkenntnissen mancher Bevölkerungsschichten schwer umsetzbar. Ab 1803 sollten nicht nur Bildungseinrichtungen wie Universitäten, die Gesetzgebung und die Verwaltung in die französische Sprache transformiert werden, sondern auch die Straßen- und Ladenschilder ausschließlich auf Französisch beschriftet werden (Treude 1996:23). Auch diese Vorhaben waren nicht einfach realisierbar, da eine große Anzahl der Bewohner des nördlichen Gebietes Analphabeten waren und nur gesprochenes Flämisch beherrschten. In solchen Fällen erlaubte die französische Regierung widerwillig die Präsenz eines Dolmetschers bei Gerichtsverhandlungen (Treude 1996: 23).

Französisch genoss schon in der Periode der spanischen Herrschaft über die Niederlande ein hohes Ansehen, weil die Sprache trotz der geringen Sprecheranzahl mit dem gesellschaftlichen Anstieg verknüpft war und dadurch selbst bei Flämisch-Sprechern als prestigereich wahrgenommen wurde. Die Verbindung zwischen Sprache und Macht bzw. Politik ist in der Zeit der französischen Herrschaft besonders deutlich sichtbar, da die dominante Sprache, in diesem Fall Französisch, als die Sprache der führenden Gruppen die anderen Sprachen unterordnete und ihnen dadurch einen niedrigeren sozialen Status zugeschrieben wurde. Französisch wurde zur Sprache der Intellektuellen und Flämisch wurde größtenteils nur mündlich überliefert und hatte keinen Platz in der französischen Sprachgesetzgebung.

Nach der Niederlage Napoleons 1815 kam es zur Gründung des Königreichs der Vereinigten Niederlande. Diese Entwicklung war auf das Ergebnis des Wiener Kongresses zurückzuführen, bei dem die Vereinigung des nördlichen und südlichen niederländischen

Gebietes entschieden wurde. Diese Vereinigung war territorial gesehen nicht die einzige Option für die südlichen Niederlande und andere belgische Staaten, da sie auch unter die österreichische oder französische Herrschaft zurückkehren hätten können (Koll 2003:373). Luxemburg erhielt im Zuge des Kongresses einen Sonderstatus und wurde zum Großherzogtum ernannt. Es erhielt neue Rechte und zählte fortan nicht mehr zu den südlichen Niederlanden, was dazu führte, dass der größte Teil Luxemburgs später vom Territorium des belgischen Königreichs ausgeschlossen wurde (Koll 2003:373).

In dieser Periode, die von 1815 bis 1830 dauerte, kam es zu einer heftigen Auseinandersetzung in Bezug auf Sprachpolitik in den Niederlanden. Wilhelm I. aus dem Hause Oranien, der den Staat regieren sollte, wollte Niederländisch zur Staatssprache machen, was von der Mehrheit der Bevölkerung sehr negativ aufgenommen wurde. Der König erklärte dennoch 1819 Niederländisch zur einzigen offiziellen Sprache des Landes. 1823 wurde das Gesetz tatsächlich auch umgesetzt und die Regelung wurde in Antwerpen, Limburg, West- und Nordflandern praktisch angewandt. Später dehnte Wilhelm I. das Wirkungsgebiet auf Brüssel und davor Brabant aus, das zuvor ein zweisprachiges Gebiet war (McRae 1986:20).

Die Einführung der sprachpolitischen Maßnahmen, die Niederländisch als einzige offizielle Sprache festlegte, sollte die Bevölkerung dazu bringen, eine nationale Identität durch die Verwendung einer gemeinsamen Sprache aufzubauen. Der Beschluss, der 1819 gefasst wurde, besagt, dass von 1823 an im flämischen Gebiet Niederländisch zur Verwaltungssprache werden soll und nicht mehr das Französische (Kramer 1984: 76). Die Schwierigkeiten bei der Umsetzung sind aus mehreren Perspektiven zu betrachten: Erstens fühlten sich die frankophonen Beamten, die sich hauptsächlich im südlichen Gebiet befanden, durch diese Entscheidung irritiert und auch persönlich attackiert, da ein großer Teil des hohen Bürgertums und der Adeligen mit Französisch aufgewachsen war. Die meisten von ihnen sind während der französischen Herrschaft ins Berufsleben eingestiegen und waren folglich nicht besonders erfreut, als Niederländisch vom König zur Amtssprache in den flämischen Gebieten und ebenso zur Bildungssprache in den wallonischen Provinzen erhoben wurde (Koll 2003:374). Es erweckte den Anschein, als ob der König die Niederländer in den höheren Positionen seiner neuen Regierung sehen wollte und ihnen bevorzugt wichtige Aufgaben übermitteln würde, was sich nicht gerade positiv auf den Aufbau einer nationalen Identität in Bezug auf Einheitlichkeit bzw. Verbundenheit auswirkte. Es ist dennoch zu vermerken, dass der König die Bevorzugung der Niederländer nicht beabsichtigte, sondern Niederländisch sprechende Beamte, die unter französischsprachigen Beamten nur schwer zu finden waren, in die neu

strukturierte Verwaltung einsetzen musste. Außerdem war die Situation im Süden aufgrund der Sprachenpolitik des Wilhelm I. etwas unübersichtlich, da die wallonischen Beamten weiterhin an ihren Posten im flämischen Gebiet blieben und die Kommunikation zwischen ihnen und den flämischen Beamten auf Französisch erfolgen musste (Kramer 1984:75). Im Großen und Ganzen sah es so aus, als ob die neue Sprachenpolitik mehr für Unordnung sorgte als vorher.

Zweitens rief das neue Sprachgesetz auch unter den Flamen keine Begeisterung hervor. Die flämische Bevölkerung fühlte sich nicht mit dem Niederländischen verbunden, da sie hauptsächlich mit Hilfe ihrer Dialekte kommunizierten. Ein großer Teil der Flamen, die aufgrund der hohen Stellung des Französischen die Sprache beherrschen mussten, war nicht wirklich überzeugt, dass eine einzige Volkssprache für den Aufbau einer Volkskultur notwendig ist (Treude 1996:25). Die Idee, dass Niederländisch plötzlich als die offizielle Sprache galt, entsprach nicht ihrer Vorstellung. Während die niederländische Sprachpolitik keine große Begeisterung bei gebildeten Flamen und Frankofonen hervorrief, gab es ebenso keine allzu positive Reaktion von den Leuten aus niedriger Sozialschicht, da diese Thematik für die Leute auf dem Land ziemlich gleichgültig war (Kramer 1984:76).

Aufgrund der vielen kritischen Stimmen gegen diese Sprachpolitik kam es schließlich zwischen 1829 und 1830 dazu, dass Französisch in den flämischen Provinzen, falls gewünscht, als Arbeitssprache für Gerichtsverhandlungen und für die Erstellung von Gerichtsdokumenten gewählt werden konnte (McRae 1986:226). Zu den Veränderungen, die während der Herrschaft von Wilhelm I. durchgeführt wurden, zählt auch eine Bildungsreform, die sich aufgrund der engen Verknüpfung von Bildungssystem und Sprachenpolitik zwangsläufig auf Letztere auswirkte. Wilhelm I. förderte z.B. drei staatliche Universitäten im nördlichen und südlichen Gebiet, sodass an den Universitäten in Leiden, Utrecht, Groningen, Lüttich, Gent und Leuven nicht nur auf Latein, die seit langem die Sprache der Gelehrten war, sondern auch auf Niederländisch unterrichtet werden konnte. Das neue Bildungssystem in niederländischer Sprache wurde auf Wunsch des Königs in Volks- und Oberschulen eingeführt. In Wallonien war dieses System jedoch dermaßen umstritten, dass es modifiziert werden musste, sodass schlussendlich Unterrichtsstunden gleichzeitig auf Französisch und Niederländisch gehalten wurden.

Die von Wilhelm I. angestrebte Sprachpolitik sorgte für große Unstimmigkeiten hinsichtlich der Sprachregelung, sodass die Gegenstimmen sowohl in Wallonien als auch in Flandern immer lauter wurden. Dennoch war diese Unzufriedenheit nicht die einzige Ursache, die

schlussendlich zur Revolution führte, da es z.B. eine immer größer werdende Entfremdung zwischen dem protestantischen Norden und dem katholischen Süden gab. Dieser religiöse Zwiespalt war nur einer von vielen Faktoren, der die Bevölkerung immer deutlicher spüren ließ, dass die Vereinigung zwischen Norden und Süden keine Volksentscheidung war und die Bewohner mit der nationalen Identitätsbildung nur wenig anfangen konnten. Aber trotz all der Schwierigkeiten hatte die Schulpolitik auch positive Aspekte, da die Einrichtung von mehreren Volksschulen die Verbreitung von Analphabetismus aufhalten sollte und dadurch Niederländisch zum ersten Mal in Flandern und Brabant zur Unterrichtssprache wurde (Kramer 1984:77).

Voraussetzung für die Gründung des eigenständigen Staates Belgien war, dass eine von den Niederlanden abgegrenzte und unabhängige Einheit gebildet werden konnte. Aber die Sprachkonflikte fingen erst recht an, nachdem sich die südlichen Niederlande unter der Bezeichnung Belgien unabhängig machen durften. 1830 kam es zu mehreren Aufständen, der Großteil des Landes wurde von den Aufständischen besetzt und Anfang Oktober wurde in Belgien eine provisorische Regierung gebildet, die die Unabhängigkeit Belgiens verkündete (Kramer 1984:78).

Als es noch im selben Jahr, am 18. November, zur Gründung des belgischen Königreichs kam und die Unabhängigkeit des Staates ein Jahr später durch den feierlichen Einzug des Königs Leopold I. offiziell wurde, zweifelte die Mehrheit der Bevölkerung nicht daran, dass Französisch die offizielle Sprache des Landes werden würde. 1846 befand sich fast ein Drittel mehr Flamen als Frankophonen in ganz Belgien und es ist eine interessante Frage, warum keine Widerstände zu sehen waren, als Französisch einen höheren gesellschaftlichen Status als die anderen Sprachen genießen durfte.

Dieses hohe Ansehen des Französischen war zum Teil auf die ausbleibende Standardisierung des Niederländischen zurückzuführen, wobei Französisch als die Sprache der Eliten angesehen wurde und selbst die Flamen Französisch mit gesellschaftlichem Aufstieg verbinden und die Sprache als Verwaltungssprache akzeptieren konnten. Die sprachliche Präferenz ist auch im Erlass der provisorischen belgischen Regierung zu sehen, der am 16. November 1830 erschienen ist: Es wird eine freie Sprachwahl zwischen Französisch, Flämisch und Deutsch garantiert, insbesondere in der Verwaltung. Dennoch wird Französisch in widersprüchlicher Weise als die Hauptsprache für Gesetze und Regierung angekündigt und die Verwendung von Deutsch und Flämisch wird mehr in den einzelnen Provinzen als im ganzen Land gefördert (Blampain 1997:434). Die Flämische Bewegung war ein

vorprogrammiertes Ereignis, da damals 95% der Bevölkerung im Norden statt Französisch einen flämischen Dialekt sprach und die verfassungsmäßig versicherte Sprachfreiheit nicht wirklich zur Geltung kam. Die Tatsache, dass Französisch offiziellen Vorrang hatte, bedeutete keinesfalls geplante Unterdrückung des Flämischen: Obwohl es eine Art kulturell bedeutende Sprache sowie die Umgangssprache der niedrigeren Sozialschicht wurde, wurde sie von den Eliten nicht beachtet.

Ende der 1830er Jahre waren die Vertreter der Regierung bereit, sich mit den Repräsentanten der Flämischen Bewegung zu treffen, damit die Einführung der einheitlichen Rechtschreibung des Niederländischen ermöglicht werden kann und dadurch schließlich die Übersetzung der offiziellen Dokumente vom Französischen ins Deutsche zu fördern. Die erwünschte Gleichstellung zwischen Französisch und Niederländisch an der Universität Gent und an allen anderen Bildungseinrichtungen in Belgien war auch einer der wichtigsten Punkte der Forderung (Hüning; Vogl 2010:232, http://www.academia.edu/1056036/One_nation_one_language_The_case_of_Belgium, 01.07.2014).

Obwohl die Flämische Bewegung sowohl kulturelle als auch politische Aspekte vertrat, waren ihre Vertreter keine Gegner der belgischen Regierung und forderten in keiner Weise eigene staatliche Strukturen für Flandern. Ihr Interesse lag an der Förderung des Bewusstseins als Flamen und der damit verbundenen Sprachfreiheit, die in der Praxis nicht umgesetzt wurde.

Die erste wirklich radikale Forderung von den Flamen kam 1858 und verlangte nach der Zweisprachigkeit aller belgischen Beamten, auch in Wallonien (Treude 1996:28). Die Ablehnung dieser Forderung war im Großen und Ganzen durch die mögliche Benachteiligung begründet, die vor allem den einsprachigen Beamten Walloniens schaden könnte. Der Aufwand für den Spracherwerb wäre einfach zu groß, da in dem Gebiet Französisch den Vorrang hatte und die erwünschte Zweisprachigkeit zu schwer zu realisieren wäre. Die schwache Präsenz der Flämischen Bewegung am Anfang ihrer Entstehung war zum Teil auch darauf zurückzuführen, dass sie lediglich aus einer Gruppe von Kleinbürgern bestand.

Dennoch konnte Niederländisch im Laufe der Zeit sein Image aufpolieren und mehr Einfluss gewinnen, auch wenn diese Entwicklung in einem ziemlich langsamen Tempo stattgefunden hat. Die Erweiterung des Gebrauchs des Niederländischen wurde z.B. durch freie Sprachenwahl vor Gericht (1873/1877/1889), in der Armee und für Mitteilungen der Verwaltung (1878) und Einführung des Niederländischen als erste Fremdsprache und

Unterrichtssprache an höheren staatlichen Schulen (1883-85) gesetzlich verankert (Treude 1996:29). Die offizielle Anerkennung der Gleichberechtigung von Französisch und Niederländisch folgte erst 1898, aber es hieß dennoch nicht, dass die beiden Sprachen in der Praxis vollständig gleich behandelt wurden. Es waren z.B. in Antwerpen und Gent, Hauptsitze der Flämischen Bewegung, vorwiegend zweisprachige oder sogar französische Straßenschilder zu sehen (Kramer 1984:83). Es war für Reisende schwer zu erkennen, dass es sich um ein niederländischsprachiges Gebiet handelte.

Es gab aber auch die Wallonische Bewegung in Belgien, die im Vergleich zur Flämischen Bewegung nicht als eine große Massenbewegung bezeichnet werden kann. Die Wallonen forderten das Recht, auch in Flandern weiterhin zugunsten ihrer Sprachfähigkeit Zweisprachigkeit zu praktizieren und in Wallonien ausschließlich Französisch zu verwenden. Diese Bewegung ist größtenteils auch damit verbunden, dass das Wahlrecht ab 1894 nicht mehr ein Privileg der wohlhabenden Frankophonen war und ab 1919 jeder männliche Bürger nur noch eine einzige Stimme hatte, auch wenn davor die Reichen und Gebildeten mehrere Stimmen zur Verfügung hatten (http://www.dglive.be/desktopdefault.aspx/tabid-365/196_read-735/, 01.07.2014). Da sich mehrere Flamen im Land befanden als Wallonen, wurde die Sorge größer, dass die Flamen eines Tages nicht nur dem Niederländischen Vorrang geben würden, sondern auch einen großen Einfluss im Parlament haben könnten und dadurch politisch mächtiger als Wallonien sein würden. Die Wallonische Bewegung ist daher nicht nur als der Versuch zu verstehen, französische Sprache und Kultur zu verteidigen, sondern vielmehr die Stellung der Wallonen festzulegen und sich gegen den wachsenden Einfluss der Flamen behaupten zu können. Es ist also anzumerken, dass nicht nur Sprachkonflikte zwischen den Wallonen und Flamen zu sehen waren, sondern diese Konflikte vielmehr in politischer Natur und eng mit der sozialen Machtstellung verknüpft waren.

Die Flämische Bewegung war selbst während des ersten Weltkriegs aktiv, als dieser 1914 ausbrach und Belgien durch den Einmarsch der deutschen Soldaten bedroht wurde. Zur Folge der deutschen Besatzung gehörten unter anderem Arbeitslosigkeit und ausbleibende industrielle Entwicklung, weil die Mehrheit der Unternehmer sich weigerte, mit den als Feinde wahrgenommenen Besatzern ihres Landes zusammenzuarbeiten (Erbe 1993:279). Die Unbeliebtheit der deutschen Besatzung war ironischerweise einer der Einflussfaktoren der Flämischen Bewegung während der Besatzungszeit, da die Deutschen wenigstens bei einem Teil der Bevölkerung etwas bewirken wollten und dies durch die proflämische Politik versuchten (Erbe 1993:279). Die belgische Regierung sah sich in erster Linie mit der

Oppositionsbewegung der flämischen Soldaten konfrontiert, was größtenteils durch Konflikte zwischen diesen und ihren frankophonen Kommandanten aus der Mittel- und Oberschicht zustande kam. Die Schwierigkeiten bei der Kommunikation, die hauptsächlich durch soziale und sprachliche Abweichungen entstanden, reflektieren teilweise auch die heutige Problemlage in Belgien oder anderen mehrsprachigen Ländern mit Multikulturalität. Im Großen und Ganzen kann es gesagt werden, dass die Aufteilung 1917 in jeweils eine wallonische und eine flämische Verwaltung mit deutscher Zustimmung eines von den bedeutendsten sprachpolitischen Ereignissen war: Das flämische Verwaltungsgebiet bestand samt Hauptstadt Brüssel aus den Provinzen Ost- und Westflandern, Antwerpen und Limburg sowie aus Brabant ohne den frankophonen Teil Nivelles und Wallonien (Erbe 1993:281). Niederländisch war die offizielle Sprache für den Norden und wurde neben dem offiziellen Französischen gelegentlich auch im Süden verwendet, während Deutsch in manchen Fällen neben den anderen offiziellen Sprachen gesprochen wurde (Kramer 1984:84).

In der Zwischenkriegszeit brachte die vorher erwähnte Reform des Wahlrechts weitere gesellschaftliche Veränderungen, die den politischen Einfluss der Flamen verstärken konnten, mit sich. Belgien bekam die neuen Gebiete Eupen und Malmédy zugesprochen, wobei die deutsche Sprache im deutschsprachigen Belgien ein höheres Ansehen neben dem Französischen bekam. Dennoch ist die Stellung des Deutschen noch nicht ganz gesichert wie das Niederländische, das in den 1930ern durch die Einführung der Einsprachigkeit in Flandern an der Universität Gent als Unterrichtssprache mehr Gewicht bekam. Im Schulwesen waren die Fortschritte der Gleichberechtigung zwischen dem Französischen und Niederländischen deutlicher erkennbar als in den anderen Bereichen, da man schon 1914 beschloss, die von der Mehrheit der Ortsbewohner gesprochene Sprache zur Unterrichtssprache zu machen, und dies 1931 umsetzte (Treude 1996:31). Brüssel und den Gemeinden mit 30% anderssprachiger Bevölkerung standen zwar die freie Sprachenwahl zu, aber das Gesetz sollte auch in anderen Gebieten durchgesetzt werden. Die Übergangsbestimmungen erlaubten den Schülern in Nordbelgien, zuerst Niederländisch in den Grundschulklassen zu lernen und danach Unterricht in dieser Sprache zu erhalten oder die französischsprachige Ausbildung zu absolvieren, vorausgesetzt es werden keine neuen Klassen in der französischen Sprache gegründet (Kramer 1984:88).

1940 kam es zum Ausbruch des zweiten Weltkriegs, was sich wiederum negativ auf die Sprachkonflikte zwischen Flamen und Wallonen auswirkte. Es war nun die zweite Verletzung des belgischen Neutralitätsprinzips, die diesmal durch Hitler zustande kam. Diesmal setzte

sich die deutsche Besatzungsmacht nicht nur für die Rechte der Flamen ein, sondern bezeichnete auch die wallonischen Eliten als das ursprünglich germanische Volk und begeisterte durch die Sympathie der Deutschen an wallonischen Rechten (Erbe 1993:291). 1944 erfolgte die Befreiung Belgiens durch die alliierten Truppen und Belgien blieb erneut mit finanziellen Schäden zurück, die auch nach dem ersten Weltkrieg entstanden waren und dadurch die wirtschaftliche Lage des Landes beeinflussten.

Dabei ist anzumerken, dass das Land nach dem zweiten Weltkrieg nicht nur an den wirtschaftlichen Folgen zu leiden hatte, sondern sowohl im 19. als auch im 20. Jahrhundert wiederholt mit den Sprachkonflikten und Königsfragen konfrontiert wurde. Viele unterschiedliche Faktoren trugen bei der politischen Teilung des Landes zwischen Wallonen und Flamen bei, wobei dieser Zwiespalt durch verschiedene Ansichten der Beteiligten in den Bereichen wie Religion, Sprachen und Bildung verursacht wurde. Die Liberalen und die Sozialisten waren im Zentrum politischer Macht in Wallonien, was dementsprechend zur Gründung vieler städtischen Schulen in Brüssel und anderen großen flämischen Städten wie Antwerpen und Gent führte. Das in der Verfassung verankerte Prinzip der Unterrichtsfreiheit erlaubte die Existenz mehrerer Schulformen in Belgien, aber die Freiheit verursachte auch Rivalität und Konflikt zwischen verschiedenen Parteien und führte zur Unordnung des belgischen Schulwesens. Die größten derartigen Konflikte sind hauptsächlich dadurch entstanden, dass eine Partei trotz der Anerkennung der Unterrichtsfreiheit mit dem angestrebten Schulcurriculum der anderen Partei nicht einverstanden war und die Meinungsverschiedenheiten zu heftigen Diskussionen führten.

Nachdem es zwischen 1951 und 1958 zur erneuten Auseinandersetzung zwischen öffentlichen und freien Bildungsanstalten mit meist katholischem Hintergrund kam, wurde der Schulpakt am 20. November 1958 ins Leben gerufen und sollte für Frieden im Schulwesen zwischen sozialistischen, christlich-sozialen und liberalen Parteien sorgen. Der Schulpakt spielt eine organisatorische Rolle in Bezug auf die Beziehung zwischen verschiedenen Schulnetzen in allen Bildungsstufen und garantiert außerdem die freie Schulwahl durch Erziehungsberechtigte, wobei die jeweilige Schule je nach dem eigenen schulischen Prinzip zur bestimmten Trägerschaft gehört (http://www.bildungserver.be/desktopdefault.aspx/tabid-2187/4266_read-31597/, 15.12.2014).

Eines der meist diskutierten Probleme handelte sich auch um die Frage, ob die in Flandern mehr verbreitete Konfessionsschule Schulgeld verlangen soll oder wie die staatlichen Schulen durch den Staat finanziert werden sollten (Erbe 1993:316). Die durch den Schulpakt

vorgesehene Schulgeldfreiheit sollte dann die Diversität im belgischen Schulsystem in eine positive Richtung bringen und für Schulfrieden sorgen.

Die Diskussion um die monarchistische Herrschaft, die einer der anderen Hauptfaktoren für die sozialen Konflikte in Belgien war, hatte ihren Ursprung in dem verlorenen Glauben an König Leopold III. als Staatschef nach dem zweiten Weltkrieg. Ihm wurde vorgeworfen, sich heimlich mit Hitler getroffen und sich der deutschen Besatzung untergeworfen zu haben, was als ein Zeichen des Mangels an Führungsqualität gesehen wurde und für Unmut sorgte (Erbe 1993:314). Die Bevölkerung war daher nicht besonders auf die Rückkehr des Königs aus dem Exil erfreut. Es kam schließlich 1950 zur Abdankung Leopold III., aber dennoch machte diese Problematik die Spaltung zwischen Flamen und Wallonen sowie Monarchisten und Republikanern sichtbar (Delforge 2006:116). Die historischen Ereignisse machen es deutlich, dass Belgien aufgrund verschiedener Faktoren oft durch die Möglichkeit der Spaltung des Landes bedroht wurde.

Auch wenn Kultur und Geschichte Belgiens aufgrund ihres großen Umfangs nicht ausführlicher in diesem Kapitel behandelt werden kann, bekommt der Leser nach diesem kurzen Einblick den Eindruck, dass das Land hauptsächlich durch Religion, soziale Ansichten und vor allem Sprachenfragen immer wieder Probleme hatte. Es nahm viel Zeit in Anspruch bis Niederländisch in Flandern als Verwaltungs- und Bildungssprache wahrgenommen wurde, was auch zum Teil mit einer fehlenden schriftlichen Entwicklung des Flämischen verknüpft war. Eine Sprache kann ihre offizielle Funktion nur dann ausüben, wenn sie sowohl schriftlich als auch mündlich überliefert worden ist und dadurch fest in vielen Lebensbereichen verankert ist. Dahingegen ist der Gebrauch des Deutschen auf gesamtstaatlicher Ebene begrenzter, obwohl Deutsch seit 1973 mit der Einrichtung des deutschen Kulturrates in Eupen offiziell zu den Landessprachen gehört. Sowohl die Existenz der deutschen Zeitung als auch die Stellung des Deutschen als Amts- und Schulsprache in Eupen und St. Vith zeigen, dass Deutsch in der deutschsprachigen Gemeinschaft eine starke Präsenz hat (http://www.alsace.iufm.fr/web.ressources/web/ressources_pedagogiques/productions_pedagogiques_iufm/bilinguisme_plurilinguisme/autre/actes_colloques/colloque_mars_2003/regards_exterieurs.pdf, 15.12.2014). Belgien konnte erst 1830 seine Unabhängigkeit offiziell machen und bis dahin erlag es vielen fremden Einflüssen. Die Abneigung gegen die deutsche Sprache, die kurz nach dem zweiten Weltkrieg durch die deutsche Besatzung entstand, bereitete zum Teil Probleme bei der Sprachförderung durch Mangel an Lehrkräften und ein ausbaubedürftiges Schulcurriculum. Auch wenn dies in die Vergangenheit gehört und heute

Deutsch eine zentrale Rolle in der deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens spielt, wird die Gemeinschaft oft lediglich als ein Teil von Wallonien wahrgenommen und Deutsch bekommt außerhalb dieser Gemeinschaft keine sehr große Aufmerksamkeit (<http://www.tau.ac.il/GermanHistory/ernst.pdf>, 15.12.2014). Durch die geringe Anzahl der Bevölkerung, die Deutsch als ihre Muttersprache bezeichnet, ist das Deutsche auf gesamtstaatlicher Ebene im Vergleich zu den anderen offiziellen Sprachen bis heute durch seine schwache Präsenz gekennzeichnet. Die Frage, ob die offiziellen Sprachen Belgiens auch in der Praxis jeweils gleichen Einfluss im Alltagsleben der Bevölkerung haben, wird in den nächsten Kapiteln erläutert.

3.2. Analyse der Mehrsprachigkeit in Belgien: Französisch, Deutsch und Niederländisch

3.2.1. Sprachliche Normativierung

Die sichtbare Mehrsprachigkeit war in Belgien durchgehend eines der meist diskutierten Themen in der Geschichte. Die Frage, welche Sprache die am meisten gesprochene des Landes sei, sollte mittels Volkszählungen bzw. Sprachenzählungen beantwortet werden. Die Auswertung der Umfrage war aber schwieriger als am Anfang gedacht. Ein Teil der zweisprachigen Flamen wollte bei der ersten Volkszählung 1846 nicht mit der Sprache mit geringerem sozialen Ansehen in Verbindung gebracht werden und kreuzte lieber Französisch an, wobei ein anderer Teil der Flamen die Frage nach der Sprache als Verletzung der Privatsphäre betrachtete und nicht dabei teilgenommen hat (Treude 1996:36). Die Volkszählungen waren nicht in jeder Hinsicht ein geeignetes Mittel bezüglich der Sprachforschung in Belgien. Dennoch zeigte die Sprachenzählung von 1947, dass die Bevölkerung mehr Sympathien für das Französische hatte: Französisch wurde 1930 nur von ca. 17% der Bevölkerung als meistverwendete Sprache angegeben (Niederländisch ca.76%, Deutsch 1,1%), aber 1947 wurde es bereits von 53% der Befragten als meistverwendete Sprache bei der nächsten Sprachenzählung angegeben (Niederländisch hingegen nur 37%, Deutsch 0,38%) (Kramer 1984:97). Dieser plötzliche Anstieg des Französischen ist allerdings mehr als die Sympathie für ein frankophones Land zu verstehen als das starke Wachstum der französischsprachigen Bevölkerung im Land (Kramer 1984:97). Es stellte sich heraus, dass die Sprachenzählungen kein geeignetes Mittel zur endgültigen Festlegung der Sprachgrenze waren, da sie die meistverwendete Sprache in der jeweiligen Region nicht wie erwünscht ermitteln konnten.

Der Versuch, die existierende Mehrsprachigkeit im öffentlichen Wesen durch Gesetze zu definieren, wurde schon 1932 trotz der noch nicht festgesetzten Sprachgrenze gemacht, als die Gemeinde, in denen mehr als 30% Anderssprachige lebten, offiziell zweisprachig erklärt wurde und man die Hauptsprache des Ortes auch gleich als Unterrichtssprache einführte (Treude 1996:31). Der eigentliche Anfang der Festlegung der Sprachgrenze wurde erst in den 1960ern in die Gänge gesetzt, indem 1962 und 1963 neue Sprachgesetze verabschiedet wurden, die Aufteilung belgischer Sprachgebiete festlegten (deutschsprachig, französischsprachig, niederländischsprachig und zweisprachig). 1963 wurde dann das Gesetz beschlossen, wodurch nur ausschließlich die Sprache der jeweiligen Sprachgemeinschaft bei Gericht verwendet werden darf (http://www.dglive.be/desktopdefault.aspx/tabid-1059/1544_read-19739/, 20.01.2015). Das Gesetz wurde im Laufe der Zeit mehrmals modifiziert und wird mit folgenden Worten definiert:

“Article 1e

Devant les juridictions civiles et commerciales de première instance, et les tribunaux du travail dont le siège est établi dans les provinces de Hainaut, de Luxembourg, de Namur et dans les arrondissements de Nivelles, Liège, Huy et Verviers, toute la procédure en matière contentieuse est faite en français.

Article 2

Devant les juridictions civiles et commerciales de première instance, et les tribunaux du travail dont le siège est établi dans les provinces d'Anvers, de Flandre occidentale, de Flandre orientale, de Limbourg et dans l'arrondissement de Louvain, toute la procédure est faite en néerlandais.

Article 2bis

Devant les juridictions civiles et commerciales de première instance, et le tribunal du travail dont le siège est établi dans l'arrondissement d'Eupen, toute la procédure en matière contentieuse est faite en allemand.” (http://www.axl.cefan.ulaval.ca/europe/belgiqueetat_pol-Ing.htm, 19.03.2015).

Die konkrete Erläuterung der Sprachgesetze, die sich mit der Mehrsprachigkeit des Landes befassen, wird im Kapitel über ‘Sprachpolitische Prinzipien und ihre Umsetzung’ behandelt. Es ist an dieser Stelle jedoch anzumerken, dass die Entstehung der Sprachgesetze und die darauffolgende Verfassungsreform ein Kompromiss zwischen Flamen und Wallonen ermöglichen sollte. Flamen und Wallonen forderten jeweils kulturelle und wirtschaftliche Autonomie und diese Forderungen sollten 1970 durch die Entstehung der drei Kulturgemeinschaften und drei Regionen erfüllt werden (Berge; Grasse 2003:111).

Die Kulturgemeinschaften, die im Laufe der Jahre zu Gemeinschaften ausgebaut wurden, hatten zuerst die Bezeichnungen französische, niederländische und deutsche Kulturgemeinschaft. Die niederländische und deutsche Gemeinschaft wurde später in flämische und deutschsprachige Gemeinschaft umbenannt, wobei die obengenannten Zonen jeweils Wallonische Region, Flämische Region und die Region Brüssel-Hauptstadt hießen (Berge; Grasse 2003:111). Die Teilung der Sprachgebiete sieht folgendermaßen aus: Das niederländische Sprachgebiet umfasst die flämischen Provinzen Antwerpen, Limburg, Ost-Flandern und West-Flandern, wobei das französischsprachige Gebiet Hennegau, Luxemburg, Namur, Wallonisch-Brabant und Lüttich umfasst und die zweisprachigen Gebiete sowohl Brüssel als auch das deutschsprachige Gebiet in der vorwiegend frankofonen Provinz umfassen (Berge; Grasse 2003:110).

Laut der heutigen Statistik sprechen im heutigen Belgien etwa 57% der Bevölkerung Französisch, 42% Niederländisch und 0,6% Deutsch, wobei Brüssel in erster Linie durch die Gleichstellung des Französischen und Niederländischen in der Stadt gekennzeichnet ist (<http://www.eu-info.de/europa/EU-Mitgliedstaaten/belgien/>, 15.12.2014). Die sprachliche Lage, die in der Vergangenheit größtenteils sowohl mit der Gleichstellung zwischen dem Französischen und dem Niederländischen als auch mit der Spannung zwischen den beiden Sprachen verbunden war, ist auch in der heutigen Zeit zu sehen. Auch wenn die Hauptsprachen Belgiens Französisch, Niederländisch und Deutsch genannt werden, sind kleinere Abweichungen zwischen ihnen und den Sprachvarietäten in den anderen Ländern wie Frankreich, den Niederlanden oder Deutschland zu sehen. Es ist verständlich, dass Abweichungen zwischen Sprachvarietäten entstehen, wenn die Sprache in mehreren Ländern bzw. Regionen gesprochen wird und sich vor Ort in Form von regionalem Dialekt weiterentwickelt. Jedoch sollte die kurze Festlegung der Sprachvariante in Belgien an dieser Stelle dazu beitragen, dass die sprachlichen Besonderheiten in Belgien besser verstanden werden können.

Hinsichtlich der Besonderheiten des Französischen in Belgien ist in erster Linie auffallend, dass dieses von der Norm der Ile de France mit dem Gewicht der Hauptstadt Paris abweicht, wobei Belgien, abgesehen von dem napoleonischen Einfluss am Anfang des 19. Jahrhunderts, nie zu Frankreich gehörte und diese Abweichungen als mehr als eine natürliche Entwicklung zu betrachten sind (Wolf 1992: 103). Oft sind Übereinstimmungen mit dem Deutschen vorhanden, da im belgischen Französisch auch Wörter wie „Mittelschule“, „Auditorium“ und „ordentlicher Professor“ („professeur ordinaire“ wird jedoch nicht mehr verwendet) zu sehen

sind (Wolf 1992:103). Aber eines der bekanntesten Beispiele sind wohl die Zahlen, da „siebzig“ und „neunzig“ in Frankreich „soixante-dix“ und „quatre-vingt-dix“ heißen, während sie in Belgien „septante“ und „nonante“ genannt werden (Kasper 2001:83, http://www.persee.fr/web/revues/home/prescript/article/rbph_0035-0818_2001_num_79_3_4549, 19.03.2015). Außerdem heißt „asseyez-vous“ (*setzen Sie sich*) in Belgien ähnlich wie im Deutschen „mettez-vous“, was oft als ein typisches Beispiel für belgisches Französisch zitiert wird (Kasper 2001:83, http://www.persee.fr/web/revues/home/prescript/article/rbph_0035-0818_2001_num_79_3_4549, 19.03.2015). Die abgekürzten Zahlenformen sowie andere sprachliche Abweichungen sind wohl für manche Französisch-Sprecher ungewohnt, dennoch ist die offizielle Anerkennung des belgischen Französisch in der frankophonen Gesellschaft weltweit so gut wie erreicht.

Die Variante des belgischen Niederländisch beinhaltet Wörter, die in den Niederlanden gänzlich unbekannt sind und zum Teil vom Französischen stammen. Auch gibt es für Wörter, die in den Niederlanden dieselbe Bedeutung haben, zusätzlich andere Bezeichnungen. Im belgischen Deutschen ist zu beobachten, dass manche Vokabeln beziehungsweise Ausdrücke für die Deutschsprachigen anderer Länder unverständlich sind. Sie sind vielmehr die Übernahme der unbekannteren Anglizismen oder eine Anlehnung an das Niederländische, wobei sich die Schriftsprache strikt an das standardisierte Deutsch hält und daher zum Beispiel in den Zeitungen fast keine dialektalen Elemente auffindbar sind (Kramer 1984: 152). Diese fremden Einflüsse auf das Deutsche in Belgien sind zum Beispiel durch Wörter wie „Garage“ (*Werkstatt*, kommt vom Französischen), „anbefohlener Preis“ (*empfohlener Preis*, Niederlandismus) und „Parking“ (*Parkplatz*, Anglizismus) zu sehen (Kern 1999: 220). Im nächsten Kapitel soll ermittelt werden, wie die drei offiziellen Sprachen Belgiens in der Öffentlichkeit beziehungsweise im Bereich indirekter impliziter Sprachpolitik vertreten sind. Die Frage, ob die Sprachen jeweils im gleichen Ausmaß durch diverse Medien vertreten sind, soll ebenso beantwortet werden.

3.2.2.Struktur der Sprachplanung

Zu den Instrumenten, die die Richtung der indirekten impliziten Sprachpolitik des Staates vorgeben, zählen nach grober Aufteilung Printmedien, audiovisuelle Medien und öffentliche Beschriftungen. Die Mehrsprachigkeit des Landes wird in Belgien auch durch die Zeitungen, Radio- und Fernsehsender unterstützt, indem diese Medien in allen drei Sprachen erscheinen. Zu den wichtigsten belgischen audiovisuellen Medien, nämlich Rundfunk und Fernsehen,

zählen z.B. VRT (niederländischsprachig), RTBF (französischsprachig), BRF (deutschsprachig), RTL-TVI (französischsprachig), VTM-Vlaamse Televisie Maatschappij (niederländischsprachig), Kanaal 2 (niederländischsprachig) und VT 4 (niederländischsprachig), wobei auch die deutschsprachigen Programme durch Kabelgesellschaften zur Verfügung stehen. Dabei gehören VRT, RTBF und BRF zum öffentlichen Fernseh- und Rundfunkkanal, die restlichen der oben genannten sind private Fernsehkanäle. BRF, der Belgische Rundfunk, ist das deutschsprachige Hauptmedium, welches als öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalt in der deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens betrachtet wird.

Der BRF existiert schon seit den Dreißigerjahren und hat normalerweise eine tägliche Sendezeit von neun Stunden (Kramer 1984:152). Am Anfang wurden die Programme lediglich aus dem französischen Programm des belgischen Rundfunks übersetzt, aber die Eigenständigkeit des Senders wurde letztendlich durch die Einrichtung des Studios in Eupen erreicht. Der BRF und sein wachsender Einfluss ist ein positives Zeichen des Status des Deutschen in Belgien, wobei der BRF darüber hinaus deutschsprachige Fernsehsendungen produziert und diese im ostbelgischen Kabelnetz unter dem Namen KA3 ausgestrahlt werden (Berge; Grasse 2003:198).

Die Veränderungen im Zeitungswesen im Laufe der Zeit zeigt die Verschiebung des sprachlichen Einflusses in Belgien: 1840 gab es 28 französischsprachige Tageszeitungen und die erste niederländische Zeitung wurde erst 1844 herausgegeben, wobei 1904 die Zahl der niederländischen Zeitungen zu fast einem Viertel der Tageszeitungen wuchs (McRae 1986:250). 1976 sah es so aus, dass es nun 14 niederländischsprachige, 24 französischsprachige Tageszeitungen und eine kleinere deutschsprachige Tageszeitung namens *Grenz-Echo* gab (McRae 1986:250).

Zu den führenden belgischen Printmedien können heute folgende Zeitungen genannt werden: *Het Laatste Nieuws* (Auflage ca. 100 000), *De Standaard* (Auflage ca. 95 000), *De Morgen* (Auflage ca. 55 000), *Gazet van Antwerpen*, *Het Volk* und *Het Belang Van Limburg* (Auflage ca. 100 000), sind niederländischsprachig, *Le Soir* (Auflage ca. 90 000), *La Libre Belgique* und *Vers L'Avenir* (Auflage ca. 94 000), sind französischsprachig, *Grenz-Echo* (Auflage ca. 20 000), ist deutschsprachig (<http://www.grenzecho.net/lifestyle/kennensiebelgien/17.aspx>, 19.03.2015). Diese Entwicklung zeigt, dass Niederländisch in Belgien immer mehr Einfluss gewinnt und Französisch nicht mehr ausdrücklich als die dominierende Sprache in den vielen Bereichen zu sehen ist, was an der Es sind auch einige spezialisierte Wirtschaftszeitungen

auffindbar, diese sind jedoch nur französisch- und niederländischsprachig. Außer *Gazet Van Antwerpen*, *Het Belang Van Limburg*, *Vers L'Avenir* und *Grenz-Echo* werden all diese Zeitungen inklusive Wirtschaftszeitungen Brüssel-überregional herausgegeben. *Grenz-Echo* spielt eine führende Rolle bei der Übermittlung der deutschsprachigen Nachrichten als die einzige Zeitung in dieser Sprache (<http://www.grenzecho.net/lifestyle/kennensiebelgien/17.aspx>, 19.03.2015).

Trotz der Vertretung der Mehrsprachigkeit in Belgien ist sichtbar, dass die Sprachen in den Medien nicht jeweils durch das gleiche Maß an Popularität vertreten sind. So ist zum Beispiel *Grenz-Echo* die einzige deutschsprachige belgische Zeitung. Außerdem hat das *Grenz-Echo* nur eine regionale Verbreitung in Eupen, was den ohnehin begrenzten Einfluss der einzigen deutschsprachigen Zeitung noch mehr einschränkt. Da Eupen im deutschsprachigen Ostkanton Belgiens liegt, erklärt dies auch die Präsenz der deutschsprachigen Zeitung in dieser Stadt. Die Stellung der deutschen Sprache in Belgien ist ersichtlich: Die Sprache Deutsch ist trotz ihres Status als eine offizielle Sprache nicht so weit vertreten wie die anderen offiziellen Sprachen. Außerdem ist es interessant zu beobachten, dass die französischsprachigen Printmedien eine größere Präsenz in Flandern als die niederländischsprachigen Printmedien in Wallonien haben. Ende der 70er gingen etwa 8% der französischen Version einer bekannten Zeitschrift, *Reader's Digest*, nach Flandern und nur 0.8 % der niederländischen Version nach Wallonien (McRae 1986:258). Diese Tendenz zeigt, dass die Flamen mehr Interesse am Erwerb von Französisch oder bereits die Kenntnisse des Französischen haben als die Wallonen im Umgang mit dem Niederländischen, was auf die abweichenden sprachlichen Interessen in den beiden Regionen hindeutet.

3.3. Sprachpolitische Prinzipien und ihre Umsetzung

Belgien wurde 1830 ein politisch unabhängiges Land, nachdem es zuvor von den Niederlanden regiert wurde und davor unter der Herrschaft von Österreich, Frankreich und Spanien stand. Belgien hatte damals eine Verfassung, die in französischer Sprache geschrieben wurde, wobei diese 1971 geändert und folglich Belgien in vier Sprachgebiete eingeteilt wurde. Diese vier Sprachgebiete sind die Region niederländischer Sprache (flämische Provinzen), die Region französischer Sprache (wallonische Provinzen), das deutschsprachige Gebiet und das zweisprachige Gebiet von Brüssel, wobei diese Zweisprachigkeit Französisch und Niederländisch umfasst. Das Land ist durch das Prinzip der territorialen Einsprachigkeit gekennzeichnet, da das jeweilige Gebiet, mit Ausnahme der zweisprachigen Stadt Brüssel, einen stark homogenen Charakter in Bezug auf die

Verwendung der Sprache aufweist. Die Sprache einer Amtshandlung ist davon abhängig, wo sich der Sitz des jeweiligen Verwaltungsorgans befindet bzw. wo die antragstellende Person ihren Wohnsitz hat (<http://language-diversity.eu/knowledge/regions-of-europe/die-deutschsprachige-gemeinschaft-in-belgien>, 01.07.2014).

Die Unterstützung, die mehrsprachige Dienstleistungen betrifft, ist beispielsweise daran festzumachen, dass Kraftfahrzeug-Zulassungsscheine entweder in Französisch, Niederländisch oder Deutsch ausgestellt werden können und der belgische König seinen Amtseid in diesen drei Sprachen ablegt. Diese Förderung des Gebrauchs aller drei Sprachen eröffnet interessante Aspekte, weil Deutsch im Vergleich zu den anderen zwei Sprachen in einem begrenzten Maß verwendet und in manchen Gebieten als Minderheitensprache wahrgenommen wird. Der Status des Deutschen, das trotz des begrenzten Einflusses als eine der offiziellen Sprachen des Landes festgelegt wurde, ist wohl der Grund, dass die deutsche Sprache einen festen Platz in der belgischen Verfassung hat.

Das Territorialprinzip wird außerdem in der belgischen Verfassung in Artikel 129 Paragraph 1 erwähnt, wo den beiden großen Gemeinschaften, der französischen und der flämischen Gemeinschaft, das Recht gewährt wird, selbst in bestimmten Bereichen über den Sprachgebrauch in ihrem Territorium Entscheidungen zu treffen (http://www.senate.be/deutsch/const_de.html, 01.07.2014). Diese Bereiche betreffen das Bildungs- bzw. Unterrichtswesen, die Verwaltung und die Kommunikation zwischen den Arbeitgebern und den Arbeitnehmern.

Hierzu stellt sich die Frage, wie die Sprachverwendung in der Praxis, beispielsweise im Gerichtswesen, umgesetzt wird, wenn Betroffene nicht die Sprache beherrschen, die in der Region als Gerichtssprache festgelegt wurde. Es könnte durchaus vorkommen, dass die angeklagte Person die Gerichtssprache nicht genügend beherrscht, da sie aus einer anderen Region stammt. In solchen Fällen ist es laut belgischem Gesetz erlaubt, dass dem Angeklagten ein Dolmetscher zur Seite gestellt wird bzw. dass ein Wechsel des Gerichtsortes beantragt werden kann, oder auch der Prozess in einer anderen Sprache als die der Klageschrift zu führen ist, wobei die letzte Möglichkeit nur in einem begrenzten Ausmaß in Betracht gezogen werden darf (http://www.axl.cefan.ulaval.ca/europe/belgiqueetat_pol-ling.htm, 01.07.2014). Die Hauptstadt Brüssel bildet hier eine Ausnahme, da sich die Stadt durch ihre Zweisprachigkeit im öffentlichen Wesen auszeichnet und daher eine bestimmte Anzahl der Richter sowohl Französisch als auch Niederländisch beherrschen muss. Dennoch muss erwähnt werden, dass es in Ermangelung ausreichender Sprachkenntnisse von Seiten

des Angeklagten zur Verzögerung von Prozessen kommen kann, was als negative Konsequenz des sprachlichen Territorialprinzips bewertet werden kann.

Die Unterrichtssprache ist grundsätzlich gleich wie die des jeweiligen Sprachgebiets. Für das deutsche Sprachgebiet gelten jedoch Ausnahmen, da in diesem Zweisprachigkeit praktiziert wird: Ein Teil des Unterrichts kann an deutschsprachigen Schulen auf Französisch bzw. umgekehrt an französischsprachigen Schulen auf Deutsch gehalten werden, was ohne Unterstützung der Regierung nicht möglich wäre. Der Ausbildung des Fachpersonals wird folglich an diesen Schule eine große Bedeutung beigemessen, zumal ein solches System ohne qualifizierte Lehrkräfte nicht funktionieren würde. Die Stellung des Deutschen als Minderheitensprache in Belgien wird im späteren Teil dieser Arbeit näher erläutert, dennoch ist hier zu erwähnen, dass die sprachliche Flexibilität im Bildungswesen des deutschsprachigen Gebietes darauf zurückzuführen ist, dass Deutsch nur in einem begrenzten Ausmaß gesprochen und verwendet wird und die Bevölkerung, die aus dem deutschsprachigen Teil stammt, daher die Gelegenheit hat, sehr früh andere offizielle Sprachen zu lernen.

Einer der Wendepunkte, der die Entwicklung des belgischen Schulbildungssystems in Bezug auf den Sprachenunterricht nachhaltig beeinflusst hat, ist das Sprachgesetz zur primären und sekundären Bildung, das im Juli 1932 verabschiedet wurde: Erst durch dieses Gesetz wurde festgelegt, dass die Bildungssprache in Flandern, Wallonien und in der deutschsprachigen Gemeinschaft in Ostbelgien die Sprache der Region sein muss und in Brüssel Zweisprachigkeit herrscht (McRae 1986:220). Bei dieser Sprachgesetzgebung werden Elemente des Personalprinzips zum Teil ebenfalls wiedergegeben: So haben Schüler der Unterstufe in der Primarschule das Recht auf Unterricht in ihrer Muttersprache, auch wenn sie in einem einsprachigen Gebiet leben (McRae 1986:220).

Die zuvor erwähnte Zweisprachigkeit im Bildungswesen im deutschsprachigen Gebiet ist allerdings nicht nur auf die reine Sprachförderung durch die Regierung zurückzuführen. Es gibt ausreichend Belege dafür, dass die Fähigkeit, mehrere Sprachen zu beherrschen, die Wettbewerbsfähigkeit des Individuums und folglich des jeweiligen Staates erhöht. Dennoch ist diese Regelung vielmehr als eine Maßnahme zu betrachten, die den Sprachgruppenermöglichen soll, ihre Muttersprache nicht zu vernachlässigen und sowohl diese als auch die Bildungssprache zu erlernen. Das Personalprinzip spielt beim oben genannten Sprachgesetz nur eine geringe Rolle, insofern, als der Betroffene lediglich seine

Muttersprache angeben muss und sonst keine enge Verbindung zwischen sich und dem Personalprinzip wahrnehmen kann.

Die Verfassung spielt in Belgien eine tragende Rolle bei der Sprachpolitik. Dennoch gilt zu beachten, dass die Verfassungen nicht immer eindeutig zu verstehen sind und Interpretationsspielraum gewähren. Artikel 30 der belgischen Verfassung, der 1994 mit anderen Artikeln modifiziert wurde, besagt, dass jeder Bürger, unabhängig vom Gebiet, die drei offiziellen Sprachen verwenden darf: "L'emploi des langues usitées en Belgique est facultatif; il ne peut être réglé que par la loi, et seulement pour les actes de l'autorité publique et pour les affaires judiciaires." (http://www.senate.be/doc/const_fr.html, 1.7.2014)

Aber wie vorhin durch das Beispiel des Gerichtswesens deutlich wurde, können die Bürger nicht immer völlig frei entscheiden, in welcher Sprache Gerichtsverhandlungen abgehalten werden. Die Gesetze können also das Recht auf unbegrenzte Mehrsprachigkeit in der öffentlichen Verwaltung beschränken. So müssen Gerichtsverhandlungen bis auf wenige Ausnahmen in der Sprache der jeweiligen Region des Gerichtsstandortes stattfinden. Es stellt sich daher die Frage, ob die Belgier, die nur ihrer jeweiligen Muttersprache mächtig sind, mit Verständigungsschwierigkeiten konfrontiert sind, wenn sie sich z.B. mit bürokratischen Angelegenheiten in Regionen auseinandersetzen müssen, die außerhalb ihres Wohnsitzes liegen und inwiefern sich das auf ihr Sprachbewusstsein auswirkt.

Die Bildungspolitik steht in enger Verbindung zur Sprachpolitik und soll daher an dieser Stelle näher betrachtet werden, damit der Einfluss der Mehrsprachigkeit auf das belgische Schulwesen sichtbar werden kann. Die Festlegung der Sprachgrenze war ein nötiger Schritt für Belgien, dennoch sorgte sie auch zwangsläufig für Unruhe aufgrund damit verbundener Veränderungen in vielen Bereichen. Die Festlegung der Unterrichtssprachen in der jeweiligen Region war eines der meistdiskutierten Themen in der damaligen Zeit. Die Einsprachigkeit im Bildungswesen wurde so konzipiert, dass die Bildungssprache gleich der Hauptsprache der jeweiligen Region ist, wobei Brüssel den Schülern je nach dem eigenen Wunsch die Wahl zwischen Französisch und Niederländisch ermöglicht und dadurch eine Ausnahme ist. Dieses Gesetz kann jedoch durch Artikel 6 und 8 von 1963 für die Gemeinden mit einer Sonderregelung umgangen werden, indem der Unterricht in Kindergärten und in der Volksschule an den betreffenden Orten in einer anderen Sprache als die Sprache des jeweiligen Gebietes durchgeführt werden kann (Schmitz 1994:38). Um diese Ausnahme zu ermöglichen, müssen mindestens 16 Eltern in der Gemeinde eine Anfrage stellen und das ausbleibende Angebot des gewünschten Unterrichts in der Nähe der Gemeinde nachweisen

(Schmitz 1994:38). Allerdings gilt diese Sonderregelung nicht für die Hochschulen und Universitäten, wo ausschließlich die Sprache der jeweiligen Region als Unterrichtssprache erlaubt ist. Die Präsenz der oben genannten Sonderregelung reflektiert einen Teil der Freiheit des Bildungswesens, der besagt, dass die Eltern zur Auswahl des Schulcurriculums oder der Schule für ihre Kinder berechtigt sind. Diese gewisse Flexibilität trägt dazu bei, dass die Bevölkerung in Belgien zum Teil ihre eigenen Interessen bezüglich Spracherziehung verfolgen kann und die Eltern in den besagten Gemeinden frei entscheiden können, in welcher Sprache ihre Kinder unterrichtet werden sollen.

Das belgische Unterrichtswesen ist außerdem durch die große Präsenz der Fremdsprachen im Stundenplan gekennzeichnet. Die Sprachgesetzgebung von 1963 schreibt vor, dass die Fremdsprache in Flandern Französisch und in Wallonien Niederländisch sein soll, wobei manche Bezirke an der östlichen Grenze Deutsch als Fremdsprache unterrichten dürfen und die Schulen in Brüssel zwischen Französisch und Niederländisch wählen können (McRae 1986:223). Dabei ist zu beachten, dass die französischsprachigen Sekundarschulen am Anfang der Siebziger mehr Interesse an Englisch als zweite Fremdsprache zeigten und weniger Beachtung dem Niederländischen schenkten als Ende der Sechziger, während die niederländischsprachigen Sekundarschulen durchgehend Französisch als die beliebteste zweite Fremdsprache sahen und kein besonderes gesteigertes Interesse an Englisch zeigten (McRae 1986:224). Dies führt zu der Schlussfolgerung, dass Französisch mehr Gewicht im Bildungswesen in Flandern haben muss als Niederländisch in Wallonien.

Die Regelung des Fremdsprachenunterrichts spielt an den belgischen Schulen eine tragende Rolle, damit die Schüler im jungen Alter im Rahmen der Schulbildung mit den anderen offiziellen Sprachen des Landes in Berührung kommen, die nicht die Sprache ihres Wohngebiets sind. Auf diese Weise werden nicht nur Sprachkenntnisse erworben, sondern auch das sprachliche Bewusstsein, damit die Kinder auch ihre Nicht-Muttersprachen als offizielle Sprachen des Landes wahrnehmen und die Mehrsprachigkeit des Landes mit Interessen verfolgen. Das angestrebte Ziel wurde zum Teil durch den Fremdsprachenunterricht erreicht, was durch die Wahrnehmung der Schüler an einer französischsprachigen Schule in Brüssel zu sehen ist: Nachdem die neuen Sprachgesetze verabschiedet wurden, nahmen die Schüler an einem Programm für Niederländisch teil und bekamen dadurch anspruchsvolle Themen aus Sprache und Literatur in dieser Sprache geboten (Treude 1996:130). Auch wenn die Schüler dadurch mehr zu arbeiten hatten und der Prozess des Spracherwerbs viel Zeit in Anspruch nahm, konnten sie in dieser Weise eine

positive Einstellung gegenüber dem Niederländischen und dem Flämischen gewinnen (Treude 1996:130).

Niederländisch als ein fester Bestandteil der Schulbildung sollte auch den niedrigen Status des Niederländischen der Vergangenheit erhöhen, wobei Flandern die Zusammenarbeit mit den Niederlanden in den Bereichen wie Bildungswesen und Medien verstärkte ([http://www.briobrussel.be/assets/sprache%20&%20politik%20\(d\).pdf](http://www.briobrussel.be/assets/sprache%20&%20politik%20(d).pdf), 15.12.2014). Der Sprachunterricht diente auch dazu, dass die Flamen selbst ein neues Bild von ihrer Sprache und der damit verbundenen sozialen Stellung bekommen und die Regionen in Belgien jeweils als eigenständige Kulturgemeinschaft betrachtet werden.

Auch wenn viele interessante Aspekte in den anderen Bereichen im belgischen Bildungswesen auffindbar sind, möchte ich mich besonders an dieser Stelle mit der Mehrsprachigkeit an den Schulen im deutschsprachigen Gebiet auseinandersetzen, weil Deutsch zugleich offizielle und Minderheitensprache des Landes ist und sich durch seinen einzigartigen Status vom Französischen und Niederländischen unterscheidet. Die Unterrichtssprache im deutschsprachigen Gebiet ist bis auf wenige Ausnahmen Deutsch, wobei die Eltern aufgrund der vorher erwähnten Sonderregelung im Primarschulunterricht bei der Gemeinde französisch- oder niederländischsprachigen Unterricht beantragen können (Kartheuser 1979:103). 1975 fand eine empirische Untersuchung der Sprachsituation im deutschen Sprachgebiet statt und deren Ergebnis besagt, dass die Bevölkerung im Großen und Ganzen eine positive Einstellung zur deutschen Sprache hat und Französisch nicht als Privatsprache sondern vielmehr als Arbeitssprache betrachtet wird, auch wenn sie darüber ausreichende Kenntnisse verfügen (Kern 1979:116). Dabei war der Unterricht in deutscher Sprache keine Selbstverständlichkeit für die Bevölkerung als 1920 das heutige deutschsprachige Gebiet an Belgien abgetreten worden war: Der Unterricht fand auch nach dem zweiten Weltkrieg in den meisten Sekundarschulen in französischer Sprache statt, wobei der Unterricht in deutscher Sprache erst durch die Sprachgesetzgebung von 1963 und der damit verbundenen Reform richtig eingeführt werden konnte (http://www.bildungserver.be/PortalData/21/Resources/downloads/home/publikationen/WE_B_Band3-2Auflage.pdf, 15.12.2014).

Während der Unterricht in deutscher Sprache stattfindet, haben die Schüler vom Kindergarten bis zur Sekundarschule die Möglichkeit, Französisch als 1. Fremdsprache, Englisch als Pflichtfach und Niederländisch oder Spanisch als Wahlfach zu lernen. Die Gemeinschaft hat eine enge Beziehung zum Französischen, was auch an der Wahl des Französischen als 1.

Fremdsprache zu merken ist. Dies ist auch darauf zurückzuführen, dass etwa 5 % der Bevölkerung in dem Gebiet zu einer kleinen französischsprachigen Minderheit gehören und sie daher die Sonderrechte haben, in den Ämtern in diesen beiden Sprachen Dienstleistungen zu bekommen. Durch die Förderung dieser Minderheit befindet sich eine französischsprachige Grundschule neben anderen 3 deutschsprachigen Schulen, die ausschließlich in deutscher Sprache unterrichten und ab dem Kindergarten Französisch als 1. Fremdsprache anbieten (<http://www.eupen.be/stadt-buerger/lernen/grundschule-1.aspx>, 15.12.2014). Außer dem im Stundenplan garantierten Sprachunterricht bieten manche Sekundarschulen in der deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens die Möglichkeit an, dass die Schüler Klassen mit erhöhter Sprachförderung besuchen können, in denen bis zu 50% des Sachunterrichts in französischer Sprache erteilt wird (http://www.bildungserver.be/PortalData/21/Resources/downloads/home/publikationen/WEB_Band3-2Auflage.pdf, 15.12.2014).

Das erhöhte Interesse am Französischen ist nicht nur an den Schulen zu beobachten, sondern auch an den Instituten der schulischen Weiterbildung zu sehen. Die Kurse der Institute werden hauptsächlich von Berufstätigen, Arbeitssuchenden oder von den Teilnehmern in der Umschulungsphase besucht, wobei Französisch zwischen 2007 und 2008 mit etwa 13,13% einer der meistbesuchtesten Kurse neben Kochen (13,84%), Nähen (12, 61%) und Englisch (12,52%) ist (http://www.bildungserver.be/PortalData/21/Resources/downloads/home/publikationen/WEB_Band3-2Auflage.pdf, 15.12.2014).

Deutsch zählt mit 10,6 % immer noch zu den gut besuchten Kursen, während Niederländisch mit 4,20 % sowie Spanisch und Italienisch (mit jeweils 8,49 % und 8,67%) keine große Aufmerksamkeit erhalten (http://www.bildungserver.be/PortalData/21/Resources/downloads/home/publikationen/WEB_Band3-2Auflage.pdf, 15.12.2014). Dieses Ergebnis macht darauf aufmerksam, dass die Bürger in der Region auffallend wenig Interesse an Niederländisch haben, aber umso mehr Französisch- und Englischkenntnisse erwerben möchten und Deutsch zwar zu den gern gelernten Sprachen zählt, aber nicht so beliebt wie Französisch bei der individuell angestrebten Sprachförderung ist.

Trotz der Fortschritte in der Gemeinschaft bezüglich deutschsprachiger Schulbildung, gibt es keine deutschsprachigen Hochschulen in dem Gebiet außer autonomen Hochschulen, die den Schülern zum Erlernen beruflicher Tätigkeiten verhelfen sollen (z.B.

Krankenpflegewissenschaften). Die meisten deutschsprachigen Studierenden absolvieren ihr Studium in französischer oder niederländischer Sprache, weil in Belgien keine deutschsprachigen Universitäten existieren und sie dadurch keine andere Wahl haben. Die Mehrheit von ihnen entscheidet sich für frankophone Universitäten in Belgien, während nur eine kleine Anzahl von Studenten flämische Universitäten wählt (Kern 1979:123). Diese Entwicklung zeigt, dass die Gegebenheiten höchstwahrscheinlich eine Rolle dabei spielten, dass die Mehrheit sich mit der französischen Sprache auseinandersetzt. Aber dieses fehlende Angebot von deutschsprachigen Hochschulen macht es schwierig, dass die Zweisprachigkeit im deutschsprachigen Gebiet noch mehr Gleichgewicht bekommt.

Trotz der Fortschritte in vielen Bereichen, wo Deutsch zumindest in der deutschsprachigen Gemeinschaft den Status der offiziellen Sprache hat, bereiten die Abweichungen zwischen belgischem Deutsch und Hochdeutsch Probleme bei der Standardisierung der Sprache, weil sie manchmal unverständlich für die Deutschsprachigen aus Österreich, Deutschland oder Schweiz sind. Auch wenn diese Besonderheiten als landesspezifisch gesehen werden und keine negativen Assoziationen hervorrufen, ist es manchmal trotz der Versuche nicht einfach, die belgischen Ausdrücke etwa mittels Datenbanken zu vereinheitlichen. Zu solchen Faktoren, die nicht direkt mit der Sprachgesetzgebung verbunden sind und trotzdem die Förderung der Mehrsprachigkeit in Belgien beeinflussen, gehört z.B. auch der Mangel an Lehrkräften, was besonders den Deutschunterricht betrifft. Dieser Mangel, der besonders stark nach dem zweiten Weltkrieg auftrat, ist durch die fehlenden Möglichkeiten der Lehrerausbildung oder Lehrerfortbildung gekennzeichnet, wobei kein besonderer Mangel an französischen Lehrkräften festgestellt werden kann und sie außerdem von hoher Qualität sind (Treude 1996:207). Einerseits ist diese Lage eine günstige Voraussetzung für die Förderung der Zweisprachigkeit im Gebiet, was auch zum Schutz der französischsprachigen Minderheiten dient und die Bevölkerung zum Spracherwerb animieren kann. Andererseits sollte noch viel mehr für die Förderung der deutschen Sprache in Ostbelgien unternommen werden, da es sich sicherlich auch auf sprachliches Bewusstsein positiv auswirken würde, wenn Deutsch auch zu den Unterrichtssprachen einer höheren Hochschule Belgiens gezählt werden kann. Aber die Einrichtung einer Hochschule in Belgien, die ausschließlich in deutscher Sprache unterrichtet, ist schwer umsetzbar und außerdem ist es fragwürdig, ob so ein Schritt überhaupt von der Mehrheit der Bevölkerung erwünscht wird.

Trotz des Minderheitenstatus der deutschen Sprache hat die deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens das Gleichgewicht zwischen dem Deutschen und anderen offiziellen Sprachen des

Landes gefunden, sodass ihre Sprache nicht in den Hintergrund gerückt wird. Dies liegt daran, dass ihr Minderheitenstatus im Rahmen der Umstrukturierung eines Einheitsstaates zu einem Föderalstaat geregelt wurde und sowohl ein eigenes Parlament als auch eine eigene Regierung bekommen konnte (Lambertz 2005:184). Einerseits hatte Belgien lange damit zu kämpfen, eine Lösung für alle Beteiligten zu finden und den dadurch immer wieder aufkeimenden Sprachenstreit zu besänftigen. Andererseits führte diese komplizierte Lage dazu, dass die Bevölkerung durch die Sprachgesetzgebung einen Zugang zum Erwerb von Mehrsprachigkeit bekommt und die Sprachen auch in vielen Bereichen verwenden darf. Die Bevölkerung in der deutschsprachigen Gemeinschaft hat im Vergleich zu den anderen Regionen am häufigsten die Chance die drei Landessprachen zu beherrschen, was zum Teil aufgrund der vielen Besuche aus den Niederlanden und Flandern zustande kommt (Berge; Grasse 2003:201). Trotz der Abweichungen zwischen belgischem Deutsch und sogenanntem Hochdeutsch ist das sprachliche und kulturelle Bewusstsein ein zentraler Begriff für die Bevölkerung, während sie ebenso Kenntnisse über andere Landessprachen verfügen.

Das Territorialitätsprinzip in der belgischen Sprachpolitik führt schließlich dazu, dass das Land jeweils in ein deutschsprachiges-, französischsprachiges-, niederländischsprachiges- und zweisprachiges Sprachgebiet aufgeteilt wird und die Festlegung der offiziellen Sprache sich an dieser Regelung orientiert. Die offizielle Sprache des Sprachgebietes wird zugleich zur Verwaltungs- und Unterrichtssprache des jeweiligen Gebietes, wobei der Bevölkerung die Möglichkeit geboten wird, die anderen offiziellen Sprachen des Landes im Rahmen des Schulunterrichts zu erwerben. Der kurze Überblick über die belgische Sprachpolitik macht sichtbar, dass das Gleichgewicht zwischen mehreren offiziellen Sprachen schwer zu erreichen ist. Die deutschsprachige Gemeinschaft konnte dennoch im Vergleich zu den Sprachminderheiten in den anderen Staaten einen großen Teil ihrer Eigenständigkeit gewinnen. Auch wenn es in der Praxis schwer umsetzbar ist, dass jede offizielle Sprache mit gleicher Aufmerksamkeit behandelt wird, bietet die Sprachgesetzgebung in Belgien eine gute Grundlage für die Bürger, im Rahmen der territorialen Mehrsprachigkeit von ihrem Sprachrecht Gebrauch zu machen und im Unterricht mehrere Sprachen kennenzulernen. Im Großen und Ganzen weisen die belgischen Sprachgesetze viele positive Aspekte auf, auch wenn die Zusammenarbeit zwischen den Gemeinschaften noch mehr Vorteile bringen würde, damit die Bevölkerung mehr Kenntnisse über die Sprache und Kultur des anderen Wohngebietes erwerben kann und dadurch die Sprachkonflikte in Zukunft vermieden werden können.

4. Mehrsprachigkeit in Finnland

4.1. Historischer und kultureller Hintergrund des Landes

Die historische Entwicklung Finnlands ist größtenteils durch den schwedischen und russischen Einfluss gekennzeichnet. Der Friedensschluss von 1323 zwischen Schweden und Russland führte dazu, dass Finnland Teil von Schweden wurde und Russland lediglich den östlichen Teil Finnlands bekam (<http://www.zeit.de/specials/Finnland/geschichte>, 02.02.2015). Dieser Friedensschluss war das Ergebnis unzähliger militärischer Auseinandersetzungen zwischen Schweden und Russland. Die geografische Lage Finnlands, die sich zwischen den beiden befand, war günstig für die beiden Länder für die Erweiterung ihres Territoriums und sorgte für immer wiederkehrende Auseinandersetzungen. Die Entscheidung, die schließlich Schweden den größeren Teil Finnlands zusicherte, sollte die Spannung zwischen Schweden und Russland beseitigen.

Die Tatsache, dass nun Schweden die Mehrheit Finnlands unter seiner Führungsmacht hatte, führte dazu, dass das finnische Verwaltungswesen in das schwedische Arbeitssystem mit schwedischen Beamten umgewandelt wurde und Schwedisch auch an den Schulen und im Justizwesen eine zentrale Rolle spielte (Reitz; Zeller 2009:4). Es ist aber anzumerken, dass Finnland trotz des schwedischen Einflusses in diesem Zeitabschnitt viel zur Herstellung des nationalen Identitätsgefühls beitragen konnte. Zu diesen Entwicklungen, die unter schwedischer Führung zustande kamen, gehörten z.B. die Übersetzung der Luther'schen Bibel ins Finnische (1548), die Gründung der Universität Turku (1640) und die Entstehung der ersten finnischsprachigen Zeitung (1776) (Reitz; Zeller 2009:5). Außerdem durften sich die Finnen bei der Wahl des schwedischen Königs beteiligen, indem sie einen Vertreter zur Wahl schicken (<http://www.zeit.de/specials/Finnland/geschichte>, 02.02.2015). Darüber hinaus wurden weitere Entwicklungen Finnlands sichtbar, als Graf Per Brahe, von der schwedischen Königin Christina 1637 zum Generalgouverneur des finnischen Gebietes ernannt, das Gymnasium und den Vorläufer der späteren Universität in Helsinki gründete, wodurch die Entwicklung der finnländischen Provinz Schwedens vorangetrieben wurde (Hösch 2009:55). Unter schwedischer Herrschaft war der schwedische Einfluss zwar im Vordergrund, es wurden jedoch bedeutende Entwicklungen für die späteren Fortschritte Finnlands in Gang gesetzt.

Die politische und gesellschaftliche Verknüpfung zwischen Finnland und Schweden war kein gelungenes Beispiel für die erfolgreiche Verschmelzung beider Kulturen, weil Finnisch als

die Sprache für Bauertum und Kirche wahrgenommen wurde und Schwedisch als die Sprache der sozialen Unterschicht galt (McRae 1997:26). Die finnische Sprache geriet immer mehr in den Hintergrund, obwohl sie von Schweden nicht offiziell verdrängt wurde und die Koexistenz beider Sprachen nach außen ein harmonisches Bild vermittelte.

Im 18. Jahrhundert kam es erneut zu Kriegen zwischen Schweden und Russland, weil Russland seine militärische Macht hauptsächlich durch die Erweiterung des Territoriums sichern wollte, was Schweden zu verhindern versuchte. Finnland wurde 1809 offiziell unter die Herrschaft Russlands eingeführt, als Schweden den Krieg gegen Russland verlor. Finnland wurde vom damaligen Zar Alexander I. zum Großfürstentum erhoben und bekam dadurch eine größere Autonomie als unter der Herrschaft Schwedens, weil Finnland von Schweden mehr als Sammlung einzelner Provinzen unter der Führung Stockholms betrachtet wurde und weniger als eine nationale Einheit (Latomaa; Nuolijärvi 2005:127). Sowohl die schwedische Verwaltungsstruktur als auch die Stellung des Schwedischen als offizielle Sprache sind selbst nach der Machtübernahme durch Russland erhalten geblieben. Die Zeit unter russischer Führung diente teilweise dennoch einer Verstärkung des finnischen Nationalbewusstseins, weil Russland durch die sogenannte Finnisierung den schwedischen Einfluss ausradieren wollte: Zu den Maßnahmen gehörten die Ernennung von Helsinki zur neuen Hauptstadt Finnland (1812), die Verlegung der Universität in Turku nach Helsinki (1829) und die Sicherung der Stellung des Finnischen als Nationalsprache durch Dekret Alexander II. (1863) (Hösch 2009:55). Obwohl Schwedisch weiterhin offizielle Sprache blieb, sollte die Bevölkerung je nach Bedarf ungestört Finnisch sprechen können. Dabei ist anzumerken, dass Helsinki aufgrund seiner Nähe zu Russland als neue Hauptstadt und neues Bildungszentrum ernannt wurde, damit die Verbindung zwischen Russland und Finnland auf natürliche Weise hergestellt werden konnte (Reitz;Zeller 2009:7).

Finnland konnte sich in weiterer Folge jedoch nicht ganz vom Anpassungsdruck von russischer Seite befreien, was die finnische Bevölkerung besonders im Zeitraum zwischen 1899 und 1905 bzw. 1909 und 1917 zu spüren bekamen (Latomaa; Nuolijärvi 2005:127). Die sogenannte Russifizierung verlangte, dass das finnische Rechts-, Finanz- und Militärwesen sich an Russland orientiert. Sie war teilweise auf die nationale Bewegung in Russland zurückzuführen und rief 1900 starke Proteste hervor, als Russisch zur einzigen offiziellen Sprache Finnlands ernannt wurde und sowohl Finnisch als auch Schwedisch ins Russische übersetzt werden sollten (Reitz; Zeller 2009:9). Die darauf folgenden Widerstände und Streiks sorgten für politische Unruhe.

Unter russischer Herrschaft befand sich Finnland in einer zwiespältigen Lage bezüglich der Stellung des Finnischen: Einerseits zeigte Russland keine Abneigung gegen die Idee, die Aufrechterhaltung des Finnischen in öffentlichen Bereichen zu ermöglichen, weil es gleichzeitig die Eliminierung der schwedischen Einflüsse bedeutete. Andererseits war es in der Praxis schwer umzusetzen, der finnischen Sprache innerhalb kurzer Zeit mittels gesetzlicher Regelungen einen neuen Status zu verschaffen. Der Ergebnis dieser Bemühungen der Finnen spiegelt sich beispielsweise im Sprachdekret wider, das 1863 vom Zaren Alexander II unterzeichnet wurde: Laut dem Dekret sollte Finnisch eine gleichberechtigte Stellung neben dem Schwedischem erhalten und Dokumente in finnischer Sprache sollten auch von Gerichten und Behörden angenommen werden (McRae 1997:35). Auch wenn das Sprachdekret einen bedeutenden Schritt zur Förderung des Finnischen darstellte, war es nicht die endgültige Lösung und es mussten viele weitere Dekrete und Entscheidungen folgen, um die Sprachregelung zugunsten des Finnischen in unterschiedlichen Bereichen zu befestigen. Zu diesen gehörten: Dekret über die Zusicherung der Regionssprache im Gericht (1883), Dekret über die Verwendung des Finnischen im Verwaltungswesen (1886) und ein neues Dekret über den Sprachgebrauch im Gerichts- und Verwaltungswesen (1902) (McRae 1997:35). Letzteres sollte dem Individuum das Recht auf frei wählbaren Sprachgebrauch zusichern, indem es den Bürgern und Bürgerinnen die Verwendung von Finnisch und Schwedisch in der Öffentlichkeit erlaubte und dadurch beide Sprachen gleichermaßen legitimiert waren.

Finnland erklärte sich am 6. Dezember 1917 zu einer unabhängigen Nation und wurde nach dem Unabhängigkeits- und Bürgerkrieg eine unabhängige Republik (Latomaa; Nuolijärvi 2005:127). Nun musste die entscheidende sprachpolitische Frage gestellt werden, welche Sprache zur offiziellen Sprache ernannt werden sollte. Um eine völlige Gleichstellung beider Sprachen zu gewährleisten, wurden schließlich sowohl Finnisch als auch Schwedisch zu offiziellen Sprachen erklärt, was von den schwedischsprachigen Finnen, die nicht wollten, dass ihre Muttersprache aufgrund des Finnischen ins Abseits gedrängt wird, positiv aufgenommen wurde. Auch aufgrund dieser sprachlichen Verbindung standen Finnland und Schweden in enger Beziehung zueinander, das lange Zeit friedliche Verhältnis zerbrach jedoch beinahe, als Finnland seine Unabhängigkeit verkündete: Die schwedischsprachige Bevölkerung der Aland-Inseln forderte deren Rückgabe an Schweden, da das Gebiet erst 1809 aufgrund der Reichsteilung Finnland zugesprochen worden war, was von Finnland abgelehnt wurde. Der Völkerbund, der als Vorgänger der heutigen Vereinten Nationen zu sehen ist, entschied, dass die Insel weiterhin unter finnischer Obhut bleiben, die Bevölkerung aber eine

gewisse Autonomie bezüglich der Verwaltung zugesichert bekommen sollte, die ihnen im Grunde mehr Freiheit als anderen schwedischsprachigen Finnen einräumte (Reitz; Zeller 2009:11). Die in dieser Hinsicht flexiblere sprachpolitische Gesetzgebung war ausschließlich aufgrund der Dominanz des Schwedischen auf den Inseln möglich und wurde nicht allen schwedischsprachigen Finnen gewährt, die nach Schweizer Vorbild einsprachige Kantone zugunsten des Schwedischen einführen wollten (McRae 1997:230).

Mit Ausbruch des Zweiten Weltkrieges 1939 wurde ein Nichtangriffspakt zwischen Deutschland und der Sowjetunion geschlossen. Zwischen 1939 und 1940 kam es zum sogenannten Winterkrieg in Finnland, weil Finnland sich weigerte, zur Unterstützung sowjetischer Truppen einen Teil des finnischen Territoriums zur Verfügung zu stellen. Die Beziehung zwischen Finnland und Schweden bzw. der Sowjetunion spielte damals wie auch heute eine wichtige Rolle, da Finnland seine Unabhängigkeit weiterhin aufrechtzuerhalten und gleichzeitig eine friedliche Beziehung zu den Nachbarländern zu pflegen versucht.

Nachdem Finnland infolge des Zweiten Weltkriegs einen Teil seines Gebiets an die Sowjetunion abtreten und darüber hinaus auch Reparationszahlungen leisten musste, wurde 1948 der Vertrag über Freundschaft, Sicherheit und Beistand zwischen den beiden Ländern geschlossen. Trotz der vorherigen Spannungen konnten Finnland und die Sowjetunion eine harmonische Beziehung entwickeln. Finnland erweiterte seinen Platz in der Außenpolitik, indem der Staat 1955 und 1956 Mitglied bei der UNO und beim Nordischen Rat wurde. Schweden blieb ein bedeutender Nachbar, der die gemeinsame Geschichte mit Finnland teilte. Dieses enge Verhältnis wurde auch durch die konstante und ziemlich hohe Einwanderungszahl zwischen 1945 und 1990 von Finnland nach Schweden verstärkt, die aufgrund des hohen wirtschaftlichen Wachstums in Schweden zustande kam (Reitz; Zeller 2009:13).

Das enge Verhältnis zwischen Finnland und Schweden trug wesentlich dazu bei, dass sich das Schwedische in Finnland etablieren konnte und auch nach 1945 bestehen blieb. Einerseits hatte Schwedisch nicht mehr die dominierende Position und musste zugunsten der schwedischsprachigen Finnen geschützt werden, andererseits erlebte Finnland nach dem Zweiten Weltkrieg eine schlimme Niederlage und wollte das freundschaftliche Verhältnis nicht aufgrund möglicher Sprachkonflikte gefährden (McRae 1997:80).

In diesem Kontext ist erwähnenswert, dass Finnland und Schweden sich als Teil der nordischen Gemeinschaft betrachten und dieses geographische Merkmal auch eine wichtige

Rolle bei sprachpolitischen Themen spielt. Das Konzept der Nordic Co-operation wurde besonders seit dem EU-Beitritt der beiden Länder in den Mittelpunkt gerückt, als das Interesse an der Aufrechterhaltung der nordischen Sprache immer größer wurde (Huss 1999: 66). Auch wenn die Kooperation und der Austausch zwischen den nordischen Ländern sich nicht nur auf die sprachpolitische Ebene beschränkt, teilen die Beteiligten die Ansicht, ihre Sprachen vor fremden Einflüssen wie z.B. die überwiegende Verwendung des Englischen schützen und ein Gleichgewicht zwischen Mehrheits- und Minderheitensprachen aufrechterhalten zu müssen. Sowohl Finnland als auch Schweden sind daran interessiert, dass ihre Landessprachen genügend Aufmerksamkeit bekommen und dadurch zur Verstärkung des nationalen Sprachbewusstseins beitragen können.

Im Großen und Ganzen musste Finnland während der Besatzungszeit keine direkte sprachliche Unterdrückung erleben, auch wenn dieser Zustand nicht mit der erwünschten Sprachfreiheit gleichzusetzen war. Die Existenz der gezielten Mehrsprachigkeit in Finnland sorgte auch dafür, dass der kulturelle Austausch zwischen Finnland und Schweden auch für die finnische Seite Vorteile brachte, da sowohl die Sprachvielfalt des Landes als auch eine friedliche Beziehung zwischen den Ländern zur Entwicklung des Landes viel beitragen konnte. Die sprachpolitische Einstellung von Finnland, Schwedisch weiterhin als ein Teil der Geschichte zu betrachten und die Rechte der schwedischsprachigen Finnen zu sichern, wird in den nächsten Kapiteln näher erläutert.

4.2. Analyse der Mehrsprachigkeit in Finnland: Finnisch, Schwedisch und Samisch

4.2.1. Sprachliche Normativierung

Im Zeitraum zwischen 1865 und 1990 war ein Wachstum der finnischsprachigen Bevölkerung nachweisbar, während die Anzahl der schwedischsprachigen Bevölkerung dementsprechend kleiner wurde (McRae 1997:84). Dieser Ausgang ist teilweise darauf zurückzuführen, dass die schwedischsprachigen Gemeinden immer weniger wurden und die schwedischsprachigen Finnen in anderssprachiger Gemeinschaft zur Minderheit wurden, so dass einige von ihnen die Stadt verließen, um sich auf dem Gebiet mit besonderem Sprachschutz wie Åland niederzulassen (McRae 1997:95).

Diese Entwicklung hat nicht nur aufgrund der geringeren Anzahl der Schwedischsprechenden eine Bedeutung, sie kann auch mit der Verringerung des Einflusses des Schwedischen im

Allgemeinen gleichgesetzt werden. Dies ist durch den Umstand des Wirtschaftswachstums Schwedens seit 1945 begründet, was die Auswanderung vieler Finnland-Schweden motivierte, andererseits ist die Überalterung der Bevölkerung mit einer niedrigen Geburtenrate ebenso für diese Veränderung verantwortlich, wobei diese Tendenz auch in vielen anderen (europäischen) Ländern zu beobachten ist (Reitz; Zeller 2009:25). Die Zahl der Finnland-Schweden wurde Anfang des 20. Jahrhunderts mit 290.000 Personen gefasst, wobei sie sich verhältnismäßig gleich jeweils auf die überwiegend finnischsprachige, bilinguale und überwiegend schwedischsprachige Region aufteilen und nur circa 1% der finnischsprachigen Finnen in der überwiegend schwedischsprachigen Region wohnt (Reitz; Zeller 2009:24).

Bei der Betrachtung der Gesamtbevölkerung Finnlands stellt sich heraus, dass etwa 92,5% der Bevölkerung zu Finnisch-Sprechenden, 5,7 % zu Schwedisch-Sprechenden, 0,03 % zu Samisch-Sprechenden gehören und die übrige Russisch oder keine der oben erwähnten Sprachen sprechen (<http://wwwg.uni-klu.ac.at/eeo/Finnisch.pdf>, 02.02.2015). Das Samische ist die offizielle Sprache für das samische Volk in ihren Gemeinden in Lappland und ist eine der Minderheitensprachen Finnlands neben Romani und der Gehörlosensprache.

Die Samen sind das einzige indigene Volk in Finnland und Skandinavien, deren Sprache, Samisch, wie das Finnische zum Finno-Ugrischen zählt (Huss 1999: 69). Diese sprachliche Verbindung ist insofern interessant, als Schwedisch den germanischen Sprachen untergeordnet wird und sie auf die Existenz der sprachlichen Gemeinsamkeiten zwischen dem Finnischen und dem Samischen hinweist, auch wenn das Schwedische in Finnland verbreiteter ist als Samisch. Die Besonderheiten des Samischen sind auch an ihren geographischen Merkmalen zu finden, weil die Samen sich in verschiedenen Staaten wie Finnland, Schweden und Norwegen befinden und dementsprechend viele Sprachvarietäten des Samischen existieren.

Auch wenn die Sprachvarietäten und die geringe Anzahl der Samisch- Sprechenden die Förderung des Samischen schwierig macht, gab es beispielsweise von 1995 bis 2000 einen solchen Versuch in Form einer Kampagne und damit verbundener Sprachkurse, wodurch die erwachsenen Samen ihre Schreibfähigkeiten in Nord-, Inari- und Skolt-Samisch erwerben sollten, da die drei Sprachen in Finnland gesprochenen Varietäten des Samischen sind (Huss 1999:69). Der Bildungsstand der Kursteilnehmenden war nicht besonders niedrig und die Mehrheit von ihnen konnte sich problemlos sowohl schriftlich als auch mündlich auf Finnisch verständigen, hatte aber kaum Gelegenheit gehabt, ihre Volkssprache richtig zu lernen. Dieses Beispiel weist nochmals auf die möglichen Umsetzungsschwierigkeiten hin, die bei der

angestrebten Sprachförderung auftreten können, was auch schon in früheren Jahren bei der Gleichstellung des Finnischen und Schwedischen anzumerken war: Die rechtlich gesicherten sprachpolitischen Regelungen für die Samen sind eine fundamentale Basis für den Schutz des Samischen, aber verschiedene Faktoren wie Eigenmotivation, die Unterstützung von Bildungseinrichtungen und geeignete Lehrmaterialien spielen in der Praxis eine tragende Rolle. Dies ist auch bei den zwei offiziellen Sprachen Finnlands sichtbar, weil die durch die Verfassung zugesicherte ortsungebundene Sprachfreiheit bezüglich der Mehrsprachigkeit nicht bedeutet, dass jeder Bürger und jede Bürgerin Finnlands Finnisch und Schwedisch auf gleich hohem Niveau beherrscht oder jeweils die gleiche positive Einstellung zum Spracherwerb der beiden Sprachen haben muss.

Auch wenn die schwedischsprachigen Finnen einen leichteren Zugang zum Spracherwerb haben als die Samen, gehören sie immer noch zu Sprachminderheiten und müssen sich dementsprechend bemühen, dass die Bedeutung des Schwedischen in ihrem Alltagsleben nicht ins Abseits gerückt wird. Trotz der Abweichungen der Sprachkenntnisse je nach Altersgruppe und Wohnregion, sind die Finnland-Schweden meistens zweisprachig, vor allem, wenn sie in der Stadt leben. Das Schwedische, das in Finnland von Finnland-Schweden gesprochen wird, unterscheidet sich zwangsläufig vom Schwedischen in Schweden, wobei das Schwedische in Finnland sich ein wenig am alten Schwedische orientiert und auch Wörter verwendet werden, die aus dem Finnischen übernommen wurden und die Wechselbeziehung zwischen den beiden Sprachen sichtbar machen (http://www.linguistik-online.com/3_00/saari.html, 02.02.2015). Während das Finnland-Schwedische eine sprachliche Nähe zum Finnischen aufweist, ist Standardschwedisch als eine Überlieferung ohne nennenswerte fremde sprachliche Einflüsse zu sehen.

Die zentralen Aspekte der Mehrsprachigkeit Finnlands, die einerseits durch die Kombination individueller und territorialer Mehrsprachigkeitsprinzipien und andererseits durch den angestrebten Minderheitensprachenschutz gekennzeichnet sind, werden im nächsten Kapitel anhand von Beispielen näher betrachtet.

4.2.2. Staatliche Strukturierung der Mehrsprachigkeit

Seit der Entwicklung des Radios in den 1920ern wurden im finnischen Rundfunk Sendungen sowohl in finnischer als auch in schwedischer Sprache gesendet, wobei die Programme auf Samisch seit 1975 auch einen fixen Platz im Radio bekommen haben (McRae 1997:301). Ein sprachliches Gleichgewicht bezüglich der Radioprogramme war jedoch nicht von Anfang an

gegeben: Zwischen 1920 und 1945 wurde das finnische Rundfunkwesen größtenteils von finnischsprachigen Geschäftsleuten verwaltet, die nur einen geringen Anteil schwedischsprachiger Sendungen im Programm zuließen (McRae 1997:303). Es waren daher zunächst wenige Angebote schwedischer Sendungen auffindbar, was sich im Hinblick auf den Spracherwerb nicht positiv ausgewirkt hat. Anfang des 20. Jahrhunderts gab es inzwischen sieben landesweite Radiostationen und 26 regionale Radiosender, wobei die Radiosender aus 20 finnischen Sendern, fünf schwedischen Sendern und einem samischem Sender bestehen (Latomma;Nuolijärvi 2005:161). Diese Zahlen zeigen die Dominanz des Finnischen beim Radio, während Schwedisch immerhin durch eine geringe Anzahl von Sendern vertreten ist. Die Tatsache, dass nur ein samischer Radiosender existiert, reflektiert die schwache Präsenz des Samischen beim Radio, auch wenn Samisch lediglich die offizielle Sprache eines bestimmten Gebietes ist und sein Status selten landesweite Beachtung bekommt.

Die Geschichte des finnischen Fernsehens nahm ihren Anfang 1955, wobei das begrenzte Ausmaß der schwedischsprachigen Programme als ein großes Hindernis für die schwedischsprachige Bevölkerung gesehen wurde. Dieser Mangel an Auswahl wurde in den späten 80ern zum Teil dadurch kompensiert, dass schwedischsprachige Programme aus Schweden exportiert wurden (McRae 1997:305). Die damals überwiegend finnisch orientierte Programmgestaltung resultierte aus der Tatsache, dass der finnische Medienkonzern YLE in den ersten Jahren sowohl Fernsehen als Radio monopolisierte und dadurch das Finnische eine dominierende Position in den Medien erhielt. Diese Situation muss nicht zwangsläufig als Unterdrückung des Schwedischen interpretiert werden, da der größte Anteil der Bevölkerung des Landes Finnisch spricht und jene Programme, mit denen die größte Konsumentengruppe angesprochen werden können, in der Regel eine zentrale Rolle in Radio und Fernsehen einnehmen.

Trotz der umfangreicheren Angebote finnischsprachiger Rundfunksendungen, wurde die Wichtigkeit des schwedischen Fernsehens in Finnland schon in den 90ern anhand einer Umfrage sichtbar, die ergab, dass Sendungen in ihrer Muttersprache von den schwedischsprechenden Finnen am öftesten gesehen werden und diese Tendenz in den schwedisch orientierten Bezirken größer als in Helsinki ist (McRae 1997:310). Dieses Ergebnis zeigt, dass Fernsehen durchaus eine Rolle zur Aufrechterhaltung des sprachlichen Bewusstseins übernommen hat. Außerdem ermöglichen die technischen Fortschritte den schwedischsprachigen Finnen, dass sie durch den Empfang der Digitalkanäle einen direkten Zugang zu Sendungen aus Schweden haben. Es ist zwar festzuhalten, dass das schwedische

Fernsehen weniger Beachtung bekommt als das finnische Fernsehen in Finnland und der einzige samische Sender hauptsächlich für die samische Region Nordlappland ins Leben gerufen wurde. Es ist trotzdem anzunehmen, dass die technischen Fortschritte in den audiovisuellen Medien ein wichtiger Faktor für die Förderung der Minderheitensprachen sind und sie viele positive Aspekte beinhalten.

Die Printmedien in Finnland sind ein weiterer entscheidender Faktor, der im Zusammenhang mit der Mehrsprachigkeit des Landes zu berücksichtigen ist. Anders als beim Radio hatte das Schwedische im Zeitungswesen deutlich den Vorrang, vor 1820 wurden lediglich wenige finnische Wochenzeitungen publiziert, eine beständige Leserschicht in der Sprache war nicht vorhanden. Auch wenn die erste schwedischsprachige und finnischsprachige Zeitung jeweils bereits 1771 und 1775 gegründet wurden, kam der Zeitungsmarkt erst zwischen 1850 und 1890 in die Wachstumsphase und die finnischsprachigen wurden gegenüber den schwedischsprachigen Zeitungen erst 1860 wettbewerbsfähig was Anzahl und Auflagen betrifft (Latomma; Nuolijärvi 2005:160). Die anfängliche Dominanz der schwedischsprachigen Zeitungen ist dadurch zu erklären, dass Schwedisch für einen sehr langen Zeitraum als Sprache der Gelehrten galt und im Zentrum des Verwaltungswesen stand, während Finnisch trotz der angestrebten sprachlichen Gleichstellung mehr als Sprache der Religion oder Familiensprache betrachtet wurde. Jedoch konnten sich die finnischsprachigen Zeitungen schon vor der Unabhängigkeitserklärung Finnlands ihren Platz im Zeitungswesen sichern, was als ein Teilerfolg des Gleichstellungsversuchs gesehen werden darf.

Seit den 90ern gewinnen in vielen Ländern die Nachrichten im Internet immer mehr Bedeutung, so dass die Printmedien samt Zeitungen zunehmend in den Hintergrund gerückt werden. Für Finnland scheint dies jedoch vergleichsweise weniger zuzutreffen: Laut einer Statistik aus dem Jahr 2000 ist Finnland das Land, das die höchste Gesamtauflage pro Kopf in Europa und die dritthöchste weltweit vorweisen kann (Latomma;Nuolijärvi 2005:160). Zu den heutigen größten Tageszeitungen zählen Aamulehti, Helsingin Sanomat, Hufvudstadsbladet und Ilta Sanomat. Helsingin Sanomat ist die auflagenstärkste finnischsprachige Tageszeitung (ca. 434500), wobei Hufvudstadsbladet die schwedischsprachige Tageszeitung Finnlands mit der größten Auflagenanzahl (ca. 50 600 Exemplaren) ist (<http://www.finnland.at/public/default.aspx?nodeid=39059&contentlan=33&culture=de-DE>, 02.02.2015).

Der Zustand, dass die finnischsprachigen Zeitungen anfängliche Hindernisse überwunden haben und heute deutlich mehr Leser vorweisen können als die schwedischsprachigen Zeitungen, ist jedoch nicht auf ein mangelndes Interesse an der Förderung des Schwedischen zurückzuführen. Die Existenz von derzeit neun schwedischsprachigen Zeitungen Finnlands kann als ein Indikator für das Gleichgewicht zwischen offiziellen- und Minderheitensprachen des Landes gesehen werden, weil kein anderes Land die Präsenz seiner Minderheitensprachen so erfolgreich in den Medien vertritt: Außer Hufvudstadsbladet, die größte schwedischsprachige Zeitung in Helsinki, erstatten noch Vasabladet, die regionale schwedischsprachige Zeitung mit mittelgroßer Auflagenanzahl, und ein paar kleinere Zeitungen Berichte in schwedischer Sprache (Latomma; Nuolijärvi 2005:160). Das Verhältnis zwischen dem Anteil der schwedischsprachigen Bevölkerung und die konstante Auflagenanzahl der schwedischsprachigen Zeitungen weist darauf hin, dass genügend Angebote an Zeitungen für die schwedischsprachigen Finnen existieren.

Im Gegensatz dazu ist die Präsenz samischsprachiger Printmedien in Finnland kaum wahrzunehmen, was durch zahlreiche Statistiken, die sich mit dem Verhältnis zwischen dem Finnischen und dem Schwedischen in finnischen Printmedien auseinandersetzen, belegt ist. Das Samische, das in den Statistiken über die Anzahl der Publikationen zwischen 1886 und 1990 auffindbar ist, wird lediglich unter der Bezeichnung „Sonstige Sprachen“ aufgeführt und beinhaltet 1989 beispielsweise nur acht samischsprachige Bücher (McRae 1997:310). Die Tatsache, dass Samisch in diversen Umfragen und Statistiken zusammen mit anderen Minderheitensprachen erfasst wird, macht es umso schwerer, den genauen Zustand der samischen Printmedien Finnlands festzustellen. Der Mangel an samischen Printmedien kann zum Teil dadurch begründet werden, dass Samisch überwiegend in der familiären Umgebung gesprochen wird und dabei kaum Notwendigkeit für die Verschriftlichung der Sprache besteht.

Im Vergleich zu seiner schwachen Stellung des Samischen in den Printmedien ist das Samische in den audiovisuellen Medien Finnlands erfolgreicher vertreten. Die nationalen Rundfunkstationen in Finnland, Schweden und Norwegen kooperieren seit mehreren Jahren, damit samische Radiosendungen in drei samischen Sprachvarietäten produziert werden und diese sowohl unter der Woche als auch am Wochenende zu hören sind (Latomma; Nuolijärvi 2005:182). Während das Radio durch die Entwicklung der Digitaltechnik und die Entstehung neuer samischer Sendungen für eine Zunahme der Sprachvielfalt sorgt, ist die Vertretung des Samischen im Fernsehen dürftiger. Die reguläre Ausstrahlung des samischen Fernsehprogramms startete in Finnland zwar schon 2002, aber in den darauffolgenden Jahren

war lediglich nur eine samischsprachige neunminütige Tagesnachricht zu sehen, die regelmäßig in den finnischen öffentlichen Fernsehkanälen ausgestrahlt wurde (Latomma; Nuolijärvi 2005:182).

Während das Samische in den finnischen Medien nicht die Aufmerksamkeit in den finnischen Medien bekommt wie das Schwedische, werden die Sprachrechte der Samen auf EU-Ebene in den Mittelpunkt gerückt. Das samische Parlament Finnlands soll das indigene samische Volk aus dem Norden Finnlands vertreten, damit die Samen ihre Rechte, in erster Linie sprachliche und kulturelle, in der EU durchsetzen können. Obwohl ihre Präsenz in Finnland nicht sehr deutlich zu spüren ist, sind die samischen Medien durch eine langjährige Tradition gekennzeichnet. Nachdem die erste samischsprachige Zeitung 1873 erschien, hatte das samische Volk in Finnland erst 1934 kostenfreien Zugang zur samischen monatlichen Zeitung *Sápmelaš*. Die Zeitschrift wurde bis 1995 von der finnischen Regierung finanziert und danach vom samischen Parlament finanziell unterstützt, bis sie 2001 aufgrund des finanziellen Engpasses eingestellt wurde (<http://worldebookfair.org/articles/s%C3%A1pmela%C5%A1>, 02.02.2015).

Aus diesem Einblick in die mehrsprachigen Medien Finnlands lässt sich schließen, dass das Samische im Vergleich zu dem Schwedischen keine bedeutende Stellung in der Medienlandschaft hat, was auch dadurch bestätigt wird, dass das Samische nur wenig im Fernsehen vertreten ist und die Printmedien in samischer Sprache in Finnland nicht sehr verbreitet sind. Andererseits ist dieser Mangel an samischer Schriftkultur nicht zwangsläufig als Beleg für eine unzureichende Förderung zu sehen, da die Verschriftlichung der Sprache keine Voraussetzung für die Verständigung samischer Familien untereinander ist. Die grundlegendsten sprachpolitischen Regelungen, die die Aufrechterhaltung des Finnischen, Schwedischen und Samischen in Finnland betreffen, werden im nächsten Kapitel näher erläutert.

4.3. Sprachpolitische Prinzipien und ihre Umsetzung

Die finnische Sprachpolitik basiert auf mehreren Prinzipien. Aufgrund der in Finnland vorherrschenden Mehrsprachigkeit, die das Finnische, das Schwedische und das Samische beinhaltet, müssen gleichzeitig mehrere Modelle in der Praxis angewendet werden. Individuelle Mehrsprachigkeit und das sprachenrechtliche Personalitätsprinzip bedeuten, dass es Individuen in der Öffentlichkeit wie in Behörden freisteht, zwischen Finnisch und

Schwedisch zu wählen. Faktoren wie etwa die Herkunft der jeweiligen Person spielen dabei keine Rolle. Jedem wird das Recht zugesichert, frei zwischen den beiden Sprachen wählen zu dürfen.

In den samischen Gemeinden und im Gebiet Åland, wo unabhängig vom Verhältnis zwischen Sprachen und Bevölkerungsanzahl Schwedisch gesprochen wird, findet das territoriale Sprachprinzip Anwendung. In diesem Kapitel wird auf die Situation in Åland nicht weiter eingegangen, da die Stellung des Samischen als Minderheitensprache neben den anderen offiziellen Sprachen Finnlands eines der zentralen Themen dieser Arbeit ist.

Das Sprachdekret von 1902 war die erste offizielle Ankündigung, die die Gleichstellung zwischen dem Finnischen und Schwedischen in allen Lebensbereichen besagte. Finnland war damals noch nicht politisch unabhängig vom russischen Einfluss und es war kein erstes Dekret bezüglich der Mehrsprachigkeit Finnlands. Dennoch war es ein bedeutender Schritt für die sprachliche Gleichstellung des Landes, weil es zum ersten Mal den Status der beiden Sprachen in allen Bereichen als gleichbedeutend feststellte und dieser Zustand durch das Dekret erreicht werden sollte (McRae 1997: 37).

Nachdem Finnland 1917 zu einer unabhängigen Nation avancierte, gewann das Thema der Mehrsprachigkeit im Land an Bedeutung. Finnland stand vor der Herausforderung, das Verhältnis zwischen dem Finnischen und dem Schwedischen in der Sprachpolitik zu definieren.

Die Gleichstellung zwischen diesen beiden Sprachen wurde 1922 anhand der neuen Sprachgesetzgebung offiziell anerkannt. Es blieb jedoch schwierig, Finnisch als Verwaltungs- und Bildungssprache durchzusetzen: Finnisch hatte in der Gesellschaft den Status als Sprache der „einfachen Leute“, während Schwedisch als die „Sprache der Gelehrten“ wahrgenommen wurde (Latomaa; Nuolijärvi 2005:125). Laut Artikel 17 der finnischen Verfassung sind Finnisch und Schwedisch gleichermaßen als offizielle Sprachen definiert, während Samisch lediglich als Minderheitensprache erwähnt wird (<http://www.finlex.fi/fi/laki/kaannokset/1999/de19990731.pdf>, 02.02.2015). In der Öffentlichkeit und bei Behörden sowie bei der Ausstellung offizieller Dokumente kann frei zwischen Finnisch und Schwedisch gewählt werden.

Es sind Richtlinien zu beachten, nach denen die Mehrsprachigkeit der einzelnen Wohngemeinden geregelt wird:

Gemeinden gelten offiziell als bilingual, wenn die weniger gesprochene Sprache von mindestens 10% der Bevölkerung gesprochen wird. Die Gemeinde wird als einsprachig erklärt, wenn die Minderheitensprache von weniger als 10% der Bewohner gesprochen wird. Diese 10% haben eine Schwankungsbreite: Aufgrund sprachlicher Abweichungen im Laufe der Jahre sind es real zwischen 8 und 10%, damit die jeweilige Gemeinde nur bei größeren Veränderungen ihre Ein- oder Mehrsprachigkeit umorientieren muss (McRae 1997: 223).

Die meisten Gemeinden sind finnischsprachig, wobei die schwedischsprachigen Gemeinden sich hauptsächlich in Åland und anderen von dem Schwedischen dominierten Gebieten Finnlands befinden und die bilingualen Gemeinden in den Großstädten wie Helsinki oder Espoo (Latomaa; Nuolijärvi 2005:200). In einer einsprachigen Gemeinde dient nur eine Sprache als die Verwaltungssprache, wobei die Bewohner einer zweisprachigen Gemeinde nach Belieben eine Sprache wählen können. Die finnische Sprachgesetzgebung setzte sich in den ersten Jahren nach der Unabhängigkeitserklärung mit dem Thema Gleichstellung zwischen dem Finnischen und dem Schwedischen auseinander. Die das Samische betreffende Sprachpolitik wurde erst nach 1990 dementsprechend modifiziert.

Ab 1991 hatte das samische Volk in Finnland das Recht, in den Behörden ihrer Wohngemeinden ausschließlich Samisch zu verwenden und auch per Schriftverkehr in seiner Sprache zu kommunizieren. Dabei enthält die Sprachgesetzgebung in den 90ern neue Aspekte bezüglich der Aufrechterhaltung des Samischen, die in der Gesetzgebung der 20er nicht deutlich zu spüren waren: Die kulturelle und sprachliche Förderung des Samischen sollte unabhängig von der Anzahl der Samisch-Sprechern garantiert werden, wobei jeder Samisch-Sprecher Anspruch auf das Sprachgebrauchsrecht hat (McRae 1997: 233).

Mit anderen Worten heißt es, dass die Samen unabhängig von ihrer Staatszugehörigkeit ihre Muttersprache in Finnland verwenden können, wobei die freie Wahl zwischen dem Finnischen und dem Schwedischen ausschließlich den finnischen Staatsbürgern zur Verfügung steht. Dieser Aspekt deutet darauf hin, dass das Samische vielmehr als die Minderheitensprache des Nordens als ein Teil von Finnland betrachtet wird. Diese Denkweise kann auch mit der Tatsache in Verbindung gebracht werden, dass die Samen in mehreren nordischen Staaten wie Finnland, Schweden und Norwegen leben und die Staaten durch ihre gemeinsame Arbeit versuchen, das Samische in vielen Bereichen zu unterstützen. Die Kombination zwischen individueller und territorialer Mehrsprachigkeit wird anhand der Tatsache reflektiert, dass z.B. ein Finnisch-Sprecher oder Schwedisch-Sprecher die Dienstleistung in ihrer Muttersprache verlangen kann, aber ein Samisch-Sprecher außerhalb

seines Wohngebietes keine Garantie für die Dienstleistung in samischer Sprache hat und in den meisten Fällen Finnisch oder Schwedisch sprechen muss. Dieser Aspekt der Mehrsprachigkeit gehört zwar nicht zu den zentralen Themen dieser Arbeit, dennoch ist diese Idee der Kombination von Monolingualität und Bilingualität zum Schutz der Minderheitssprachen entstanden und bekommt dadurch sprachpolitische Bedeutung.

Auch wenn die Sprachpolitik in Finnland in vieler Hinsicht ein interessantes Bild der Mehrsprachigkeit zeigt, wird an dieser Stelle in erster Linie die Mehrsprachigkeit im Schulwesen betont, weil die umfangreiche Thematik den Umfang dieser schriftlichen Arbeit übersteigt. Die Entwicklung der Schulausbildung in Finnland war hauptsächlich im 19. Jahrhundert zu sehen, während welchem unter anderem die allgemeine Schulpflicht 1921 eingeführt wurde und das Hochschulwesen sich nach dem zweiten Weltkrieg langsam systematisch etablierte. Um die Gleichstellung der beiden Sprachen im Schulunterricht zu ermöglichen, ist es Pflicht, dass finnischsprachige Schüler im Rahmen der Schulfächer Schwedisch lernen und ebenso schwedischsprachige Schüler Finnisch als Pflichtlehrgegenstand haben. Diese Regel gilt als Ausnahme in dem schwedischsprachigen Gebiet Åland, wo Finnisch nach Belieben als freies Wahlfach gewählt werden kann (Latomaa; Nuolijärvi 2005:155).

Die allgemein bildende höhere Sekundarschule, die für die Schüler zwischen etwa 16 und 19 Jahren konzipiert ist, dauert drei Jahre. Die Schüler können bei der Reifeprüfung sowohl Sprache und Literatur in ihrer Muttersprache (Finnisch, Schwedisch und Samisch) als auch in zweiter Landessprache (Finnisch und Schwedisch) als Prüfungsfach wählen (Kansanen 2002: 148). Die Tatsache, dass das Samische zum Prüfungsgegenstand bei der Reifeprüfung gewählt werden kann, zeigt, dass die Samisch-sprechenden Schüler keine Nachteile aufgrund ihrer Muttersprache bekommen sollen und sich die Kenntnisse über die samische Literatur im Rahmen des Schulunterrichts zunutze machen können. Es ist vorbildlich für die Förderung der Mehrsprachigkeit im Schulwesen, dass sowohl Finnisch als auch Schwedisch zu den Pflichtschulfächern gehören und auch finnischsprachige Schüler dadurch die Gelegenheit bekommen, die Minderheitensprache Schwedisch im Rahmen des Schulunterrichts kennenzulernen. Außerdem legt das finnische Bildungswesen einen großen Wert auf den Fremdsprachenunterricht und die meisten Schüler lernen im Allgemeinen zwei bis drei Fremdsprachen, während eine der offiziellen Sprachen, Finnisch oder Schwedisch, je nach der individuellen Lage, obligatorisch zum Stundenplan gehört (Latomaa; Nuolijärvi 2005:186).

Dabei war die Überlieferung der samischen Literatur und Kultur keine Selbstverständlichkeit für das samische Volk am Anfang des 19. Jahrhunderts, da in Finnland keine spezielle Schule für das Samische existierte und die Sprache bis zu den 1960ern mit negativen Assoziationen verbunden war (Huss 1999: 74). Die Lehrkraft besuchte bis zu den 50er Jahre die samischen Schüler in ihren Wohngemeinden. Die Schüler besuchten erst ab 1950 öffentliche Schulen, wobei der Unterricht gleichzeitig die Kenntnisse des Finnischen und Samischen vermitteln sollte (Latomaa; Nuolijärvi 2005:170). Die Entstehung der Abneigung gegen das Samische ist nicht zwangsläufig als die Verneinung der eigenen Kultur zu verstehen, weil die samische Sprache sich im Laufe der Jahre nur ganz langsam auf linguistischer Ebene etablieren konnte, und selbst manche Samen nicht genügend Sprachkenntnisse besaßen, um sie der nächsten Generation weiterzuvermitteln.

Die Stellung des Samischen in Finnland wurde eindeutig höher, als 1973 das samische Parlament Finnlands ins Leben gerufen wurde und die Sprachgesetzgebung von 1992 Samisch zur offiziellen Sprache der außerwählten Gemeinden machte. Die samischen Parlamente in Finnland, Schweden und Norwegen haben trotzdem eine begrenzte Macht bei der Gesetzgebung und fungieren hauptsächlich als Ratgeber. Dennoch ist die Entstehung der Parlamente ein großer Schritt für den Schutz des Samischen, weil so die zwischenstaatliche Arbeit bezüglich des Samischen ermöglicht wurde. Samisch begann im Laufe der Zeit eine feste Rolle im finnischen Schulwesen zu spielen, indem etwa 1980 die Sprache zum ersten Mal zu einem der Prüfungsgegenstände an den Schulen wurde. In den folgenden Jahren kam es auch vor, dass mehr Grundschüler aus samischen Gemeinden sich für den Samischkurs inskribierten als für den Finnischkurs (Huss 1999: 79).

Im Großen und Ganzen vermittelt ein kurzer Überblick über die finnische Mehrsprachigkeit den Eindruck, dass das Gleichgewicht zwischen den mehreren offiziellen Sprachen im Laufe der Jahre mit zunehmender Effektivität hergestellt werden konnte. Die erste bedeutende Sprachgesetzgebung von 1922, die die sprachliche Gleichstellung definieren sollte, wurde bis ins 20. Jahrhundert sechsmal modifiziert und die Rechte der Minderheitensprachen wie Samisch wurden immer deutlicher hervorgehoben (Latomaa; Nuolijärvi 2005:201). Die samische Spracherziehung steht den Grundschulern, Gymnasiasten und zum Teil auch Erwachsenen zur Verfügung, wobei auch die Hochschulstudenten an ein paar finnischen Universitäten wie etwa der Universität Helsinki Samisch lernen können. Die Modifizierung der Sprachgesetzgebung reflektiert zum Teil die immer größer werdende Rolle des Minderheitensprachenschutzes in der heutigen Welt, was in mancher Hinsicht durch den EU-

Beitritt von Finnland und damit verbunden Anforderungen an den Menschenrechtsschutz samt Minderheitensprachenrechte verstärkt wurde. Dadurch konnten die Minderheitensprachen wie Romani und die finnische Gebärdensprache neben dem Samischen mehr Aufmerksamkeit bekommen, was als eine positive sprachliche Entwicklung zu ist. Die nationenübergreifende Zusammenarbeit in Bezug auf das Samische ist auch einer der positiv wirkenden Faktoren, während die samischen Parlamente in den Staaten die Rolle der Repräsentanten des Samischen übernehmen und sie auch auf der EU-Ebene vertreten. Diese Art von Zusammenarbeit ist wichtig für die Förderung des Samischen, weil das samische Volk in den nordischen Staaten verteilt ist und der Austausch zwischen den Beteiligten wichtig für die Aufrechterhaltung des Samischen sein kann.

Die Betrachtung der finnischen Sprachpolitik lässt sich in mancher Hinsicht darauf schließen, dass die individuelle Wahrnehmung der Sprache und Kultur auch eine tragende Rolle beim Spracherwerb spielen kann. Es betrifft nicht nur das Samische, das in der Vergangenheit überwiegend im Schatten stand, sondern auch das Schwedische: Immer mehr finnische Schüler zeigen weniger Interesse an Finnisch als obligatorisches Schulfach, aber dennoch wird Schwedisch in Finnland auch auf freiwilliger Basis erworben, da es eine der meistgesprochenen Sprachen Skandinaviens ist (Reitz; Zeller 2009:30). Diese Situation deutet darauf hin, dass viele Menschen Fremdsprachenkenntnisse zum Zweck des beruflichen Einstiegs erwerben möchten, und wenn die Sprache in diesem Zusammenhang als vorteilhaft wahrgenommen wird, wird sie unabhängig vom historischen Kontext von der Mehrheit gelernt. Dadurch wird der Status der Sprache erhöht. Laut einer Umfrage von 2001 ist Schwedisch nach Englisch die zweitmeist gewählte Fremdsprache in der Sekundärschule, wobei Französisch im Vergleich zum EU-Standard weniger beliebt ist (Latomaa; Nuolijärvi 2005:189).

Die Problematik, die bei der Aufrechterhaltung der individuellen Sprachrechte auftreten kann, ist in erster Linie durch den Mangel der Lehrkraft und des Lehrmaterials gekennzeichnet. Dieses Problem ist bei einer Sprache wie Samisch, die keine allzu sehr ausgeprägte schriftliche Überlieferung zeigt und nur eine sehr kleine Anzahl der Sprecher vorweist, in einem großen Ausmaß zu sehen. Institutionen wie das samische Sprachbüro des samischen Parlaments und das schwedische Sprachinstitut Finnlands sollten dabei helfen, die Schwierigkeiten bei der Umsetzung der Sprachgesetzgebung zu mindern. Die beiden Institutionen setzen sich mit der jeweiligen sprachlichen Entwicklung auseinander, indem sie die Sprachvarietäten kategorisieren und auch die Öffentlichkeitsarbeit wie die Kontakte zu

den Medien übernehmen. Dabei ist zu beachten, dass die zwischenstaatliche Arbeit zwischen den nordischen Ländern auch dazu dient, die Abweichungen zwischen den Sprachen in den verschiedenen Gebieten festzustellen und zu berücksichtigen. Auch wenn die Abweichungen zwischen dem Schwedischen in Finnland und dem Schwedischen in Schweden unvermeidbar sind, sollten diese Diskrepanzen nicht sehr groß sein (Latomaa; Nuolijärvi 2005:208). Aufgrund dieser Problematik wird es erforderlich, dass der Austausch zwischen den Ländern in regelmäßigen Abständen folgt und die sprachliche Veränderung dokumentiert wird.

5. Belgien und Finnland im Vergleich: Gemeinsamkeiten und Differenzen

Die Mehrsprachigkeit und damit verbundene Multikulturalität zählt zu den positiven Eigenschaften eines Landes, weil diese Diversität in der heutigen globalen Gesellschaft eine wichtige Rolle spielt und als eine Grundlage für die Entstehung einer Kulturvielfalt gesehen werden kann. Die Schilderung der sprachlichen Lage von Belgien und Finnland in den vorherigen Kapiteln in dieser schriftlichen Arbeit gewährt einen Einblick darin, wie die zwei Staaten und ihre Sprachpolitik von der Mehrsprachigkeit des Landes beeinflusst werden und in welchem Verhältnis die Mehrheits- und die Minderheitensprachen zueinander stehen.

Im Großen und Ganzen wird die sprachpolitische Gesetzgebung zwangsläufig in den Mittelpunkt gerückt, damit den unterschiedlichen Sprachgruppen die gleichen Sprachrechte zugesichert werden können und dadurch das sprachliche Gleichgewicht hergestellt werden kann. Dennoch ist dieser ganze Prozess in der Praxis nicht immer einfach durchzuführen, weil die Entwicklung der diversen sprachpolitischen Maßnahmen ohne die Mitwirkung von den verschiedenen Parteien nicht möglich ist. Außerdem werden die Abweichungen zwischen Theorie und Praxis beim Umsetzungsversuch immer mehr sichtbar, was als Hindernis bei der Förderung des Sprachgebrauchs gesehen werden kann. Dabei ist auch anzumerken, dass der historische Hintergrund auch als ein wichtiger Faktor bei der Entstehung einer mehrsprachigen Gesellschaft zu sehen ist, weil diese verschiedenen Elemente, nämlich Geschichte und Sprache, in einer Wechselbeziehung stehen und sich gegenseitig beeinflussen.

Bei der Berücksichtigung der oben genannten Aspekte wird sichtbar, dass sowohl Belgien als auch Finnland über einen langen Zeitraum damit zu kämpfen hatten, für die jeweilige Sprache des Landes genug Ressourcen zur Verfügung zu stellen und eine geeignete soziale Struktur für die gerechte Entwicklung anzubieten. Bei der Sprachförderung spielt die Standardisierung bzw. die sprachsystematische Beschreibung der betroffenen Sprache eine grundlegende Rolle,

weil die Sprache ohne diese Voraussetzung nicht richtig gelehrt werden kann. Aber diese Standardisierung ist kein einfacher Vorgang, wenn die Sprache größtenteils mündlich überliefert ist oder nicht genügend Materialien zu dem Thema vorhanden sind. Diese Problemstellung betrifft besonders die Lage der Minderheitensprachen, weil sie meistens von einer geringen Anzahl der Bevölkerung verwendet und oft von den anderen Sprachen des Landes, welche von mehr Leuten erworben werden, überschattet werden. In dieser Hinsicht sind die drei offiziellen Sprachen Belgiens weniger von dieser Problemlage betroffen: Das Territorialprinzip des Landes führt schließlich dazu, dass die Sprachen jeweils von dem Gebiet, wo sie die Verwaltungssprache sind, als die wichtigste Sprache des Gebietes behandelt wird. Die Print- und audiovisuellen Medien zeigen Abweichungen, was die Anzahl oder Verkaufszahl der Medien betrifft, vertreten jedoch alle drei Sprachen. Das Deutsche, das gleichzeitig eine offizielle- und Minderheitensprache Belgiens ist, ist überwiegend durch die regionalbezogene Aufmerksamkeit gekennzeichnet. Aber die Sprache genießt eine starke Präsenz im deutschsprachigen Gebiet Belgiens und da sie die meistgesprochene Sprache der Europäischen Union ist, sind bezüglich der Standardisierung der Sprache keine allzu großen Schwierigkeiten vorhanden.

Das Samische, welches neben dem Schwedischen zu den Minderheitensprachen Finnlands gehört, befindet sich in dieser Hinsicht in einer Lage, die durch weniger Stabilität gekennzeichnet ist: Samisch ist erstens eine Sprache mit deutlich unterschiedlichen Varietäten und dadurch ist es umso schwieriger, ein Curriculum für die Sprachkurse anzufertigen, damit alle Varietäten des Samischen abgedeckt werden können. Diese Diversität wird in vielen Fällen direkt mit dem Mangel der Lehrkräfte oder Lehrmaterialien verknüpft, wobei die samische Sprache ohnehin im Allgemeinen aufgrund des Ressourcenmangels Schwierigkeiten bei der Sprachvermittlung vorzuweisen hat.

Zweitens ist Samisch nicht nur einem Staat zuzuordnen, weil die Samen in den mehreren nordischen Ländern aufgeteilt leben. Um die Stellung der samischen Sprache aufrecht zu erhalten, stellt die Zusammenarbeit zwischen den Staaten einen der wichtigsten Faktoren beim Aufrechterhalten der samischen Sprache dar. Einerseits schafft die Präsenz eines solchen Netzwerks Vorteile für weitere sprachpolitische Entwicklungen, andererseits stellen die unvermeidbaren Abweichungen zwischen den Staaten, die bezüglich der Förderung des Samischen zu sehen sind, von Zeit zu Zeit eine Herausforderung für die Samen dar.

Als dritter und letzter Punkt, der auf die Schwierigkeiten bei der Vermittlung des Samischen hinweist, kann die starke Prägung des mündlichen Sprachgebrauchs bei dem Samischen

genannt werden. Da das Samische vielmehr in privater Umgebung verwendet und weniger als eine Sprache für die Öffentlichkeit wahrgenommen wird, ist die Verschriftlichung der Sprache für die Sprecher nicht unbedingt erforderlich. Die Tatsache, dass ein großer Teil von Samisch-Sprechern trotz ihres nicht niedrigen Bildungs- und Fremdsprachenniveaus keine ausreichende Schreibfähigkeit im Samischen vorweisen kann, macht die Problemlage der Sprachvermittlung deutlich. Diese Diskrepanz zwischen der Schreib- und Sprechfähigkeit stellt kein allzu großes Problem bei der anderen Minderheitensprache Finnlands, dem Schwedischen, dar, was wiederum auf den jeweils unterschiedlichen Status der beiden Sprachen hinweist.

Sowohl Deutsch als auch Schwedisch weisen eine hohe Sprecherzahl in Europa auf, was deutliche Vorteile für den Spracherwerb bringt. Anders als das Samische, welches überwiegend durch historische und kulturelle Werte gekennzeichnet ist, werden diese Sprachen auch in vielen Fällen zum geschäftlichen Zweck verwendet und zeigen daher auch eine pragmatische Seite des Spracherwerbs für die Lernenden. Die Fremdsprachenkenntnisse der Bevölkerung spielten im Laufe der Zeit immer eine wichtige Rolle in Finnland, da der Staat relativ klein ist und die Finnen neben Englisch mehrere Sprachen zu beherrschen versuchen, um bessere berufliche Aufstiegschancen in der heutigen globalisierten Welt zu bekommen (Latomma; Nuolijärvi 2005: 216). Schwedisch wird neben den anderen Fremdsprachen im finnischen Schulcurriculum und trotz der Beliebtheit des Englischen von nicht wenigen Schülern gewählt, was auch teilweise auf die hohe Stellung des Schwedischen im skandinavischen Raum, insbesondere im wirtschaftlichen Bereich, zurückzuführen ist.

Der kurze Vergleich zwischen der Stellung des Deutschen und des Samischen als die Minderheitensprache eines Landes macht deutlich, dass Samisch sich in vielerlei Hinsicht aufgrund der noch fehlenden linguistischen Forschung in einem Stadium befindet, in welchem die Vermittlung der Schreibfähigkeit und die Standardisierung der Sprache dringend benötigt werden. Dabei ist aber auch anzumerken, dass die Stellung des Deutschen in Belgien zwar mit einer stärkeren Präsenz als jene des Samischen in Finnland in Verbindung gebracht wird, dennoch dem Deutschen noch keine überregionale Aufmerksamkeit zugeteilt wird. Einerseits wird der Status des Deutschen im Laufe der Jahre immer höher eingestuft und die Sprachregelung für das deutschsprachige Gebiet erzielte große Fortschritte, andererseits ist zu beobachten, dass die Sprachförderung der Deutsch-Muttersprachler Belgiens im Vergleich zu der Unterstützung für die Französisch-Muttersprachler etwas dürftig ist und das sprachliche Gleichgewicht beim Spracherwerb nicht ganz hergestellt ist (Schmitz 1994: 139).

Im Großen und Ganzen kann an dieser Stelle festgehalten werden, dass Belgien und Finnland jeweils unterschiedlichen sprachpolitischen Prinzipien zu folgen haben und daher die Unterschiede bezüglich der Mehrsprachigkeit unvermeidbar sind, auch wenn der Vergleich zwischen dem Deutschen und dem Samischen nicht groß betrachtet wird. Die Sprachsituation in Belgien wird vom Territorialitätsprinzip bestimmt, während Finnland bis auf die Ausnahme der Åland-Inseln dem Individualitätsprinzip folgt: Die gleichzeitige Verwendung des Finnischen und des Schwedischen in der öffentlichen Verwaltung gilt nicht auf den Inseln, weil das Gebiet aufgrund des hohen Anteils der schwedischsprachigen Bewohner regionale Autonomie genießt und sprachlich weitgehend homogen ist. Die Inseln stellen aber eine Ausnahme dar und daher wurde ihre Stellung in den vorherigen Kapiteln dieser schriftlichen Arbeit nicht näher diskutiert. Der Status des Samischen reflektiert jedoch eindeutig die Aspekte des Territorialitätsprinzips in der finnischen Sprachpolitik und zeigt dadurch interessante Vergleichspunkte, weil Samisch die Verwaltungssprache der samischen Wohnregion ist, aber nicht in den Städten wie Helsinki von den Behörden verwendet wird. Anders ausgedrückt, die Sprachenrechte der Samen sind regional eingeschränkt, obwohl ihre Sprache durch die Europäische Charta der Regional- oder Minderheitensprachen geschützt wird. Diese Situation zeigt trotz mancher Abweichungen Gemeinsamkeiten zwischen dem Samischen in Finnland und der regionalen Sprachpolitik in Belgien, weil die Belgier die Sprache des jeweiligen Gebietes als die Verwaltungssprache akzeptieren müssen. Es können zwar manche Hilfsmaßnahmen in Bezug auf die fehlenden Sprachenkenntnisse in Anspruch genommen werden, aber sie sind in erster Linie als optional zu verstehen und nicht vollständig garantiert. Diese Lage ist auf gewisse Weise auch bei den Samisch-Sprechern zu berücksichtigen, die zum Beispiel ihr Wohngebiet verlassen und in eine andere Region Finnlands kommen. Anhand dieser Betrachtung kann gesagt werden, dass Finnland eine Mischung aus Territorialitäts- und Individualitätsprinzip in der Sprachgesetzgebung anwendet, obwohl das Individualitätsprinzip durch die Zusicherung des Sprachgebrauchs beim Finnischen und Schwedischen im Mittelpunkt steht.

Es soll an dieser Stelle auch erwähnt werden, dass das Samische teilweise von dem EU-Beitritt Finnlands und damit verbundener Implementierung des Sprachgesetzes viel profitieren konnte: Trotz der regionalen Begrenzung der Sprachrechte arbeiten die samischen Parlamente im Norden, welche jeweils die Samen eines Landes repräsentieren, ständig an den neuen Vorschlägen für die Staturerhöhung des Samischen und stehen diesbezüglich auch mit den diversen politischen Organen der EU in Kontakt. Dies ist durchaus als eine positive Entwicklung zu bezeichnen und auch ein notwendiger Schritt in Richtung Sprach- und

Kulturförderung, weil das Samische nicht nur die Minderheitensprache Finnlands ist und die nationenübergreifende Kooperation die Förderung mit großer Effektivität ermöglichen kann. Die Stellung des Samischen wird jedoch im Vergleich zu dem Deutschen in Belgien oder gar zu dem Schwedischen in Finnland als etwas niedriger wahrgenommen, obwohl die bisherigen Fortschritte zeigen, dass Samisch sich trotz der anfänglichen Hindernisse langsam aber sicher als prestigereichere Sprache etablieren kann.

Einer der anderen gemeinsamen Faktoren bei der Sprachpolitik in Belgien und Finnland ist nämlich auch der Ressourcenmangel, was eigentlich als eines der am häufigsten auftretenden Probleme beim Spracherwerb ist und nicht spezifisch bei der Förderung der Minderheitensprachen zu sehen ist. Es ist bei der Herstellung des sprachpolitischen Gleichgewichts in einem mehrsprachigen Land erforderlich, dass die Bevölkerung ein vielfältiges Sprachlernangebot in Anspruch nehmen kann. Dabei sollte nicht nur der Grunderwerb der betroffenen Sprache eine Rolle spielen, sondern auch der Unterricht für die Muttersprachler auf einem ziemlich hohen Sprachniveau, damit sie im Rahmen dieses Unterrichts ihre Kenntnisse wirklich auf das Muttersprachenniveau verbessern und dabei auch einen Einblick in die Geschichte und Kultur bekommen, welche im Zusammenhang mit der Sprache stehen. Dazu brauchen die Schüler kompetente Lehrkräfte, geeignete Lernmaterialien und auch dementsprechend ausgestattete Bildungseinrichtungen, was in vielen Fällen eine Herausforderung ist.

Dieses Vorhaben ist jedoch in der Praxis nur schwer umsetzbar, auch wenn die betroffene Sprache wie Deutsch von einem großen Teil der Weltbevölkerung gesprochen oder gelernt wird. Das Deutsche hat zwar keine vergleichbaren Probleme wie die fehlende Standardisierung der Sprache wie bei dem Samischen, aber Belgien hat immer noch keine einzige deutschsprachige Universität in dem Land. Diese Situation zeigt, dass das ausbleibende Bildungsangebot in der höheren Bildung auch ein Hindernis für die Sprachgruppe sein kann, weil die deutschsprachigen Belgier in ein anderes deutschsprachiges Land gehen müssen, falls sie die universitäre Ausbildung in ihrer Muttersprache absolvieren möchten. Ein Auslandsstudium ist mit finanziellem und bürokratischem Aufwand verbunden und diese Lücke im Bildungswesen zeigt, dass das Deutsche trotz seiner starken regionalbezogenen Präsenz in Belgien noch einen weiten Weg vor sich hat, damit es zugleich offizielle- und Minderheitensprache des Landes werden kann und die deutschsprachigen Belgier effektiver vertreten werden können. Im Vergleich dazu zeigt sich Finnland durch die Existenz einiger schwedischsprachigen Universitäten deutlich fortschrittlicher. Die Zahl der

schwedischsprachigen Universitäten in Finnland ist natürlich nicht überwiegend, dennoch zeigt die Lage eine größere sprachliche Möglichkeit in der Ausbildung als dies für die deutschsprachigen Einwohner in Belgien beobachtet werden kann.

Dieser kurze Vergleich der Sprachlage in Belgien und Finnland führt grob betrachtet zu der Schlussfolgerung, dass die Minderheitensprachen der beiden Staaten trotz ihrer Stellung als offizielle Sprache immer noch in den Hintergrund gerückt werden, aber die bisherigen Fortschritte auch gleichzeitig die Hoffnung für die weiteren Entwicklungen bedeuten können und die Verbindung zwischen Sprache, Kultur und Geschichte in Zukunft unbedingt hervorgehoben werden muss.

6. Conclusio

Kultur und Sprache sind gesellschaftliche Phänomene, welche durch ihr enges Verhältnis in einer Wechselbeziehung stehen. Sie spielen daher auch bei der Entstehung einer Nation eine wichtige Rolle, wobei die beiden Elemente einen wichtigen Teil der Identitätsbildung ausmachen und sowohl die Gesamtbevölkerung als auch das Individuum beeinflussen. Dabei steht die Frage im Zentrum, ob die Mehrsprachigkeit eines Landes eine positive Rolle bei der Bildung der Nation spielt: Ist die Existenz der mehreren offiziellen Sprachen ein Hindernis bei der erfolgreichen nationalen Identitätsbildung oder kann die Situation trotz der komplizierten Lage in der Sprachgesetzgebung eine Bereicherung für die Landesbewohner bedeuten?

Einerseits ist die Mehrsprachigkeit von Zeit zu Zeit eine Herausforderung für die Belgier, weil sich die Mehrheit von ihnen hauptsächlich für ihre jeweilige Muttersprache bzw. für die Lage ihres Wohngebietes interessieren und sich dadurch von den Geschehnissen in den anderen Sprachgebieten distanzieren. Während die deutschsprachigen Bewohner von ihrem Sprachrecht Gebrauch machen und sich als eine Gemeinschaft mit gemeinsamen Interessen präsentieren, werden die Spannungen bezüglich der Sprachkonflikte zwischen den Flamen und Wallonen oft thematisiert. Es erweckt den Eindruck, als ob die Beteiligten keinen großen Wert auf die Kommunikation legten und die Aufrechterhaltung ihrer sprachlichen Identität in manchen Fällen direkt zur Abgrenzung zwischen den Sprachgebieten führte.

Andererseits kann diese Abgrenzungstendenz teilweise auf den historischen Hintergrund des Landes zurückgeführt werden, weil Belgien über einen sehr langen Zeitraum unter den

Einflüssen von verschiedenen Ländern lag und dies zwangsläufig dazu führte, dass die jeweilige Sprache unter bestimmten Umständen unterdrückt wurde und hart um ihre Stuserhöhung gekämpft werden musste. Diese Bemühung war, wie die flämische Bewegung zeigt, einer der treibenden Faktoren, die dafür sorgten, dass die im Hintergrund gehaltene Sprache mehr Aufmerksamkeit bekam und die Sprachen unter gleichen Voraussetzungen gefördert werden konnten. Das Territorialitätsprinzip verschafft in mancher Hinsicht die Bedingungen, unter denen die jeweilige Sprache sich in ihrem Territorium weiterentwickeln und den Sprechern in dem Gebiet ein starkes sprachliches Identitätsgefühl geben kann. Das Territorialitätsprinzip wird auch in der belgischen Verfassung mit den folgenden Worten zum Ausdruck gebracht: ‘La Belgique comprend quatre régions linguistiques : la région de langue française, la région de langue néerlandaise, la région bilingue de Bruxelles-Capitale et la région de langue allemande.’ (Artikel 4, http://www.senate.be/doc/const_fr.html, 19.03.2015)

Die Kombination von Personalitäts- und Territorialitätsprinzip in Finnland wird wiederum in der finnischen Verfassung mit den folgenden Worten festgelegt:

‘The national languages of Finland are Finnish and Swedish. The right of everyone to use his or her own language, either Finnish or Swedish, before courts of law and other authorities, and to receive official documents in that language, shall be guaranteed by an Act. The public authorities shall provide for the cultural and societal needs of the Finnish-speaking and Swedish-speaking populations of the country on an equal basis. The Sami, as an indigenous people, as well as the Roma and other groups, have the right to maintain and develop their own language and culture. Provisions on the right of the Sami to use the Sami language before the authorities are laid down by an Act [...] (Chapter 2, Section 17, <https://www.finlex.fi/fi/laki/kaannokset/1999/en19990731.pdf>, 19.03.2015).’

Die Verbindung zwischen nationaler Identität und Sprache wurde auch in der finnischen Geschichte stark in den Mittelpunkt gerückt, da Finnland auch unter der Besatzung von Schweden und Russland stand und die Sprachgesetzgebung sich dementsprechend quasi immer wieder neu erfinden musste. Ein weiterer interessanter Aspekt ist auch die große Veränderung der Stellung des Schwedischen, weil das Schwedische jahrelang durch die schwedische Herrschaft als die Sprache der Elite angesehen, nach der Unabhängigkeitserklärung jedoch zu einer der Minderheitensprache erklärt wurde. Diese plötzliche Änderung der Lage setzte zum Teil die schwedischsprachigen Finnen unter Druck, was die Mehrheit von ihnen letztendlich zur Auswanderung auf die Åland-Inseln motivierte. Diese Entwicklung, die schließlich den Inseln trotz der finnischen Staatszugehörigkeit eine große Autonomie gewährte, zeigt, dass die Sprachgesetzgebung sich nach der neuen

politischen Situation orientiert und Sprache und Politik nur schwer voneinander getrennt betrachtet werden können.

Dabei ist zu beachten, ob die Finnen neben dem Spracherwerb auch genügend Interessen an der schwedischen Kultur haben oder sich lediglich auf die Sprache konzentrieren, weil die Schwedischkenntnisse einige Vorteile für das Berufsleben bedeuten. Trotz des Individualitätsprinzips, das dem Individuum ortsungebunden sowohl Finnisch als auch Schwedisch als die Verwaltungssprache anbietet und dieses Prinzip auch im Schulcurriculum fest verankert sieht, wurde den beiden Sprachen nicht immer das gleiche Maß an Aufmerksamkeit gewidmet. Auch wenn die schwedischsprachigen Finnen sich in die finnische Gesellschaft integriert haben und ausreichende Sprachkenntnisse in den beiden Sprachen vorweisen können, werden die möglichen kulturellen Unterschiede zwischen den finnisch- und schwedischsprachigen Finnen kaum zur Sprache gebracht (Björklund 2013: 118, http://www.iejee.com/6_1_2013/7IEJEE_6_1_bj%C3%B6rklund.pdf, 10.03.2015). Diese fehlende Kulturvermittlung würde nicht nur den Sprechern der Minderheitensprachen helfen, ihre Geschichte besser zu verstehen, sondern auch auf die Wahrnehmung der anderssprachigen Bevölkerung positiv wirken, weil die Vorurteile über die Minderheitensprachen durch die aufklärerische Bildungsmaßnahme beseitigt werden können und dies mehr Harmonie in die mehrsprachige Gesellschaft bringen würde. Die Kenntnisse über schwedische Literatur wäre z.B. ein guter Ausgangspunkt für diesen Bildungsbereich.

Anhand der Analyse der Mehrsprachigkeit in Belgien und Finnland wird sichtbar, dass es eine schwierige Aufgabe ist, jeweils in gleichem Ausmaß mehrere offizielle Sprachen des Landes zu vertreten und dabei auch die Minderheitensprachen in einer effektiven Art und Weise zu repräsentieren. Diese Schwierigkeiten beruhen größtenteils auch auf den Abweichungen zwischen Theorie und Praxis, weil viele Sprachmaßnahmen ohne finanzielle und politische Unterstützungen nicht in die Wege geleitet werden können und dieser Prozess meistens zeit- und kostenintensiv ist. Die technischen Fortschritte eröffnen viele Möglichkeiten, damit die Lernenden auch online an die gesuchte Information kommen und gegebenenfalls die Sprachen mittels E-Learning erwerben können. Ohne diese Fortschritte wäre es für die nordischen Staaten viel schwieriger, zum Zweck der Statuserhöhung des Samischen miteinander Informationen auszutauschen oder dass fremdsprachige Fernsehprogramme problemlos von zu Hause aus empfangen werden können.

Aber die Problematik bezüglich der Aufrechterhaltung der Sprache ist nicht nur für die mehrsprachigen Staaten ein wichtiges Thema im heutigen Zeitalter, weil die Standardsprache

oft aufgrund der immer stärker werdenden Umgangssprache, die besonders im Internet zu sehen ist, eine Positionsverschlechterung erfährt. Dieser Aspekt weist darauf hin, dass die technischen Fortschritte nicht nur positiv auf die sprachliche Entwicklung wirken und dieser Faktor auch bei den Bildungsmaßnahmen berücksichtigt werden soll.

Anschließend soll an dieser Stelle gesagt werden, dass das Thema Mehrsprachigkeit immer mehr Gewicht verliehen bekommt, weil die heutige Welt durch Globalisierung und zunehmende Arbeitsmigration die Mehrheit der Staaten dazu bringt, sich als mehrsprachig zu bezeichnen und dementsprechend in die Sprachgesetzgebung zu investieren. Dabei ist wiederum zu beachten, dass die sprachpolitische Regelung nicht gleichzeitig die Zusicherung der Sprachrechte in der Praxis bedeutet, weil in vielen Fällen klar wird, dass die Dienstleistungen aufgrund des Personalmangels nicht korrekt umgesetzt werden können. Auch wenn die Sprachrechte vom Individuum problemlos in Anspruch genommen werden können, kann dies jedoch nicht gleichzeitig mit einer idealen Form von Multikulturalität gleichgesetzt werden: Diese Form von Multikulturalität kann nur erreicht werden, wenn die Sprachgruppen sich gegenseitig mit Respekt und Interesse an der fremden Kultur behandeln und sie sich nicht voneinander abgrenzen. Die Frage, ob Sprachrechte für mehrere Sprachen gleich die Aufrechterhaltung der unterschiedlichen Kulturen bedeuten können, ruft noch viele Fragen hervor und sollte bei der Umsetzung der sprachpolitischen Maßnahmen berücksichtigt werden.

Sowohl die Bürger als auch der Staat sollten sich bemühen, gleichzeitig das Sprachbewusstsein für die eigene Sprache und die Offenheit für die Fremdsprache in der Umgebung zu entwickeln und dadurch die positiven Aspekte der Mehrsprachigkeit zu betonen. Dieser Zustand ist nicht einfach zu erreichen, dennoch wird die Bemühung weitere Fortschritte hervorrufen, was insbesondere die Stellung der Minderheitensprachen betreffen wird.

7. Bibliographie

Monographien, Aufsätze in Sammelbänden, EU-Dokument

Berge, Frank/ Grasse, Alexander : Belgien-Zerfall oder föderales Zukunftsmodell? Der flämisch-wallonische Konflikt und die Deutschsprachige Gemeinschaft. Opladen, Leske+Budrich, 2003.

Berschin, Benno Hartmann: Sprach- und Sprachenpolitik. Eine sprachgeschichtliche Fallstudie (1789-1840) am Beispiel des Grenzlandes Lothringen (Moselle). Frankfurt am Main/Wien, Lang, 2006.

Blampain, Daniel: Le français en Belgique. Une langue, une communauté. Gembloux, Duculot, 1997.

Coulmas, Florian: Sprache und Staat. Studien zu Sprachplanung und Sprachpolitik. Berlin, Walter de Gruyter, 1985.

Delforge, Paul: Ein Jahrhundert Wallonsische Bewegung (1880-1980). Ein Überblick, in: Koll, Johannes (Hrsg.): Nationale Bewegungen in Belgien. Ein historischer Überblick. Münster/New York, Waxmann, 2005, S.109-134.

Erbe, Michael : Belgien Niederlande Luxemburg. Geschichte des niederländischen Raumes. Stuttgart ,Kohlhammer, 1993.

Europäisches Parlament, Generaldirektion interner Politikbereiche: Vom Aussterben bedrohte Sprachen und Sprachenvielfalt in der Europäischen Union. Themenpapier 2013, S.8.

Hoffman, Mahulena: Die ECRM aus rechtswissenschaftlicher Sicht. Begriffe und Maßnahmen auf dem Prüfstand, in: Lebsanft, Franz / Wingender, Monika (Hrsg.): Die Sprachpolitik des Europarats. Die Europäische Charta der Regional- oder Minderheitensprachen aus linguistischer und juristischer Sicht. Berlin, Walter de Gruyter, 2011, S.9-22.

Hösch, Edgar: Kleine Geschichte Finnlands. München, C.H.Beck, 2009.

Huss, Leena: Reversing language shift in the Far North. Linguistic revitalization in Northern Scandinavia and Finland. Uppsala, ACTA Universitatis Upsaliensis, 1999.

Kansanen, Pertti: Finnland, in: Döbert, Hans (Hrsg.): Die Schulsysteme in Europa. Albanien, Andorra, Armenien, Belgien, Bosnien-Herzegowina, Bulgarien, Dänemark, Deutschland, England und Wales, Estland, Färöer Inseln, Finnland, Frankreich, Georgien, Griechenland, Irland, Island, Italien, Kroatien, Lettland, Liechtenstein, Litauen, Luxemburg, Malta, Makedonien, Moldawien, Monaco, Niederlande, Norwegen, Österreich, Polen, Portugal, Rumänien, Russische Föderation, San Marino, Schweden, Schweiz, Serbien, Slowakische Republik, Slowenien, Spanien, Tschechische Republik, Türkei, Ukraine, Ungarn, Weißrussland, Zypern . Schneider, Hohengehren, 2002, S.142-154.

Kartheuser, Bruno: Die Problematik der Zweisprachigkeit an den Schulen im deutschen Sprachgebiet Belgiens, in: H .Nelde, Peter (Hrsg.): Deutsch als Muttersprache in Belgien. Wiesbaden, Franz Steiner, 1979, S.101-122.

Kern, Rudolf: Beiträge zur Stellung der deutschen Sprache in Belgien. Louvain, Presses universitaires de Louvain, 1999.

Kern, Rudolf: Schriftliche Ausdrucksschwierigkeiten deutschsprachiger Belgier an der französischen Universität zu Löwen, in: H. Nelde, Peter (Hrsg.): Deutsch als Muttersprache in Belgien. Wiesbaden, Franz Steiner, 1979, S.123-132.

Koll, Johannes: Die belgische Nation. Patriotismus und Nationalbewusstsein in den südlichen Niederlanden im späten 18. Jahrhundert. Münster, Waxmann, 2003.

Kramer, Johannes: Zweisprachigkeit in den Benelux-Ländern. Hamburg, Buske, 1984.

Kraus, Peter A.: Europäische Öffentlichkeit und Sprachpolitik. Integration durch Anerkennung. Frankfurt am Main, Campus, 2004.

Kremnitz, Georg: Gesellschaftliche Mehrsprachigkeit. Institutionelle, gesellschaftliche und individuelle Aspekte. Wien, Braumüller ,1990.

Lambertz, Karl-Heinz: Thesen zur Zukunft des belgischen Staates, in: Koll, Johannes (Hrsg.): Nationale Bewegungen in Belgien. Ein historischer Überblick. Münster/New York, Waxmann, 2005, S.179-188.

Latoomaa, Sirkku/Nuolijärvi, Pirkko: The Language Situation in Finland, in: Baldauf Jr., Richard/ Kaplan, Robert B. (Hrsg.): Language Planning and Policy in Europe, Vol.1. Hungary, Finland and Sweden. Clevedon/Buffalo/Toronto, Multilingual Matters, 2005, S.125-232.

Lebsanft, Franz: Die ECRM aus soziolinguistischer Sicht. Begriffe und Maßnahmen, in: Lebsanft, Franz / Wingender, Monika (Hrsg.): Die Sprachpolitik des Europarats. Die Europäische Charta der Regional- oder Minderheitensprachen aus linguistischer und juristischer Sicht. Berlin, Walter de Gruyter, 2011, S.23-42.

McRae, Kenneth D.: Conflict and Compromise in Multilingual society, Belgium. Waterloo, Wilfried Laurier University Press, 1986.

McRae, Kenneth D.: Conflict and Compromise in Multilingual society, Finland. Waterloo, Wilfried Laurier University Press, 1997.

Nickl, Markus: Gebrauchsanleitungen. Ein Beitrag zur Textsortengeschichte seit 1950. Tübingen, Gunter Narr, 2001.

Reinke, Kristin: Sprachnorm und Sprachqualität im frankophonen Fernsehen von Québec. Untersuchung anhand phonologischer und morphologischer Variablen. Tübingen, Niemeyer, 2004.

Reitz, Claudia/Zeller, Katharina: Finnland und Schweden im neuen Europa. Linguistische Prozesse in Politik und Identitätskonstruktion. Frankfurt am Main/Berlin, Peter Lang, 2009.

Riehl, Claudia Maria: Sprachkontaktforschung. Eine Einführung. Tübingen, Narr Francke Attempto, 2014.

Romaine, Suzanne: Bilingualism. Language in Society. Oxford, Blackwell Publishers, 1995.

Schmitz, Ursel: Zur bildungspolitischen Entwicklung des Sprachenproblems in den belgischen Ostkantonen seit 1945. Frankfurt am Main, Peter Lang, 1994.

Settekorn, Wolfgang: Sprachnormen und Sprachnormierung. Anregung zur Diskussion, in: Wolfgang Settekorn (Hrsg.): Sprachnorm und Normierung. Deskription – Praxis-Theorie. Wilhelmsfeld, Gottfried Egert, 1990, S.1-14.

Siegemund, Horst: Parteipolitik und "Sprachenstreit" in Belgien. Frankfurt am Main, Lang, 1989.

Tichy, Heinz: Die Europäische Charta der Regional- oder Minderheitensprachen und das österreichische Recht. Klagenfurt/ Wien, Hermagoras, 2000.

Treude , Michael: Zweisprachigkeit in Belgien. Forschungsbericht, historische und juristische Perspektiven. Würzburg , A. Lehmann, 1996.

Winkelmann, Otto: Normierungsinstanzen und Normierungskriterien romanischer Minderheitensprachen, in: Wolfgang Settekorn (Hrsg.): Sprachnorm und Normierung. Deskription – Praxis-Theorie. Wilhelmsfeld , Gottfried Egert , 1990, S.15-26.

Wolf,Heinz Jürgen: Das Französische in Belgien, in: Dahmen, Wolfgang/Holtus, Günter/Kramer,Johannes/Metzeltin,Michael/Schmitt,Christian/Winkelmann, Otto(Hrsg.):Germanisch und Romanisch in Belgien und Luxemburg. Tübingen, Gunter Narr, 1992, S.101-115.

Internetquellen

Björklund, Mikaela: Multilingualism and Multiculturalism in the Swedish-Medium Primary School Classroom in Finland - Some Teacher Views (2013), URL: http://www.iejee.com/6_1_2013/7IEJEE_6_1_bj%C3%B6rklund.pdf [Stand: 10.03.2015].

De Groof, Jetje : Mit gezücktem Schwert die Sprache ausbauen? Die Rechtschreibereform in Belgien 1836-1844(2003), URL:<https://univpn.univie.ac.at/+CSCO+00756767633A2F2F6A6A6A2E71727465686C6772652E70627A++/view/j/soci.2003.17.issue-1/9783110245226.71/9783110245226.71.xml> [Stand:10.10.2014].

Haarman, Harald: Allgemeine Strukturen europäischer Standardsprachenentwicklung (19.05.2010), URL:<https://univpn.univie.ac.at/+CSCO+00756767633A2F2F6A6A6A2E71727465686C6772652E70627A++/view/j/soci.1988.2.issue-1/9783110245073.10/9783110245073.10.xml> [Stand:10.10.2014].

Hüning, Matthias/ Vogl, Ulrike: One nation, one language? The case of Belgium (2010), URL: http://www.academia.edu/1056036/One_nation_one_language_The_case_of_Belgium 237 [Stand: 01.07.2014].

Kasper, Christine: Verstehen Sie Belgisch? Versuch über die sprachlichen und sprachbezogenen Gemeinsamkeiten der Belgier (2001), URL:

http://www.persee.fr/web/revues/home/prescript/article/rbph_0035-0818_2001_num_79_3_4549 [Stand:19.03.2015].

Wicherkiewicz, Tomasz: Language Minorities in Old and New Europe (08.04.2003), URL: <http://www.aber.ac.uk/mercator/images/AberystwythTWicherkiewicz.pdf> [Stand: 10.10.2014].

http://www.alsace.iufm.fr/web.ressources/web/ressources_pedagogiques/productions_pedagogiques_iufm/bilinguisme_plurilinguisme/autre/actes_colloques/colloque_mars_2003/regards_exterieurs.pdf [Stand: 10.10.2014].

http://www.amcham.de/fileadmin/user_upload/Policy/Corporate_Law/101111_POP_Englisch_als_Gerichtssprache.pdf [Stand: 10.10.2014].

http://www.axl.cefan.ulaval.ca/europe/belgiqueetat_pol-Ing.htm [Stand: 01.07.2014].

http://www.bildungserver.be/PortalData/21/Resources/downloads/home/publikationen/WEB_Band3-2Auflage.pdf [Stand: 15.12.2014].

[http://www.briobrussel.be/assets/sprache%20&%20politik%20\(d\).pdf](http://www.briobrussel.be/assets/sprache%20&%20politik%20(d).pdf) [Stand:15.12.2014].

<http://www.caib.es/conselleries/educacio/dgpoling/user/catalaeuropa/alemany/aleman7.pdf> [Stand: 10.10.2014].

<http://conventions.coe.int/Treaty/Commun/ChercheSig.asp?NT=148&CM=&DF=&CL=GER> [Stand: 10.10.2014].

<http://conventions.coe.int/treaty/ger/Treaties/Html/148.htm> [Stand: 10.10.2014].

http://www.dglive.be/desktopdefault.aspx/tabid-365/196_read-735/ [Stand: 01.07.2014].

<http://derstandard.at/1378248185790/Bizarre-Auswuechse-im-belgischen-Sprachenstreit>, [Stand: 10.10.2014].

<http://www.eu-info.de/europa/EU-Mitgliedstaaten/belgien/>[Stand:10.10.2014].

<http://www.eupen.be/stadt-buerger/lernen/grundschule-1.aspx> [Stand: 15.12.2014].

<http://www.finlex.fi/fi/laki/kaannokset/1999/de19990731.pdf> [Stand: 02.02.2015].

<https://www.finlex.fi/fi/laki/kaannokset/1999/en19990731.pdf> [Stand: 19.03.2015].

<http://www.finnland.at/public/default.aspx?nodeid=39059&contentlan=33&culture=de-DE> [Stand: 02.02.2015].

<http://www.geschichtswerkstatt-europa.org/media/projekte/Ortsschilder.pdf>
[Stand: 10.10.2014].

<http://www.grenzecho.net/lifestyle/kennensiebelgien/17.aspx> [Stand: 19.03.2015].

<http://language-diversity.eu/knowledge/regions-of-europe/die-deutschsprachige-gemeinschaft-in-belgien> [Stand: 01.07.2014].

http://www.linguistik-online.com/3_00/saari.html [Stand: 02.02.2015].

<http://neon.niederlandistik.fu-berlin.de/de/nedling/langvar/dutchbelgium> [Stand: 01.07.2014].

http://www.senate.be/deutsch/const_de.html [Stand: 01.07.2014].

http://www.senate.be/doc/const_fr.html [Stand: 01.07.2014].

<http://www.tau.ac.il/GermanHistory/ernst.pdf> [Stand: 15.12.2014].

<http://www.uni-klu.ac.at/eeo/Finnisch.pdf> [Stand: 02.02.2015].

<http://worldebookfair.org/articles/s%C3%A1pmela%C5%A1> [Stand: 02.02.2015].

<http://www.zeit.de/specials/Finnland/geschichte> [Stand: 02.02.2015].

Abstract (Deutsch)

Mehrsprachigkeit ist eines jener soziolinguistischen Phänomene, die in der Europäischen Union nicht selten zu sehen sind. Belgien und Finnland gehören zu den EU-Mitgliederstaaten, die versuchen, das Gleichgewicht zwischen den mehreren offiziellen Sprachen zu finden. Belgien hat insgesamt drei offizielle Sprachen, nämlich Französisch, Niederländisch und Deutsch, wobei Deutsch zugleich eine der Minderheitensprachen des Landes ist und deswegen durch die Sprachgesetzgebung geschützt wird. Belgien folgt dem Territorialitätsprinzip bezüglich der Sprachpolitik, was dazu führt, dass die offizielle Sprache des jeweiligen Gebietes zur Unterrichts- und Verwaltungssprache wird. Trotz der vielen Vorteile, die mit der Mehrsprachigkeit verbunden sind, waren die Sprachkonflikte eines der meist diskutierten Themen Belgiens im Laufe der Zeit.

Finnland hat zwei offizielle Sprachen, Finnisch und Schwedisch, und die Bevölkerung kann aufgrund des Personalitätsprinzips die beiden Sprachen beliebig in der Öffentlichkeit verwenden. Schwedisch ist aufgrund des historischen Hintergrundes und des Status als Minderheitensprache durch die Sprachgesetzgebung geschützt, wobei Schwedisch auch im Schulcurriculum einen festen Platz hat. Samisch, eine andere Minderheitensprache des Landes, wird durch ein spezielles Sprachgesetz gefördert und ist dadurch die Unterrichts- und Verwaltungssprache des samischen Wohngebietes. Die Abwesenheit der Überlieferung des geschriebenen Samischen macht es bedeutend schwieriger, die Sprache zu beschützen, wobei noch viele andere Probleme für die Aufrechterhaltung der Sprache beseitigt werden sollten.

Diese Masterarbeit soll nicht nur die Form von Mehrsprachigkeit in Belgien und Finnland untersuchen, sondern auch die Stellung der Minderheitensprachen in den beiden Ländern miteinander vergleichen. Der Vergleich zwischen diesen zwei mehrsprachigen Staaten wird anhand der Erläuterung der Sprachgesetzgebung und des historischen Überblicks näher betrachtet.

Abstract (English)

Multilingualism is a prominent social phenomenon in the European Union. Belgium and Finland are two examples of EU member states trying to find a balance among several official languages. In Belgium, French, Dutch, and German are the three official languages while German is also a minority language and is constitutionally protected. The language policy of Belgium is ruled by the principle of territoriality and the official language of each district is used in school and at public authorities. Despite the many positive side effects of

multilingualism, the language conflicts in Belgium have been one of the most discussed topics in local media.

Finland has two official languages, Finnish and Swedish, and citizens may use those languages at public authorities according to the principle of personality. Because Swedish is also one of the minority languages and was historically part of language development, Swedish is protected by the constitutions and school curricula. The Sami language, another minority language of the country, is protected by the Language Act and therefore is spoken at public authorities and in school in areas where Sami live, though the lack of a written tradition makes the language protection difficult and there is still lots of progress to be made for further development.

This master's thesis analyses the forms of multilingualism in Belgium and Finland, but also compares the status of minority languages in these countries. Another aim of this thesis is the comparison of two multilingual countries by exploring language policies and the historical backgrounds of these countries.

Curriculum Vitae

Vor- und Familienname: Youngmi KIM

Nationalität: Südkorea

Februar 2015 Erhalt des Bachelortitels in Theater-, Film- und Medienwissenschaften (angestrebter akademischer Grad BA), Universität Wien

Oktober 2013 Beginn des Lehrgangs Europäische Studien, Postgraduate Center Wien

April 2013 Beendigung des Studiums in Vergleichender Literaturwissenschaft, Universität Wien (angestrebter akademischer Grad Mag.phil., Titel der Diplomarbeit ``Intertextualität in den Werken *Daisy Miller*, *Effi Briest* und *The true Story of Queen Inhyeon*´´)

Sprachkenntnisse: Koreanisch (Muttersprache), Deutsch (exzellent, AHS-Matura im Schulzweig Instrumentalmusik), Englisch (C1) und Französisch (B1)